Stadt Bern
Stadtrat

Genehmigt: 20.08.2026

Protokoll 10

Stadtratssitzung
Donnerstag, 28.05.2026, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr
Rathaus, Grossratssaal

Das Wortprotokoll mit Audio finden Sie auf unserer Website unter Audioprotokoll.

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr 3
2023.SR.0112 4
1 Begrüssung und Mitteilungen 4
2026.SR.0116 4
2 Dringliches Interfraktionelles Postulat: Klassenlager für alle Stadtberner Kinder: Grundlagen schaffen für eine faire und gesamtstädtische Lösung....4
2024.SR.0195 5
3 Partizipationsmotion: Für ein städtisches Stipendienwesen; Ablehnung/Annahme als Postulat....5
2016.SR.000008....17
4 Motion Fraktion GB/JA! (Seraina Patzen, JA!): Qualität der Asylunterkünfte in der Stadt Bern prüfen und verbessern....17
2024.SR.0104 22
5 Postulat Seraina Patzen (JA!) - übernommen durch Anna Leissing (GB): Ein mobiles Gesundheitszentrum in Bern!....22
2025.SR.0063 25
6 Postulat: Fraktion GB/JA!: Sicherstellung der mädchen*spezifischen und geschlechterreflektierenden offenen Jugendarbeit beim toj; Annahme 25
2025.SR.0131 30
7 Motion: Referendum Zumiete Velostation Welle 7: Vertragsverlängerung. Der Gemeinderat muss mit der rechtsgültigen Unterzeichnung des Vertrags zuwarten bis der Stimmbürger über das Referendum entschieden hat! Oder der Gemeinderat muss zumindest einen entsprechenden Vorbehalt anbringen; Annahme als Richtlinie / Begründungsbericht....30
2025.SR.0215 30
8 Postulat: Öffentliche Toilette in der Nähe der Felsenaubrücke / Aareschlaufe bei Bremgarten; Ablehnung....30
Schluss der Sitzung: 19.02 Uhr. 35
Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:30 Uhr 36
2025.SR.0268 37
9 Interpellation: Wie viele Kommunikations- und Marketing-Mitarbeitende arbeiten in der Verwaltung der Stadt Bern? 37
2025.SR.0293 44

10 Interpellation: Trotz den historisch besten Arbeitsbedingungen ist die Abwesenheitsrate der städtischen Angestellten auf einem historischen Höchststand. An was könnte das liegen? 44
2016.SR.000125.....56
11 Interfraktionelle Motion SP, AL/GPD-DA/PdA+, GB/JA!, GLP (Martin Krebs, SP/Christa Ammann, AL/Seraina Patzen, JA!/Melanie Mettler, GLP/Matthias Stürmer, EVP) - übernommen durch Nora Krummen (SP): Standplätze für Fahrende – Keine Räumung im Buech! 56
2018.SR.000116.....61
12 Motion Freie Fraktion AL/GaP/PdA (Luzius Theiler, GaP) - übernommen durch Valentina Achermann (SP): Öffnung der Gartenanlage des Erlacherhofes 61
Verschoben und eingereicht.....66
Schluss der Sitzung: 22.32 Uhr. 67

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr

Stadtrat anwesend

Jelena Filipovic, Präsidentin

Nadine Aebischer
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Emanuel Amrein
Oliver Berger
Natalie Bertsch
Gourab Bhowal
Lea Bill
David Böhner
Laura Brechbühler
Jacqueline Brügger
Michael Burkard
Carola Christen
Andreas Egli
Nik Eugster
Alexander Feuz
Seraina Flury
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Helin Genis
Thomas Glauser
Evelyne Grieb
Simon Gyger
Bernadette Häfliger
Georg Häsler
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Anna Jegher
Nora Joos
Raphaël Karlen
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Christoph Leuppi
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Nicolas Lutz
Denise Mäder
Salome Mathys
Esther Meier
Matteo Micieli
Szabolcs Mihàlyi
Tanja Miljanović
Cemal Özçelik
Mehmet Özdemir
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Mirjam Roder
Michael Ruefer
Fabian Rüfenacht
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Lea Schweri
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Raphaela Tschümperlin
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann
Karel Ziehli
Vera Zotter

Stadtrat entschuldigt

Laura Curau
Dominik Fitze
Stephan Ischi
Raffael Joggi
Fuat Köçer
Nora Krummen
Dominic Nellen
Roger Nyffenegger
Simone Richner

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsidentin: Liebe Stadtratsmitglieder, nehmt doch sehr gerne Platz, damit wir mit der Sitzung starten können. Herzlich willkommen zur heutigen Stadtratssitzung. Wir sind noch nicht ganz vollzählig, aber es werden immer mehr. Ich hoffe, ihr konntet schon einen Sprung ins kalte Wasser wagen. Es war ja in den letzten Tagen schon sehr, sehr warm.
Ganz herzlich möchte ich aber heute noch Andreas Stucki begrüssen, der hier vorne sitzt. Andreas Stucki ist das neue Mitglied unseres Parlamentsdiensteteams. Darum: herzlich willkommen, Andreas, und viel, viel Spass bei der Einarbeitung und beim Job. Das heisst, wir werden Andreas in der Zukunft auch noch öfters sehen.
Auch ganz herzlich begrüssen möchte ich Noli Gazmendi, der hier vorne sitzt. Er wird heute die Partizipationsmotion vorstellen, die wir unter Traktandum 3 traktandiert haben. Herzlich willkommen.
Und dann legen wir los mit den regulären Traktanden. Als erstes möchte ich gerne die Entschuldigungen bekanntgeben. Laura Curau von der Mitte fehlt für die beiden Sitzungen, wie Dominik Fitze von der SP, Stefan Ischi von der SVP, Raffael Joggi von der AL, Fuat Köçer von der SP, Simone Richner von der FDP und Dominic Nellen von der SP. Für die erste Sitzung abgemeldet hat sich Michelle Steinemann von der Mitte. Und etwas verspätet eintreffen werden Emanuel Amrein von der SP und Lea Schweri vom GB. Ich habe gesehen, dass Anna Leissing als Referentin da ist. Das heisst, wir werden keine Traktanden verschieben. Wir haben heute keine Rücktritte zu verkünden und entsprechend auch keine Begrüssungen. Was ich aber noch machen kann, ist Tanja Miljanović nachträglich ganz herzlich zum Geburtstag zu gratulieren. Das könnt ihr also alle in der Pause auch noch tun. Gerne noch das Badgen nicht vergessen und die Vorstösse wie immer: die dringlichen bis 21 Uhr und die normalen Vorstösse bis 21.30 Uhr.

2026.SR.0116

2 Dringliches Interfraktionelles Postulat: Klassenlager für alle Stadtberner Kinder: Grundlagen schaffen für eine faire und gesamtstädtische Lösung

Präsidentin: Wir kommen bereits zum Traktandum 2, das ist das interfraktionelle Postulat "Klassenlager für alle Stadtberner Kinder, Grundlagen schaffen für eine faire und gesamtstädtische Lösung". Ist dieses Postulat überhaupt bestritten? – Nicht bestritten. Dann kannst du jetzt als Einreichende noch für eine Minute sprechen.
Ich halte noch für das Protokoll fest: Es ist nicht bestritten. Tanja Miljanović spricht für die Einreichenden. – Gleichzeitig musst du dich noch anmelden. Oder jemand muss Tanja anmelden. Gerne, Tanja Miljanović.

Tanja Miljanović (GFL) für die Einreichenden: Danke für das Wort, obwohl ich zwei A4-Seiten vorbereitet habe, weil ich dachte, vielleicht bestreiten es ja die, die nicht miteingereicht haben. Aber gut. Im Grunde möchte ich hier sowieso die interfraktionelle Zusammenarbeit hervorheben. Es hat mich sehr gefreut, dass wir dieses Postulat in der Gruppe der Einreichenden tatsächlich so ein bisschen im Spirit eines Klassenlagers

erarbeiten konnten und dass der Gemeinderat es auch zur Annahme empfiehlt. Also Klassenlager oder überhaupt ausserschulische Bildungsprojekte sind ein überparteiliches Anliegen, das uns wirklich alle betrifft. Es ist vom Schulstandort abhängig. Und es ist essenziell wichtig, dass wir hierzu vom Gemeinderat einen breiten Fächer an möglichen Lösungsansätzen bekommen, so dass wir vorbereitet in die Budgetdebatte starten können, aber den Blick nicht nur auf die Budgetdebatte werfen, sondern auch schauen, was sonst noch notwendig und möglich ist – und fertig.

Präsidentin: Wunderbar, vielen Dank.

2024.SR.0195

3 Partizipationsmotion: Für ein städtisches Stipendienwesen; Ablehnung/Annahme als Postulat

Präsidentin: Wir kommen etwas schneller als erwartet zum Traktandum 3, und zwar zur angetönten Partizipationsmotion für ein städtisches Stipendienwesen. Für die neuen Stadtratsmitglieder vielleicht ein kurzer Recap: Die Partizipationsmotion muss für ihre Gültigkeit von mindestens 200 Personen ohne Schweizer Pass mit Wohnsitz in der Stadt Bern unterzeichnet werden. Das heisst also, hinter einem Vorstoss liegt extrem viel Arbeit und auch Gestaltungswille. Umso mehr freue ich mich, dass die Einreichenden diese Bürde auf sich genommen haben und uns heute ihr Anliegen auch vorstellen. Ich darf also sehr gerne Noli Gazmedi das Wort übergeben.

Gazmendi Noli für die Einreichenden: Sehr geehrte Stadtratspräsidentin, geschätzte Stadtratsmitglieder, sehr geehrte Gemeinderät*innen, lassen Sie mich am Anfang einen Dank ausrichten, einen aufrichtigen Dank dafür, dass ich heute hier vor Ihnen sprechen darf. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Ich absolviere derzeit ein Praktikum im Deutschen Bundestag, im Büro einer Abgeordneten. Dort erlebe ich aus nächster Nähe, wie komplex, wie undurchsichtig die Maschinerie der Legislative sein kann; so komplex, dass selbst gewählte Amtsträger*innen zuweilen das Gefühl haben, nicht wirklich einbezogen zu werden.
Und jetzt stehe ich hier bei Ihnen in Bern und sehe, dass Sie Menschen Gehör schenken, die keinen Schweizer Pass und keine politischen Rechte besitzen, aber mit einem Anliegen, mit einer Idee, mit einem Bedürfnis vor Sie treten und versuchen zu überzeugen. Das ist gelebte Demokratie, denn Demokratie lebt davon, dass alle, die hier wohnen, arbeiten, Steuern zahlen, eine Ausbildung machen, Kinder grossziehen, dass alle diese Menschen Teil der politischen Entscheidungsfindung werden. Mein Dank gilt auch dem Gemeinderat für die wohlwollende Stellungnahme zur Partizipationsmotion.
Der Gemeinderat erkennt an, was viele im Kanton längst wissen. Das kantonale System der Ausbildungsbeiträge hat Lücken. Und diese Lücken haben Namen, Gesichter, Biografien. Erlauben Sie mir, eine aktuelle Zahl zur Stellungnahme zu ergänzen.
Der neueste UNICEF-Bericht zur Chancengerechtigkeit in der Bildung sieht die Schweiz auf Platz 31 von 41 einkommensstarken Ländern – Platz 31. Was UNICEF damit sagt, ist unmissverständlich: In der Schweiz entscheiden vor allem zwei Dinge über den Bildungsweg eines Kindes – die finanziellen Möglichkeiten der Eltern und ihr Bildungsniveau. Und genau hier setzt diese Partizipationsmotion an. Sie mögen sich fragen, was denn die Partizipationsmotion mit den Befunden des UNICEF-Berichts zu tun hat. Nun, stellen Sie sich vor, Sie wachsen in einem Quartier auf, in dem weniger als ein Drittel

Ihrer Mitschüler*innen den Übertritt ins Gymnasium schafft. Stellen Sie sich vor, Sie gehören zu den wenigen, die es trotzdem schaffen. Sie kämpfen sich durch die Matur, sie kämpfen sich durch das Bachelor-Studium und dann, vor dem berufsbefähigenden Master, sagt man Ihnen: Diesen letzten Schritt können Sie nur gehen, wenn Sie sich verschulden oder unter dem Existenzminimum leben. Sie entscheiden, weiterzumachen. Sie nehmen die Schulden in Kauf. Und dann, ein paar Jahre später, stehen Sie im Berufsleben, neben Ihnen eine ehemalige Kommilitonin aus dem privilegierten Quartier. Gleiche Arbeit, gleicher Lohn. Sie spart für die Familienplanung. Sie reduziert auf Teilzeit. Und Sie? Sie zahlen unter staatlichem Druck ihre Schulden zurück. Das ist keine Chancengleichheit. Das ist eine Strafe für sozioökonomische Herkunft. Und das darf nicht sein.
Genau deshalb wurde diese Partizipationsmotion ins Leben gerufen. Denn wer ist vornehmlich von dieser bestehenden Ungerechtigkeit betroffen? Das sind vor allem migrantische Kinder, deren Eltern keiner höheren Bildung nachgehen konnten und deren Eltern die Partizipationsmotion, die ihnen heute vorliegt, mit Hoffnung auf eine bessere Zukunft für die nächste Generation mitunterschrieben haben. Ich habe Verständnis für die Forderung, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und den Umfang der städtischen Beiträge finanziell zu begrenzen. Ich gehe diesen Schritt gerne mit, wenn er der schnellste Weg ist zu einer echten Entlastung der Betroffenen, und wenn die geäusserte Bereitschaft des Gemeinderats, die Verschuldung von Auszubildenden im Umfang von 100'000 Franken im Jahr zu beseitigen, verbindlich ist.
Erlauben Sie mir zum Schluss, noch drei Punkte mit auf den weiteren Weg zu geben. Erstens: Die Stadt Bern greift mit dieser Motion keine Kompetenz an, die dem Kanton vorbehalten wäre. Die Berner Kantonsverfassung selbst hält in den Artikeln 42 Absatz 2 und 45 Absatz 1 fest, dass Kanton und Gemeinden Ausbildung und Erwachsenenbildung unterstützen. Die städtische Lösung wäre also keine Konkurrenz. Sie wäre eine Ergänzung in einer bereits bestehenden geteilten Zuständigkeit. Zweitens: Ein künftiges Reglement zur Umsetzung muss in Zweck und Ziel ausdrücklich festhalten: Die städtischen Beiträge dürfen nicht zu einer Kürzung der kantonalen führen. Sie ergänzen, sie ersetzen nicht. Und drittens: Mit der Vermeidung der Verschuldung wäre dem Geist dieser Motion vollständig entsprochen. Für die Stadt Bern wäre das finanziell tragbar. Für die Betroffenen aber wäre es eine Last weniger auf den Schultern, eine Last, die sie sich nicht selbst ausgewählt haben, sondern in die sie hineingeboren wurden.
Geschätzte Anwesende, Chancengerechtigkeit ist kein Buzzword, sie ist ein Versprechen – ein Versprechen, das eine Gesellschaft den Kindern gibt, die noch nicht wissen, in welches Quartier, in welche Familie, in welche Möglichkeiten sie geboren werden. Platz 31 von 41 ist nicht das Versprechen, das die Schweiz halten will.
Und Bern? Bern kann hier vorangehen. Der Kanton geht gerade in die entgegengesetzte Richtung, indem er die Studiengebühren erhöht und für ausländische Studierende gar vervierfacht hat. Verlieren Sie bitte also keine Zeit, sondern handeln Sie. Handeln Sie im Interesse der Chancengerechtigkeit. Vielen Dank.

Präsidentin: Vielen herzlichen Dank für das wichtige Votum. Die Redner*innenliste wäre jetzt offen für die Fraktionsvoten. Als erstes gerne Monique Iseli für die SP-JUSO-Fraktion.

Monique Iseli (SP) für die Fraktion: Zuerst möchte ich es nicht unterlassen, Gazmendi sowie allen weiteren Motionär*innen für die deutlichen Hinweise auf die Lücken im aktuellen Stipendienwesen zu danken. Von der SP-JUSO-Fraktion sind wir der Meinung,

die Stadt Bern müsse dort handeln, wo der Kanton in seinem System junge Menschen in prekäre Situationen bringt. Klar ist: Stipendienansätze wurden jahrelang nicht an die Teuerung angepasst, der Grundbedarf orientiert sich an tiefen Sozialhilfeleistungen. Und für Tertiärstufen werden nach drei Jahren zwangsläufig Darlehen verhängt. Die Studis haben dann wirklich die Qual der Wahl, und zwar im wörtlichen Sinne. Sie können wählen: Lehne ich das Darlehen ab und lebe unter dem Existenzminimum oder nehme ich das Darlehen an und verschulde mich damit. Das Studium ist nach drei Jahren nicht abgeschlossen. Und die Aussicht, nach dem Studium dann direkt eine gut bezahlte Stelle einzuheimsen, um das Darlehen zurückzubezahlen, ist ungewiss. Das Resultat ist ein Abhalteeffekt. Menschen verzichten auf das Studium oder finanzieren ihre Ausbildung mit einem unverhältnismässig hohen Arbeitspensum. Das geht zu Lasten der Lernqualität, der psychischen Gesundheit der Studierenden und letztlich auch zu Lasten der Gesellschaft. Denn wir brauchen bekanntlich gut ausgebildete Fachpersonen. Besonders betroffen davon sind junge Erwachsene aus Familien mit geringem Einkommen und Menschen mit Migrationshintergrund.

Präsidentin: Ich bitte um etwas Ruhe. Wenn ihr etwas besprechen wollt, könnt ihr das gerne auch draussen tun.

Monique Iseli (SP) für die Fraktion: Ich wollte noch betonen: Das ist sozial ungerecht und kurzsichtig. Das ist ein bisschen untergegangen.
Wir können die grundsätzlichen Bedenken des Gemeinderats gegenüber dem Aufbau eines umfassenden und eigenen städtischen Stipendienwesens nachvollziehen. Eine Übernahme kantonaler Aufgabe könnte unerwünschte Anrechnungen zur Folge haben und zu einer reinen Kostenverschiebung führen. Das gilt es sicher zu vermeiden.
Wichtig ist aber, dass die Stadt dort in die Bresche springt, wo das kantonale System Lücken aufweist; nämlich dort, wo der Kanton ab dem dritten Studienjahr plötzlich keine Stipendien, sondern nur noch Darlehen zahlt. Der Gemeinderat hat im Bericht bereits selbst festgestellt, dass in Bern 2024 kantonale Darlehen zwar nur in sehr geringem Umfang vergeben wurden. Namentlich sind das 14 bekannte Fälle, was rund 92'000 Franken entspricht. Aber die reale Gefahr des Abhalteeffekts, und das anerkennt der Gemeinderat in seiner Antwort, besteht. Hier kann die Stadt punktuell und mit relativ kleinem Mitteleinsatz eine sehr grosse Wirkung erzielen, wie Gazi das vorhin ausgeführt hat.
Wir unterstützen, dass der Vorstoss als Postulat angenommen wird, mit einer klaren und verbindlichen Zusage des Gemeinderats, die im Bericht erwähnte jährliche Grundlage von maximal 100'000 Franken vorzusehen. Wir erwarten eine Vorlage, die die Ablösung von Ausbildungsdarlehen ermöglicht, ohne die betroffenen Personen gegenüber kantonalen Leistungen zu benachteiligen. Es geht hier um die Sache, und darum, dass das Geld bei den betroffenen Studis ankommt. Wir glauben, dass die vorgeschlagene auf maximal 100'000 Franken limitierte Unterstützung eine wirkungsvolle Lösung ist, die als Ergänzung zum kantonalen System funktioniert.
Im Namen der SP-JUSO-Fraktion bitte ich euch, das Postulat anzunehmen. Ich bedanke mich an dieser Stelle auch beim Gemeinderat dafür, dass er im Sinne der Motionär*innen eine konkrete Vorlage zur Ablösung von Ausbildungsdarlehen vorlegen will.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes Andreas Egli von der Mitte-Fraktion.

Andreas Egli (Mitte) für die Fraktion: Wir haben einiges diskutiert über diese Motion, weil sie auf ein wichtiges Thema hinweist, nämlich die Chancengleichheit in der Bildung. Dass die Schweiz diesbezüglich keine Medaillenkandidatin ist, ist bekannt. Und auch der Kanton Bern leistet im Vergleich zu anderen Hochschulkantonen unterdurchschnittlich viele und hohe Beiträge. Bern ist sozusagen Host City, was die tertiäre Bildung anbelangt. Da liegt es nahe, diese Lücken durch die Stadt zu schliessen, und so zu versuchen, den sekundären Herkunftseffekt zu verkleinern.
In dem Sinne ein Dankeschön an die Einreichenden für die meiner Meinung nach ausführliche und gut referenzierte Motion, ein Dank aber auch an den Gemeinderat, die Verwaltung für die ebenso ausführliche Auslegeordnung, auch wenn die Zuständigkeit eigentlich gar nicht bei der Stadt liegt.
Die Mitte teilt diesbezüglich die Meinung des Gemeinderats, dass sich hierbei in erster Linie der Kanton bewegen muss. Auch sehen wir die Gefahren, dass zusätzliche Unterstützung durch die Stadt gar nicht bei den Betroffenen ankommt, weil dadurch die kantonalen Beiträge gekürzt werden könnten. Die vorgeschlagene begrenzte, gezielte Ablösung von Ausbildungsdarlehen durch die Stadt könnte eventuell wenigstens einige der Benachteiligten entlasten, revolutioniert das System aber an und für sich nicht und könnte auch wieder zu neuen Ungerechtigkeiten führen, da es sich auf Einwohner*innen der Stadt Bern beschränken würde. Bern ist aber nicht so gross wie Zürich. Etliche eigentlich Berechtigte dürften daher ausserhalb der Stadtgrenzen wohnen und leer ausgehen.
Apropos Zürich: Die Einreichenden erwähnen, dass die Stadt Zürich diesen Handlungsbedarf seit längerer Zeit erkannt habe und ihre Ausbildungsbeiträge seither auf effiziente und sinnvolle Weise einsetze. Eine Referenz oder ein Beleg, dass dies dann auch zu mehr Chancengleichheit führt, konnte ich allerdings leider nicht finden, was etwas schade ist.
Last but not least sind wir etwas skeptisch, ob die Tertiärstufe die richtige ist für den Mitteleinsatz oder ob es nicht effizienter wäre, die Stadt würde das Geld auf Primar- und oder Sekundarstufe I einsetzen. Zugegeben, die Quelle ist schon älter, aber gemäss einem Bericht des Schweizerischen Wissenschaftsrats aus dem Jahr 2018 beginnt die Chancenungleichheit bereits beim Übergang von der Primar- in die Sekundarstufe I, und der eigentliche Flaschenhals ist der Übertritt in die Sekundarstufe II. Diesen Schritt machen mit 12% prozentual deutlich weniger Jugendliche aus einem Elternhaus mit tiefem Bildungsniveau oder Einkommensniveau verglichen mit Jugendlichen aus einem Elternhaus mit hohem Einkommensniveau. Dort sind es nämlich 51%. Beim Übertritt in die Tertiärstufe herrscht dann mit 83,5 zu 83% allerdings sozusagen Chancengleichheit.
Zusammengefasst, ich habe jetzt viel sehr negativ getönt. Dennoch die Mitte sieht das Problem und begrüsst daher die Prüfung des vom Gemeinderat vorgeschlagenen Lösungsansatzes, sprich wir stimmen der in ein Postulat gewandelten Motion zu. Merci.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Michael Ruefer für die GFL-Fraktion.

Michael Ruefer (GFL) für die Fraktion: Wer hat, dem wird gegeben. So kann man das sozioökonomische Bild und Resultat unserer weiterführenden Schulen zusammenfassen. Heute studieren von 100 Jugendlichen aus bildungsambitionierten Familien fast 75 Personen, von solchen aus benachteiligten Familien jedoch nur deren 25. Der Unterschied nach Herkunft ist in der Schweiz frappant, auch im Vergleich mit Nachbarländern. Und er hat sich in den letzten 30 Jahren kaum verringert.

Langzeitstudien, an denen auch Bildungsexperten der Uni Bern massgeblich beteiligt waren, belegen, dass der spätere Bildungserfolg in der Schweiz stark aufgrund der sozialen Herkunft vorhergesagt werden kann. Diese Selektivität beginnt meist schon früh im Schulsystem und setzt sich beim Zugang zum Gymnasium fort. Die Hauptaussage dieser Studien: Wer es an die Uni schafft, steht schon früh fest. Die soziale Mobilität ist in der Schweiz im internationalen Vergleich nicht besonders gross.
Entsprechend äussert sich auch die bekannte Erziehungswissenschaftlerin Margrit Stamm übrigens heute gerade mit einem Interview etwas differenzierter zur Wirkung von Stipendien. Ein harmonisierter Stipendienwesen könne den Zugang zu Bildung und vor allem höherer Bildung nur beschränkt fördern, und zwar deshalb, weil eine Förderung von benachteiligten jungen Menschen viel früher einsetzen muss. Einem Arbeiterkind mit einer Matura in der Tasche ist es lange vorher schon gelungen, all die vielen Hürden zu meistern, die sich ihm in den Weg gestellt haben; zum Beispiel Primarschullehrkräfte, die Arbeiterkinder und Kinder aus benachteiligten Migrantenfamilien deutlich seltener für ein Gymnasium empfehlen oder ihnen bei identischen kognitiven Fähigkeiten und Leistungen nicht die gleichen Noten geben wie privilegierten Kindern.
Auch noch ein wichtiges Element, das häufig diskutiert wird, ist natürlich der Einfluss des Bologna-Systems, das es auch erschwert, einer Nebenerwerbsarbeit nachzugehen. Und dann wird der Spagat zwischen Präsenzpflicht, straffen Studiengängen und dem nötigen Kleingeld eben zusätzlich angefacht. Chancengerechtigkeit ist also ein sehr umfassend zu verstehendes Thema und beginnt meist viel früher, als die meisten Stipendien überhaupt zum Tragen kommen. Und dennoch ist klar: So wie es jetzt im Stipendienwesen läuft beziehungsweise in den 26 unterschiedlichen Stipendiensystemen der Schweiz geht es einfach nicht weiter. Das ist ein Schlag ins Gesicht für all jene, die sich aus wirtschaftlich benachteiligten Verhältnissen bereits bis hier durchgekämpft haben. Die Begründung der Partizipationsmotion und die Antwort des Gemeinderats schlüsseln die Ursachen für die Misere im Stipendienwesen sehr gut auf. Ich danke den Einreichenden für die sorgfältige Ausformulierung dieses Anliegens. Wir haben es schon mehrfach gehört: Viel zu lange Wartefristen – der Kanton Zürich hat vor ein paar Jahren den Vogel abgeschossen mit einem Jahr bis zur Bewilligung zum Beispiel – viel zu lange Wartefristen oder dann langes Warten, bis erstmals überhaupt Geld fliesst, sehr tiefe Forfaitbeiträge oder eben die Kombi mit Darlehen und zum Beispiel auch drakonische Strafen, wenn plötzlich mit einem Nebenerwerb mal zu viel gejobbt wird und zu viel Geld reinkommt. All das führt dazu, dass nur noch 7% der Studierenden respektive Menschen in Ausbildung in der Schweiz überhaupt Stipendien nutzen. In den 70ern waren es noch 16%.
Das heutige Stipendienwesen verfehlt daher das Ziel, Personen aus wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen eine gute Ausbildung zu ermöglichen und während dieser Zeit die Existenz zu sichern. Und so gesehen ist es natürlich begrüssenswert, will der Gemeinderat im Rahmen eines Postulats prüfen, wie er quasi niederschwellig mit einem auch nicht allzu hohen Betrag Härtefälle subsidiär unterstützen kann, zum Beispiel eben für das Drittel, das heute mit Darlehen bestritten werden muss. Die Stadt Zürich hat, wie schon gesagt wurde und wie es auch in der Motion steht, ein solches, subsidiäres System schon. Und es kostet auch nicht alle Welt. Es ist natürlich immer die Frage: Wie wirksam ist es, wenn es so günstig ist? Aber auf jeden Fall ist das ein erster Weg. Und natürlich, wie gesagt: Die Chancengerechtigkeit in der Bildung ist eklatant schlecht in der Schweiz. Und wir sind gehalten, auch als Stadt gegenzusteuern – auch mit Massnahmen wie Frühförderung, wie sie zum Beispiel im Kanton Basel-Stadt mit sprachlichen Fördermassnahmen sehr erfolgreich umgesetzt werden. Das würde der Stadt Bern sicher auch gut anstehen.

Präsidentin: Danke. Als nächstes, Ronja Rennenkampff von der GB/JA!-Fraktion.

Ronja Rennenkampff (JA) für die Fraktion: Wir haben es bereits gehört: Chancengerechtigkeit gibt es nicht. Dies wurde aus dem Votum der Motionär*innen mehr als deutlich. Danke für diese starken Worte und das Einreichen der Motion.
Die Stadt Bern hat demnach eine Verantwortung, alles zu tun, um Chancengerechtigkeit zu schaffen. Obwohl ungleiche Startbedingungen bereits sehr früh in der Kindheit beginnen, sprechen wir heute über die Chancengerechtigkeit der höheren Ausbildung. Die Motionär*innen verlangen den Aufbau eines städtischen Stipendienwesens. Die GB-JA!-Fraktion befürwortet dieses Anliegen.
Die Antwort des Gemeinderats macht deutlich, dass die Umsetzung nicht so einfach ist. Diese Einschätzung teilen wir auch in der Fraktion. Das Stipendienwesen ist Sache des Kantons. Und es wäre dessen Aufgabe, das Stipendienwesen zu verbessern und zum Beispiel an die Teuerung anzupassen. Es ist natürlich sehr ärgerlich, dass dies aufgrund der politischen Mehrheitsverhältnisse nicht passiert.
Jedoch möchten auch wir eine Kostenverschiebung verhindern. Wir möchten echte Chancengerechtigkeit fördern, die den einzelnen Personen etwas bringt. Schlussendlich ist es diesen Personen egal, von wem sie das Geld erhalten. Wenn am Schluss nicht mehr Mittel für die Unterstützung zur Verfügung stehen, sondern lediglich umverteilt wird, bringt es leider nichts.
Die Situation ist daher äusserst unbefriedigend. Und einmal mehr müssen wir feststellen, dass die städtischen Kompetenzen äusserst eingeschränkt sind. Wir begrüssen die Idee des Gemeinderats, Einzelpersonen gezielt zu unterstützen und zu entlasten. Dies entspricht zwar weder der Forderung der Motion noch hebt es strukturelle Ungleichheiten im Stipendienwesen auf. Aber es ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Für echte Chancengerechtigkeit ist mehr notwendig als punktuelle Entlastung auf einzelnen Bildungsstufen. Es braucht griffige Massnahmen auf allen Stufen, um einen niederschwelligen Zugang zur Bildung für alle zu ermöglichen.
Wir werden die Motion als Postulat erheblich erklären. Der Gemeinderat soll prüfen, inwiefern möglich ist, ein städtisches Stipendienwesen aufzubauen, ohne dass eine Kostenverschiebung entsteht, und die Betroffenen tatsächlich mehr Geld erhalten. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er, auch wenn es jetzt nur ein Postulat ist, seine Idee umsetzt und mit maximal 100'000 Franken gezielt Einzelpersonen unterstützt, obwohl es aus unserer Sicht natürlich mehr als 100'000 Franken sein dürften. Wenn wir aber auf die letzte Budgetdebatte zurückblicken, wird klar, dass leider schon 100'000 Franken umkämpft sind. Umso wichtiger ist für uns: Die gezielte Unterstützung darf nicht zu Lasten anderer Massnahmen zur Chancengerechtigkeit gehen.

Präsidentin: Als nächstes gerne Oliver Berger, FDP-Fraktion.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Wir von der FDP anerkennen das Vorhaben, das die Chancengerechtigkeit in der Bildung herstellen will. Es soll möglich sein, dass alle, die das Talent und den Biss haben, studieren können. Als Kind aus einer Handwerker- und Arbeiterfamilie weiss ich selbst, was es heisst, wenn man aus einer bildungsfernen Schicht an die Uni geht, und dass es nicht einfach ist, das Studium und den Studienjob unter einen Hut zu bringen. Das gehört aber bis zu einem gewissen Mass zum Erwachsen- und Selbstständigwerden dazu.
Die subsidiären Instrumente der Stipendien finden wir gut, und das unterstützen wir auch. Es unterstützt bei Härtefällen gezielt und setzt bei denen an, für die es keine

andere Lösung gibt. Die Stipendien sind aber eine kantonale Angelegenheit. Und das ist auch gut so. Wie der Gemeinderat selbst feststellt, braucht es keinen separaten Sololauf der Stadt, der nur mehr Aufwand und Bürokratie fabriziert.
Wir werden die Motion ablehnen. Beim Postulat haben wir Stimmfreigabe entschieden. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Als nächstes Deborah Alder-Gasser, GLP-EVP-Fraktion.

Debora Alder-Gasser (EVP) für die Fraktion: Eines ist für uns als GLP-EVP-Fraktion klar: Chancengleichheit im Zugang zur Bildung ist ein wichtiges Anliegen. Dass Herkunft immer noch einen Bildungsstand beeinflusst, sollte längst Geschichte sein. Und der im Einreichendenvotum erwähnte Platz 31 ist wirklich ein extrem schlechter und nicht hinzunehmender Platz. Und die Herausforderung wurde uns ja in der Partizipationsmotion sowie in der Antwort des Gemeinderats sehr gut vor Augen geführt. Gleichzeitig ist für uns auch klar, dass diese Chancengleichheit kein Zufallsprodukt ist, sondern gefördert werden muss. Dabei gehen wir davon aus, dass diese Förderung nicht beim Staat allein liegt, sondern genauso von Bildungsinstitutionen und der Zivilgesellschaft, zum Beispiel Stiftungen, kommen sollte. Für uns ist klar, dass ein entsprechendes Zusammenspiel wesentlich ist.
Bei staatlichen Aufgaben stellt sich in der Schweiz immer die Frage, auf welcher staatspolitischen Ebene diese Aufgabe angegangen werden muss. Die Frage nach der staatspolitischen Ebene hat uns in der Auseinandersetzung mit dieser Partizipationsmotion denn auch massgeblich geleitet. Der Kanton nimmt in Sachen Ausbildungsbeiträge seine Verantwortung nicht ausreichend wahr. Und es macht in unseren Augen keinen Sinn, dass die Stadt einspringt, wenn der Kanton seine Hausaufgaben nicht macht. Wir sind aufgrund der städtischen Finanzen nicht bereit, die nachlässige Politik des Kantons einfach abzufedern und zu decken.
Ja, man kann diese Partizipationsmotion einfach mal aus ideologischer Sicht beurteilen. Aber wir finden: Es braucht Augenmass, denn die Risiken, die bei einer Annahme lauern, dürfen wir nicht ausblenden. Wie der Gemeinderat in seiner Antwort ausführt, besteht die Gefahr, dass der Kanton auf die Idee kommen könnte, städtische Beiträge an kantonale Beiträge anzurechnen. Anstatt, dass der Kanton seinen Hausaufgaben nachkommt, könnte er diese einfach noch mehr an die Stadt delegieren. Das kann kaum unser Ziel sein.
Zudem, was sendet es denn dem Kanton für ein Signal? Er muss nur lange genug warten, um Missstände zu korrigieren, dann wird die Stadt Bern einspringen und seine Aufgaben übernehmen. Es stellt sich für uns also vielmehr die Frage, wie wir auf Versäumnisse des Kantons in einer Form reagieren können, welche dem Kanton keine falschen Signale sendet und ihn nicht aus seiner Verantwortung entbindet. Geld zu sprechen und Lücken zu füllen, scheint oft die naheliegende und natürlich auch die einfachste Lösung. Wir hätten es begrüsst, wenn der vorliegende Vorstoss eine breite Sicht eingenommen hätte, um grundsätzlich zu prüfen, wo die Stadt Bern im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Chancengleichheit in der Bildung beitragen kann. Denn wie gesagt: Das Anliegen dieser Partizipationsmotion ist sehr wichtig.
Auch wenn wir grundsätzlich begrüssen, wenn zielgenau und nicht mit Giesskannenprinzip unterstützt wird, werden wir uns bei diesem Postulat enthalten. Ja, wir sehen definitiv, dass Fehlanreize im Beitragssystem existieren und die Rückzahlungsforderungen von Ausbildungsdarlehen zu Abhalteeffekten führen kann. Trotzdem, der finanzielle Handlungsspielraum der Stadt Bern ist, wie wir alle wissen, klein. Ausserdem, und das war für uns hier ausschlaggebend, sind wir der Meinung, dass zusätzliche

städtische Ausgaben nicht isoliert, sondern vielmehr im Rahmen der Budgetdebatte mit einer entsprechenden Gesamtsicht gemacht werden sollten.
Wir erwarten aber vom Gemeinderat, dass er seinen Spielraum ausnutzt und im Rahmen seiner Möglichkeiten maximalen Druck auf die Kantonsregierung ausübt, damit der Kanton die bestehenden Fehlanreize und Ungerechtigkeiten bei der Gewährung von Ausbildungsbeiträgen schnellstmöglich korrigiert und seine Verantwortung auch wahrnimmt. Vielen Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Alexander Feuz, SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Die SVP anerkennt, dass das ein Anliegen ist, das aufgebracht wird. Wir müssen ganz klar sagen, ich will hier nicht alles wiederholen, aber die Stipendien sind vor allem kantonal geregelt. Ich möchte mich darin den Vorrednern anschliessen, insbesondere der FDP, aber auch teilweise der EVP und GFL, die hier Bedenken angemeldet haben.
Ich erwähne noch einen weiteren Punkt, wieso wir sowohl Postulat als auch Motion ablehnen. Wenn wir eine städtische Subventionierung, städtische Stipendien einführen, dann schaffen wir einen unverschämten Anreiz, damit die Leute nach Bern kommen. Und dann müssen unsere Steuerzahler ein kantonales Problem, das – ich kann jetzt sagen, der Kanton habe es falsch gemacht, sei zu wenig grosszügig gewesen – ausbaden. Und das kann bei dieser Finanzlage nicht der Fall sein. Und darum sage ich aus diesen Gründen – a) es sei eine kantonale Sache und die Stadt Bern darf hier keine Vorreiterrolle einnehmen. Ich habe x-mal gesagt, auch schon bei anderen Sachen: Wir schaffen damit Anreize, so dass wir noch einen grösseren Druck auf den Wohnungsmarkt haben, einen noch grösseren Druck auf die Besiedlung, so dass wir noch mehr Grünraum zerstören, noch mehr Wohnungen machen und noch mehr Sachen kaputt machen.
Darum sagen wir hier klar Nein.

Präsidentin: Jetzt wäre die Redner*innenliste offen für Einzelvoten. Gibt es Einzelvoten? – Als erstes gerne Thomas Hofstetter, FDP.

Thomas Hofstetter (FDP), Einzelvotum: Ich möchte hier eine Lanze brechen für die Lehre. Wenn man den Vorrednern zuhört, hat man das Gefühl, nur die, die an die Uni gehen, haben es geschafft und sind gut. Das stört mich. In den Firmen, bei denen ich mitarbeiten konnte, wird jemand, der einen Fachhochschulabschluss hat, gegenüber einem Hochschulabsolventen bevorzugt eingestellt. Die sind einfach besser. Wenn jemand eine Lehre gemacht hat, kann er arbeiten, kann Verantwortung übernehmen. Es ist zehnmal besser. Und wir müssen froh sein, wenn auch Leute mit Migrationshintergrund eine Lehre machen. Denn sonst kommt niemand mehr, um die kaputten Leitungen zu flicken oder die Solarpanels auf das Dach zu montieren. Wir müssen die Lehre auch unterstützen. Aber grundsätzlich finde ich gut, was ihr fordert. Aber bitte die Lehre nicht schlecht machen und den Uniabschluss nicht überbewerten. Merci.

Präsidentin: Als nächstes Tanja Miljanović, GFL.

Tanja Miljanović (GFL), Einzelvotum: Als eine Person, die studiert hat, mit zwei Brüdern, die nicht studiert haben, finde ich: Man kann natürlich nicht ein Studium gegen eine Lehre ausspielen, sondern es geht darum, den Menschen das zu ermöglichen,

wofür sie sich interessieren und auch die Kompetenzen mitbringen. Also das ist eigentlich das Anliegen. Und ich finde: Es ist ein wichtiges Anliegen.
Aber was mir in dieser Debatte noch ein bisschen gefehlt hat, ist der finanzielle Aspekt. Wir sprechen nur über die Kosten eines Stipendiums. Aber gerade als eine Person, die volle Stipendien und Darlehen hatte, und sonst sicher nicht studiert hätte, muss man einfach auch sehen, dass die Leute, die diese finanzielle Sicherheit haben, auch wenn sie nicht vollkommen tragend ist, auch schneller studieren. Also ich habe auch Freunde, vor allem aus dem Kanton Bern, da es hier auch irgendwie schwieriger war, Stipendien zu bekommen, die sehr viel nebenbei gearbeitet haben, die aber zum Teil auch doppelt so lange studiert haben wie ich. Und mich würde schon auch interessieren, wie hoch der wirtschaftliche Schaden bezüglich Steuereinnahmen für die Stadt ist, wenn Personen fünf Jahre länger studieren, oder auch auf dem Fachexpert*innenmarkt, wo die Leute einfach fehlen, weil sie so lange studieren und sich durch kleine Brötlijobs durchfinanzieren. Ich bin an sich schon der Meinung, dass man auch arbeiten sollte. Das habe auch ich gemacht. Darin bin ich ganz mit Oliver einig. Die Kosten diesbezüglich sind auch hoch. Und gerade für marginalisierte Bevölkerungsgruppen, bildungsfern, Nicht-Akademiker*innen, sind das selten gute, einfache "Jöblis", die man von der Tante, Grosstante oder dem Grossonkel vermittelt bekommt, sondern man siecht sich untendurch. Und auch das kostet die Leute. Aber es kostet auch die Gesamtwirtschaft.

Präsidentin: Als nächstes gerne Szabolcs Mihàlyi, SP-JUSO-Fraktion.

Szabolcs Mihàlyi (SP), Einzelvotum: Lieber Thomas, ich nehme deine Kritik zur Kenntnis. Aber ich will gerade als Akademiker, der nur Akademiker ist, weil er zehn Jahre Schichtarbeit gemacht hat, um die Ausbildung bezahlen zu können, noch sagen: Bei Stipendien geht es nicht nur um Studierte. Ein Stipendium braucht auch so mancher Handwerker, der sich mit entsprechendem Lohnverzicht zum Beispiel auf die Meisterprüfung vorbereiten muss. Das Stipendienwesen wird leider fälschlicherweise oft mit Studium in Verbindung gebracht, aber es gibt durchaus andere Berufe, wo es ohne Stipendium eben auch nicht geht.

Präsidentin: Vielen Dank, Szabolcs Mihàlyi. Als nächstes Bernadette Häfliger, SP.

Bernadette Häfliger (SP), Einzelvotum: Ich möchte auch eine Lanze für die Lehre brechen und würde vorschlagen, dass wir diese Lanze dort brechen, wo 75% der Kinder aus Akademikerfamilien ein Studium machen. Ich finde die Art, wie immer, wenn es um Chancengleichheit von Arbeiterkindern, von Migrationskindern geht, dieses Argument gebracht wird. Selbstverständlich können Arbeiterkinder auch eine Lehre machen. Und das ist eine gute Ausbildung. Diese Aussage gilt aber genauso für Akademikerkinder. Es geht hier darum, dass Menschen, auch wenn sie einen Migrationshintergrund oder einen sozialen Hintergrund in Arbeiterfamilien haben, das Recht haben, die Ausbildung zu machen, die ihren Fähigkeiten und Interessen entspricht. Und das negiert ihr mit dieser Aussage. Es wurde hier auch gesagt, man müsse Risikomanagement machen. Das finde ich auch. Wenn man das Risiko der Stadt, das sich hier bei 100'000 Franken beziffern lässt, dem Risiko gegenüberstellt, dass wir das Potenzial dieser Arbeiterkinder nicht ausschöpfen, in einer Zeit, in der wir unter massivem Fachkräftemangel leiden, dann sehe ich das Risikomanagement ein bisschen anders. Mir geht bei dieser Diskussion, wie schon jedes Mal bei diesen Diskussionen, wirklich auf den Wecker, dass man so eine paternalistische Haltung einnimmt. Arbeiterkinder müssen, das wurde hier erwähnt, bis sie überhaupt ins Gymnasium kommen, schon einen sehr langen und

sehr steinigen Weg zurücklegen. Ihnen dann einfach zu sagen, arbeitet doch noch ein bisschen mehr, finde ich paternalistisch.

Präsidentin: Danke. Als nächstes Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Mich hat das Votum von Szabolcs Mihàlyi provoziert, und zwar ist es so, dass, wenn ein Kind eine Erstausbildung abgeschlossen hat, wenn ein Kind eine Ausbildung als Kaufmann hat, dann kann man nicht von den Eltern verlangen – das sagt auch die Rechtsprechung des Bundesgerichts und das Zivilgesetzbuch –, dass sie die zweite Ausbildung zahlen müssen. Genau das gleiche gilt für eine Meisterausbildung. Man kann hier darüber diskutieren, ob das richtig oder nicht richtig ist. Aber es ist ein Fakt. Für den, der studiert, müssen die Eltern länger zahlen, weil das Studium länger geht – a) Gymnasium und nachher ein ordentlicher Abschluss. Es wird immer von 100'000 Franken gesprochen. Ich sage euch: Schaut das auch strategisch an. Ich bin einer, der gerne ein bisschen einen breiten Horizont hat. Daher muss ich sagen: Eltern aus Meiringen oder Guttannen müssen rechtzeitig nach Bern kommen, damit das Kind diese Chance hat. Und dann habt ihr genau den gegenteiligen Effekt. Dann haben wir die Leute nicht dort, wo sie eigentlich als Arbeitskräfte gebraucht werden, sondern sie kommen nachher dorthin, wo die besten schulischen Voraussetzungen sind, die der Staat und der Steuerzahler zahlt. Man kann darüber diskutieren, aber der Ansatzpunkt dieses Vorstosses, das wäre der Grosse Rat oder die eidgenössische Ebene, aber sicher nicht die kommunale Ebene.
Darum lehnen wir diesen Vorstoss sowohl als Postulat wie auch als Motion ab.

Präsidentin: Danke. Als nächstes Ursula Stöckli, FDP.

Ursula Stöckli (FDP), Einzelvotum: Ich kann Debora Alder-Gasser voll zustimmen, dem, was sie gesagt hat, jedem Wort. Der Kanton muss nur lange genug warten und dann schaut die Stadt schon. Das hatten wir schon oft. Ich kann auch Thomas zustimmen, der selbstverständlich eine Lanze gebrochen hat für die Lehre; ebenso Tanja, die in meinen Augen auch absolut das Richtige gesagt hat. Was ich auch noch betonen möchte: Es sind nicht nur Leute mit Migrationshintergrund, die nicht genug Geld haben, um komfortabel ein Studium zu durchlaufen. Es kann auch noch lange nicht jeder, der hier geboren ist und hier lebt, seinem Kind ein Studium zahlen und ihm ermöglichen, dieses locker-lässig zu durchlaufen. Dass man sich besser auf die Arbeit, auf das Studium, auf die Ausbildung konzentrieren kann und schneller ist, wenn man sich nicht den ganzen Tag Sorgen machen muss, wie man das Zeug zahlen will und wie man sich über Wasser halten kann, darin stimme ich Tanja voll zu. Und eben, wie gesagt: Es sind nicht einfach Leute mit Migrationshintergrund, die knapp bei Kasse sind oder die für ihr Studium knapp bei Kasse sein können.
Früher hat es auch noch ein Abend-Tech gegeben. Ich habe zum Beispiel ein Abend-Tech gemacht, weil ich mir das Tages-Tech schlicht nicht hätte leisten können. Also habe ich länger studiert, habe daneben 32 Stunden arbeiten müssen plus 20 Stunden Studium plus noch ein bisschen Lernen und Formelbücher schreiben. Das hat man früher so gemacht. Aber es ist ja auch nicht jedem gegeben.
Darum sage ich: Der Motion hätte ich jetzt nicht zugestimmt, dem Postulat würde ich zustimmen; und einfach, falls es angenommen wird: die Lehrlinge und die tertiäre Ausbildung von Berufsleuten nicht vergessen.

Präsidentin: Danke. Als nächstes Georg Häsler, FDP.

Georg Häsler (FDP), Einzelvotum: Der liberale Bundesstaat, der schweizerische liberale Bundesstaat macht ein Aufstiegsversprechen. Und dieses Aufstiegsversprechen ist zutiefst liberal und es gründet eigentlich auf der Voraussetzung, dass zur Freiheit immer auch die Gleichheit gehört. Deshalb hat die FDP auch das Weiss der Tricolore in ihren eigenen Farben. Sie sind nicht nur blau, sie sind auch weiss. Die Gleichheit spielt eine Rolle. Deshalb habe ich sehr, sehr viel Verständnis und eben auch sehr viel Sympathie für diesen Vorstoss und stimme auch zu, dass wir bei einer Wandlung zu einem Postulat zustimmen wollen; auch um diesem Aufstiegsversprechen Nachdruck zu verleihen, das eben in der DNA unserer liberalen Partei steckt. Aber etwas stört mich natürlich schon. Wenn einer unserer Kollegen, der übrigens über keinen Uniabschluss verfügt, eine Lanze bricht für die Lehre und damit am Ende eben auch dieses Gleichheitsversprechen meint, dass man eben nicht nur ein guter Mensch ist mit akademischem Abschluss und geschliffener Zunge – ich möchte daran erinnern, dass zum Beispiel Marcel Ospel, UBS-Präsident, eine kaufmännische Lehre gemacht hat und vielleicht mehr Geld verdient hat, als so mancher Phil-I-er, wie auch ich es bin, am Ende verdient hat –, dann finde ich es schade, wenn wir dann abgekanzelt werden als Leute, die kein Herz hätten und am Ende paternalistisch wären. Ich glaube, zum Aufstiegsversprechen gehört harte Arbeit. Aber es gehört auch dazu, dass wir die Chancen auch ermöglichen. Deshalb Ja zum Postulat.

Präsidentin: Als nächstes gerne Barbara Keller, SP.

Barbara Keller (SP), Einzelvotum: Ich konnte es mir auch nicht verkneifen, noch etwas zu sagen. Ich bin Mediamatikerin, EFZ-Berufsbildnerin und Prüfungsexpertin. Und ich bin sehr froh, dass die FDP dabei ist, die Berufslehre zu stärken. Ich hoffe, ihr seid dann auch dabei, wenn auf nationaler Ebene acht Wochen Ferien für Lernende gefordert werden, weil das schlussendlich die Berufslehre stärkt. Und ich möchte hier auch sagen: Ich finde es nicht gut, wenn wir jetzt anfangen, die Berufslehre gegen das Studium auszuspielen. Ich glaube, wir müssen schauen, dass für beide Wege gute Voraussetzungen gegeben sind.

Präsidentin: Wenn es keine weiteren Einzelvoten gibt, würde ich jetzt der Gemeinderätin Ursina Anderegg das Wort übergeben.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Guten Abend miteinander, lieber Gazmendi, liebe Motionär*innen, liebe Stadträt*innen, zuerst will ich noch einleitend auf euch eingehen, die ihr die Partizipationsmotion eingereicht habt. Eigentlich dürfte es nicht sein, dass ihr euch bei uns, bei der Stadt bedanken müsst, dass ihr dieses Instrument nutzen dürft. Vielmehr müssten sich Bund und Kanton für das grosse Demokratiedefizit bei euch entschuldigen, mit dem wir unterwegs sind und durch welches ein Viertel der Steuerzahler*innen von der institutionellen Mitsprache ausgeschlossen werden. Umso mehr freut sich der Gemeinderat, dass das Instrument der Partizipationsmotion, welches dieses Defizit abzufedern versucht, auch genutzt wird. Und hiermit komme ich zum Vorstoss.
Staatliche Ausbildungsbeiträge sind ein wirksames und erprobtes Instrument der Bildungspolitik zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit. Und wir wissen, dass es in der Schweiz wesentlich von der sozialen Herkunft und der sozialen Stellung abhängt, wer Zugang zu welcher Bildung erhält oder gar nicht, und bei wem wie viele Hürden im Weg sind. Dies ist auch dem Gemeinderat sehr bewusst. Und die Thematik ist in einer

Stadt wie Bern mit sehr vielen starken Bildungsinstitutionen natürlich auch sehr relevant. Und umso mehr freut mich diese Debatte heute Abend, und vor allem auch die sehr grosse Einigkeit über die Chancenungleichheit in dem System, über das wir heute Abend debattieren, und auch die Anerkennung von Lücken in diesem System, die die Chancengerechtigkeit eben gerade nicht fördern. Aber Ausbildungsbeiträge, also Stipendien und Darlehenswesen, das ist grundsätzlich ein kantonales Leistungsfeld. Und damit ist es rechtlich gesehen die alleinige Sache des Kantons, in diesem Bereich Ziele zu setzen, Fehlanreize zu beseitigen und die definierten Wirkungen zu erreichen.
Zurzeit läuft noch bis am 26. Juni eine Vernehmlassung zur Änderung des kantonalen Gesetzes über Ausbildungsbeiträge. Wir sind gerade hoch aktuell mit unserem Thema in dieser Debatte. Allerdings werden in dieser Vorlage die heute Abend angesprochenen Lücken und Fehlanreize nicht adressiert. Diese fokussiert auf die, das ist allerdings zu begrüssen, Erhöhung der Alterslimite für Ausbildungsbeiträge von 35 auf 50 Jahre sowie auf einen Einschluss von Personen mit Status F und Status S in den Kreis der Bezugsberechtigten. Der Gemeinderat wird sich im Rahmen der Vernehmlassung zu dieser Vorlage äussern. Und es wäre sicher sehr hilfreich, wenn ihr alle euch bei euren Kantonalparteien dafür einsetzt, dass sie sich im Sinne der heutigen Debatte und der grossen Einigkeit in diesem Ratssaal hier, entsprechend an der Vernehmlassung beteiligen.
Mit Blick auf die rechtlich festgelegten Aufgabenverteilungen zwischen Kanton und Gemeinden und in Anbetracht der Finanzlage der Stadt steht der Gemeinderat dem Aufbau eines eigenen Stipendienwesens ablehnend gegenüber. Allerdings erkennt er die Fehlanreize im aktuellen Beitragssystem, und vor allem den Abhalteffekt bei Ausbildungsdarlehen an. Das heisst, die Rückerstattungspflichten können dazu führen, dass Personen davon abgehalten werden, Darlehen in Anspruch zu nehmen. Der Gemeinderat ist deshalb offen dafür, den Aufbau eines Systems zur Ablösung von Ausbildungsdarlehen näher zu prüfen. Und sehr gerne nehmen wir auch eure Überlegungen aus dieser heutigen Debatte für den Prüfungsbericht mit. Und wir werden euch darin auch aufzeigen, welche finanziellen Folgen der Vorschlag, den der Gemeinderat im Prüfungsbericht präsentieren würde, hätte. Die darüber hinausgehende Forderung der Partizipationsmotion, das habe ich schon gesagt, den Aufbau eines städtischen Stipendienwesens, lehnen wir klar ab. Und wir beantragen euch deshalb, die Partizipationsmotion als Motion abzulehnen. Wir sind aber gerne bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Vielen Dank.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Wir kommen zur Abstimmung. Ihr habt es gehört: Die Motion wurde in ein Postulat gewandelt. Das heisst, wir stimmen jetzt darüber ab, ob wir das Postulat erheblich erklären wollen.

Abstimmung Nr. 006

2024.SR.0195: als Postulat

Annahme

Ja	52
Nein	5
Enthalten	10

Präsidentin: Ihr habt das Postulat als erheblich erklärt.
Vielen Dank nochmals für die wichtige Diskussion. Und ich kann es mir als Stadtratspräsidentin und Migrantin oder mit migrantischem Hintergrund nicht verkneifen, auch

zu sagen, wie wichtig die Diskussion heute Abend war. Ich hätte mit Sicherheit mein Masterstudium in Politikwissenschaften ohne Stipendien und Darlehen nicht meistern können. Das ist unter anderem wahrscheinlich der Grund, wieso ich heute auch hier sitzen kann. Vielleicht wäre es mir auch sonst vergönnt gewesen. Aber umso wichtiger ist es, dass wir hinschauen bei der Chancengleichheit.

2016.SR.000008

4 Motion Fraktion GB/JA! (Seraina Patzen, JA!): Qualität der Asylunterkünfte in der Stadt Bern prüfen und verbessern

Präsidentin: Wir kommen jetzt zum Traktandum 4, und zwar zur Motion "Qualität der Asylunterkünfte in der Stadt Bern". Die Fristverlängerung wurde in der Kommission bestritten und aus diesem Grund ist sie nun bei uns traktandiert. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die SBK-Kommission, Anna Leissing.

Anna Leissing (GB) für die Kommission: Die SBK hat am 5. Mai über die Fristverlängerung zu Punkt 2 der vorliegenden Motion der GB/JA!-Fraktion beraten und der Fristverlängerung bis Ende Mai 2027 mit 9 zu 1 Stimme zugestimmt. Da dieser Beschluss, wie gesagt, nicht einstimmig war, liegt das Geschäft heute vor.
Die Motion zur Qualität der Asylunterkünfte wurde im Februar 2020 erheblich erklärt. Aus diesem Grund haben wir letztes Jahr einen ausführlichen und sehr aufschlussreichen Monitoringbericht zur Situation in den Asylunterkünften der Stadt Bern erhalten. Die Erkenntnisse aus dem Monitoring bilden die Grundlage für die weitere Arbeit im Asylbereich der Stadt Bern, insbesondere für den Asylsozialdienst, die Heilsarmee als Betreiberin der Unterkünfte sowie für den kontinuierlichen Austausch mit dem Kanton. In diesem Sinn konnten Punkt 1 und 3 der vorliegenden Motion im Mai letzten Jahres als erfüllt abgeschrieben werden.
Die Abschreibung von Punkt 2 hat der Stadtrat aber abgelehnt. Punkt 2 betrifft die Forderung nach einer unabhängigen Beschwerdestelle, die Beschwerden von Asylsuchenden betreffend Unterbringung, Betreuung und Asylverfahren vertraulich aufnimmt, prüft und sich für Verbesserungen einsetzt. Die Beschwerdestelle soll zudem in das jährliche Qualitätsmonitoring einbezogen werden. Inzwischen wurde der Bericht zum Pilotversuch einer externen Meldestelle für die Bundesasylzentren veröffentlicht. Auf dieser Basis konnten Abklärungen für eine städtische Ombudsstelle Asyl getroffen werden. Ebenfalls wurde bereits eine mögliche Trägerschaft für diese Stelle eruiert: das Schweizerische Arbeiterhilfswerk (SAH), das auch den Zuschlag für den Betrieb der externen Meldestelle für die Bundesasylzentren erhalten hat. Eine Projektskizze und eine Offerte liegen ebenso vor.
Auch mit Punkt 2 der vorliegenden Motion ist der Gemeinderat also auf gutem Weg. Mit den Synergien, die sich aus der Zusammenarbeit mit dem SAH und seinen Erfahrungen mit der externen Meldestelle für die Bundesasylzentren ergeben, liegt in den Augen der SBK eine überzeugende Lösung auf dem Tisch. Auf Nachfrage wurde in der Kommission auch zugesichert, dass der Pilot ab 2027 starten und mit den Mitteln aus NA-BE (Neustrukturierung des Asyl- und Flüchtlingsbereichs) Integration finanziert werden soll. Nun braucht es aber noch etwas mehr Zeit, um diesen Pilotversuch einer städtischen Ombudsstelle Asyl konkret aufzugleisen und damit auch Punkt 2 der vorliegenden Motion zu erfüllen.

Wie gesagt, mit 9 zu 1 Stimme empfiehlt euch die SBK, dieser Fristverlängerung bis Ende Mai 2027 zuzustimmen. Zur Tischvorlage und dem Antrag auf Abschreibung sage ich an dieser Stelle nichts, da wir diesen in der SBK nicht diskutiert haben. Vielen Dank.

Präsidentin: Du darfst gerne das Fraktionsvotum anhängen. Dann könnt ihr euch jetzt für die Fraktionsvoten anmelden.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Auch die GB-JA!-Fraktion wird dem Antrag auf Fristverlängerung zustimmen. Die Aussicht auf eine städtische Ombudsstelle Asyl ab 2027 ist in unseren Augen sehr erfreulich. Und wir sind auch sehr froh, dass wir die Motion letztes Jahr nicht abgeschrieben haben. Es ist aus unserer Sicht sinnvoll, für den Pilotversuch einer städtischen Ombudsstelle auf den Erfahrungen im Pilotprojekt der externen Meldestelle für Bundesasylzentren aufzubauen, auch wenn sich die Bedürfnisse, die Probleme und die Herausforderungen in den Kollektivunterkünften der Stadt Bern wohl teilweise von denjenigen in den Bundesasylzentren unterscheiden dürften. Auch, dass die städtische Ombudsstelle durch das SAH betrieben werden soll, ist aus Sicht der GB-JA!-Fraktion ein Gewinn, da damit wertvolle Erfahrungen und Synergien für die Ombudsstelle der Stadt Bern genutzt werden können. Für die GB/JA!-Fraktion ist es entscheidend, dass die Angebote der Ombudsstelle niederschwellig zugänglich sind, dass Anonymität gewährleistet wird und die Informationen zum Angebot bedürfnisgruppengerecht kommuniziert werden.
Weiter ist wichtig, dass die Beschwerden und Probleme systematisch erfasst und analysiert werden. Auf dieser Basis können dann Empfehlungen an den Asylsozialdienst und die Heilsarmee der Stadt Bern gemacht werden. Im geeigneten Rahmen soll auch die Öffentlichkeit über die Situation in den Asylunterkünften der Stadt Bern informiert werden. Wir sind also überzeugt, dass dieses Projekt nun auf gutem Weg ist. Und wir sind gespannt, von den Erfahrungen und Erkenntnissen zu hören, sobald der Pilotversuch gestartet ist.
Wir möchten an dieser Stelle der BSS und den Mitarbeiter*innen des Sozialamts, des Asylsozialdiensts und der Heilsarmee für ihren grossen Einsatz danken und stimmen der Fristverlängerung bis Ende Mai zu.
Und zum Schluss noch zum Antrag auf Abschreibung: Natürlich werden wir diesen ablehnen, denn es ist für uns unverständlich, weshalb eine überwiesene Forderung des Stadtrats, die auch noch auf bestem Weg ist, umgesetzt zu werden, nun kurz vor dem Ziel abgeschrieben werden soll. Wir bitten euch deshalb, der Fristverlängerung zuzustimmen und die Abschreibung abzulehnen. Vielen Dank.

Präsidentin: Danke. Als nächstes Oliver Berger für die FDP-Fraktion.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Wir von der Fraktion FDP stellen den Antrag auf Rückweisung der Fristverlängerung respektive wir beantragen die Abschreibung des Geschäfts, der Ziffer 2. Die Qualität der Berner Asylunterkünfte ist gut. Es gibt materiell keinen akuten Handlungsbedarf. Es braucht auch hier keinen Solo-Lauf und keine Bürokratie der Stadt bei einer Aufgabe, die grundsätzlich vom Kanton vollzogen wird.
Es gibt bereits genug Strukturen, wo sich die Betroffenen mit einem Anliegen Gehör verschaffen können. Der Vorstoss für die Fristverlängerung respektive der Antrag für die Fristverlängerung ist aus unserer Sicht eine Zwängerei und dient einfach dazu, das Thema weiterhin zu bewirtschaften. Sonst hat die Idee einer eigenen Ombudsstelle eigentlich keinen Mehrwert. Kurzum: Eine städtische Ombudsstelle, die dem Kanton

auf die Finger schauen soll und die der Kanton ohne gesetzliche Grundlage mitfinanzieren soll, in einem Bereich, in dem der Kanton abschliessend zuständig ist, ist doch ein bisschen komisch und eher eine Utopie, die man aus unserer Sicht abschreiben sollte. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Vielen Dank. Gibt es weitere Fraktionsvoten? – Als nächstes gerne Helin Genis für die SP-JUSO-Fraktion.

Helin Genis (SP) für die Fraktion: Vor einem Jahr haben wir hier im Stadtrat klar gesagt: Für uns reicht es nicht, wenn es nur Monitoring und interne Meldemöglichkeiten gibt. Wir wollten eine unabhängige, niederschwellige und vertrauenswürdige Ombudsstelle für Menschen in Asylunterkünften. Heute sehen wir: Diese Forderung wurde ernst genommen. Es gibt konkrete Schritte für einen Pilotversuch gemeinsam mit dem Schweizerischen Arbeiterhilfswerk. Es gibt eine Projektskizze, eine Finanzierungsperspektive und erste Erfahrungen, auf denen aufgebaut wird. Ich möchte mich bei der Verwaltung sowie beim Gemeinderat bedanken für die ersten Schritte der Umsetzung. Es zeigt, dass unsere Forderungen vom Mai 2025 wichtig sind, richtig sind sowie gehört wurden und nun auch umgesetzt werden. Damit dieses Projekt nun sorgfältig und gut umgesetzt werden kann, ist für uns aber auch klar, dass wir diese Fristerstreckung klar unterstützen. Den Antrag auf Abschreibung werden wir aus diesem Grund aber auch klar ablehnen. Entscheidend ist nämlich, dass am Ende eine Ombudsstelle entsteht, die wirklich unabhängig ist, niederschwellig funktioniert und den Betroffenen eine echte Stimme gibt. Die Umsetzung braucht Zeit und deshalb stimmt die SP-JUSO-Fraktion der Fristerstreckung zu.

Präsidentin: Wenn es keine Fraktionsvoten mehr gibt, könnt ihr euch jetzt noch für die Einzelvoten anmelden. – Doch, es gibt noch ein Fraktionsvotum. Gerne Salome Mathys.

Salome Mathys (GLP) für die Fraktion: Unsere Grundhaltung ist nach wie vor: Eine neue Meldestelle braucht es nicht. Es geht darum, bestehende Stellen, die Ombudsstelle, den Rechtsdienst des GSI (Gesundheits-, Sozial und Integrationsdirektion des Kantons Bern) besser bekannt zu machen. Das wäre zielführender und kostengünstiger. Dass dies nicht aus der Luft gegriffen ist, zeigt der Evaluationsbericht des Pilotprojekts beim SEM (Staatssekretariat für Migration). Denn wer diesen tatsächlich genau gelesen hat, sieht, dass von den sechs definierten Zielkomponenten nur zwei erreicht wurden, drei nur teilweise und eine gar nicht. Die Meldungen waren punktuell und wenig repräsentativ. Strukturelle Erkenntnisse liessen sich kaum ableiten. Selbst SEM-interne Stellen gelangten zum Schluss, dass bereits bekannte Fälle über die Meldestelle nochmals gemeldet wurden, ohne Mehrwert. Bezeichnenderweise war 35 von 40 befragten Asylsuchenden die Meldestelle schlicht nicht bekannt. Also man sieht: Das ist das Problem, die Bekanntheit, nicht die fehlenden Strukturen und dasselbe gilt bei der Stadt Bern.
Die Stellen sind ja noch nicht einmal in der achtseitigen Broschüre angegeben, die vom Asylsozialdienst auf die Webseite der Kirchlichen Kontaktstelle für Flüchtlinge KKF verlinkt ist. Acht Seiten Adressen und die Ombudsstelle Stadt Bern ist nicht drauf. Der Rechtsdienst der GSI ist nicht drauf. Also wenn das nicht mal dort drauf ist, wobei es wahrscheinlich eine Investition von 30 Minuten wäre, das anzuhängen, dann bringen auch 300'000 Franken nichts, um diese Stellen bekannter zu machen. Und die Asylsuchenden sind nur noch verwirrter, wo sie sich denn mit welchen Anliegen melden sollen.

Deswegen werden wir den Antrag der FDP annehmen. Positiv vermerken wir, dass zuerst mit der GSI geklärt werden soll, ob die Integrationspauschale dafür überhaupt verwendet werden darf. Denn genau das bezweifeln wir. Verwaltungsrechtspflege als Integrationsleistung zu qualifizieren, ist doch sehr weit hergeholt. Die 300'000 Franken, und es sind 300'000 Franken, wären in echte Integrationsarbeit deutlich besser investiert als in eine weitere Meldestelle, die dann doch niemand kennt. Wir enthalten uns deshalb bei der Fristverlängerung, weil doch besser geprüft wird, wer das eigentlich finanziert, denn das Geld fehlt dann einfach für andere wichtige Projekte.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Carola Christen für die GFL-Fraktion.

Carola Christen (GFL) für die Fraktion: Ich kann mich ein bisschen meiner Vorrednerin anschliessen. Wir seitens der GFL stimmen der geforderten Abschreibung der FDP ebenfalls zu, dies aus einem einfachen Grund. Ich habe nochmals kurz unser Stimmverhalten im Mai 2025 angeschaut. Wir waren auch schon damals für die Abschreibung von Punkt 2, und dies eigentlich aus dem einfachen Grund, dass hier in der Stadt Bern bereits eine Ombudsstelle besteht. Zweitens: Es gibt immer interne Meldestellen in jedem Asylzentrum. Und drittens: Wenn es um die Finanzierung geht, müssen wir unsere Prioritäten aktiv setzen und dementsprechend auch die Konsequenzen ziehen. Das heisst, wenn wir sparen möchten, heisst das aktiv auch, dass wir auf unnötige Stellen verzichten müssen. Das wäre hier einer dieser Punkte. Ein weiterer Punkt, und auch hier kann ich mich Salome Mathys anschliessen, ist: Die Kommunikation, insbesondere im Migrationswesen, ist unglaublich schwierig. Es ist unglaublich kompliziert, sicherzustellen, dass alle Asylsuchenden wissen, wo sie sich melden können und für was. Es startet bei den kleinsten Dingen und es hört auf bei einer Ombudsstelle. Wie wissen Asylsuchende, dass es eine städtische Ombudsstelle für das einzige Asylzentrum der KU (Kollektivunterkunft) Tiefenau in der Stadt Bern gibt, wenn sie nicht mal wissen, dass es innerhalb ihres Asylzentrums eine eigene interne Meldestelle gibt, wo sie sich aktiv melden könnten? Es startet dort. Es ist wichtig, dass wir beginnen, die Informationen zu vermitteln. Dort können wir Kosten sparen. Aber es macht keinen Sinn, zusätzliche Kosten zu erstellen. Der Fristverlängerung, nichtsdestotrotz, stimmen wir zu. Wir finden: Es macht Sinn, dass sich hier die Verwaltung Gedanken macht, wie eine solche Finanzierung aussehen sollte. Es macht Sinn, dass man hier aktiv mit dem Kanton oder auch mit dem Bund schaut, was es für Möglichkeiten gibt. Aber es ist auch wichtig, dass hier der Kanton in die Verantwortung genommen wird. Daher begrüssen wir diese Abklärung. Danke vielmals.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Ihr könnt euch jetzt gerne für die Einzelvoten anmelden, falls es welche gibt. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann übergebe ich gerne der Gemeinderätin Ursina Anderegg das Wort.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Die Mehrheit der Anliegen aus der vorliegenden Motion hat der Gemeinderat bereits zu einem früheren Zeitpunkt erfüllt. Das haben wir gehört, namentlich durch die Erarbeitung des Monitoringberichts zum Asyl- und Geflüchtetenbereich in der Stadt Bern 2023 bis 2024. Ich kann vielleicht heute noch sagen: Eine Aktualisierung dieses Monitoringberichts mit dem Stand per Ende 2025 wurde inzwischen vom Sozialamt erstellt und soeben vom Gemeinderat verabschiedet. Wir werden diesen Bericht der SBK zustellen. Offen ist hingegen noch der Punkt mit der Schaffung einer unabhängigen Beschwerdestelle, wie sie in Ziffer 2 gefordert wird.

Wie im Vortrag dargelegt, laufen zurzeit die Vorarbeiten für ein entsprechendes städtisches Pilotprojekt in den Jahren 2027/2028. Und hier vielleicht noch ein wichtiger Hinweis: Als wir an dieser Motion weitergearbeitet haben, haben wir selbstverständlich mit der städtischen Ombudsstelle gesprochen. Es wurde geprüft, ob sie auch als Meldestelle kommuniziert werden sollen. Es ist der städtischen Ombudsstelle aus Ressourcengründen nicht möglich, für diesen Bereich explizit auch noch diese Meldestellenfunktion zu übernehmen. Sie haben das abgelehnt. Und darum haben wir andere Partner*innen gesucht, um diesen Punkt der Motion zu erfüllen.
Nun ist geplant, hier in eine Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Arbeiterhilfswerk (SAH Bern) einzugehen. Und wir sind darum auf sie zugegangen, weil sie schon diesen Pilot auf nationaler Ebene gemacht haben, damit nicht noch eine Organisation bei der Konzipierung von vorne anfangen muss. Und wir können jetzt auch aus diesem Pilot auf der nationalen Ebene lernen, um hier auch lokal weiter daran zu arbeiten. Die Kosten für dieses zweijährige Pilotprojekt, das haben wir heute schon gehört, bewegen sich in der Grössenordnung von ungefähr 300'000 Franken. Diese Gelder sind nun im AFP 2027-2030 im Rahmen der NA-BE-Spezialfinanzierung eingestellt. Und falls das Pilotprojekt wie angedacht durchgeführt werden kann, wird eine allfällige Umsetzung erst ab 2027 erfolgen können. Da das Pilotprojekt für die Umsetzung noch nicht unter Dach und Fach ist, beantragen wir dem Stadtrat, die Frist bis nächsten Mai zu verlängern. Vielen Dank für die Unterstützung.

Präsidentin: Vielen Dank. Ihr habt es gehört. Wir werden als erstes über die Tischvorlage abstimmen. Nehmt gerne die Tischvorlage zur Hand. Wenn ihr also der Abschreibung der Ziffer 2 zustimmen möchtet, könnt ihr jetzt mit Grün abstimmen.

Antrag 1 Tischauflage
FDP
Der Antrag auf Fristverlängerung Ziffer 2 sei zurückzuweisen und die Motion abzuschreiben.

Abstimmung Nr. 007

2016.SR.000008: Antrag 1 Tischauflage

Ablehnung

Ja	30
Nein	38
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt die Abschreibung abgelehnt. Jetzt kommen wir zum Antrag des Gemeinderats auf Fristverlängerung bis Ende Mai 2027. Wenn ihr dieser Fristverlängerung zustimmen möchtet, dann könnt ihr jetzt mit Grün Ja stimmen.

Abstimmung Nr. 008

2016.SR.000008

Annahme Fristverlängerung bis Ende Mai 2027

Ja	47
Nein	8
Enthalten	13

Präsidentin: Ihr habt der Fristverlängerung bis Ende Mai 2027 zugestimmt.

2024.SR.0104

5 Postulat Seraina Patzen (JA!) - übernommen durch Anna Leissing (GB): Ein mobiles Gesundheitszentrum in Bern!

Präsidentin: Traktandum 5, hier geht es um das Postulat "Ein mobiles Gesundheitszentrum in Bern". Diese Fristverlängerung wurde ebenfalls in der Kommission bestritten. Ich erteile der Kommission ebenfalls das Wort. Für die SBK, Anna Leissing.

Anna Leissing (GB) für die Kommission: Auch über das vorliegende Postulat hat die SBK am 5. Mai beraten und der Fristverlängerung auch hier mit 9 zu 1 Stimme zugestimmt. Auch hier beraten wir heute darüber, weil dieser Beschluss nicht einstimmig war. Das vorliegende Postulat wurde im April 2024 für erheblich erklärt. Und im Juni letzten Jahres haben wir in der SBK einer Fristverlängerung bis Ende März 2026 zugestimmt, dies, um eine vertiefte Analyse zur Gesundheitsversorgung von besonders vulnerablen Gruppen zu ermöglichen. In der Analyse sollen bestehende Angebote und Lücken untersucht und damit eine Grundlage zur Beantwortung des Postulats geschaffen werden.
Dieses Vorgehen wurde in der SBK nach wie vor für sinnvoll befunden. Gleichzeitig hat die SBK darüber diskutiert, dass die Situation gerade im Gesundheitsbereich zunehmend prekär ist, ganz besonders für vulnerable Gruppen, und dass Versorgungslücken langfristig einen hohen sozialen Preis haben. Lösungen, um die Gesundheitsversorgung von besonders verletzlichen Gruppen zu verbessern, sind gerade jetzt, wo immer mehr Menschen mit stark steigenden Lebenskosten zu kämpfen haben, dringend nötig. Gleichzeitig anerkennt die SBK die hohe Arbeitslast in der BSS sowie die Komplexität des Geschäfts. Umso wichtiger sind aber für die SBK fundierte Grundlagen, auf deren Basis die Lösungen erarbeitet werden können. Vor diesem Hintergrund empfiehlt euch die SBK, dem Antrag auf Fristverlängerung bis Ende März 2027 zuzustimmen. Zum Antrag auf Abschreibung sage ich auch hier nichts, da wir diesen nicht in der Kommission diskutiert haben.

Präsidentin: Du kannst gerne das Fraktionsvotum anhängen und ihr könnt euch gerne für die Fraktionsvoten anmelden.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Auch die GB-JA!-Fraktion wird dem Antrag auf Fristverlängerung zustimmen. Gleichzeitig ist aus unserer Sicht die erneute Verzögerung angesichts der zunehmenden Prekarisierung ziemlich unbefriedigend. Wir alle wissen, Kinder und Jugendliche mit psychischen Belastungen warten teilweise monatelang auf einen Behandlungsplatz. Wir wissen, dass der Gesundheitsdienst den hohen Bedarf aufgrund wachsender Schüler*innenzahlen immer weniger abdecken kann. Und wenn wir bedenken, dass diese Gruppen tendenziell in Strukturen und Systeme eingebettet sind, dann können wir uns nicht vorstellen, wie es gerade für besonders vulnerable Gruppen wie Menschen ohne Aufenthaltspapiere, Menschen in der Sexarbeit oder ohne Obdach aussieht. Hinzu kommt, dass der allgemeine Anstieg der Lebenskosten immer mehr Menschen an oder unter die Armutsgrenze drängt. Behandlungen beim Zahnarzt oder auch Prävention psychischer Erkrankungen, die zum Teil nicht von der

Krankenkasse übernommen werden, können sich ganz viele Menschen schlicht nicht mehr leisten.
Vor diesem Hintergrund ist auch der Antrag auf Abschreibung des Postulats recht zynisch. Das Recht auf Gesundheit für alle, nicht nur für diejenigen, die es sich leisten können, ist für den Antragsteller offenbar irrelevant, genauso wie ein Stadtratsbeschluss von 2024, mit dem das vorliegende Postulat mit 56 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen für erheblich erklärt wurde. Aber ja, ich will mich nicht länger mit dieser Provokation aufhalten. Lassen wir die BSS ihre Arbeit machen und die Lücken in der Gesundheitsversorgung für besonders verletzliche Menschen in dieser Stadt zu füllen, möglichst bald, aber vor allem auch auf fundierten Grundlagen. In diesem Sinn stimmen wir von der GB/JA!-Fraktion der Fristverlängerung zu und erwarten den Bericht zur Gesundheitsversorgung besonders vulnerabler Gruppen mit grosser Spannung. Vielen Dank.

Präsidentin: Danke. Als nächstes Monique Iseli für die SP-JUSO-Fraktion.

Monique Iseli (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion wird die Fristverlängerung ebenfalls annehmen. Das Postulat wurde mittlerweile vor gut zwei Jahren erheblich erklärt. Seither wurde eine vertiefte Analyse zur Gesundheitsversorgung vulnerabler Bevölkerungsgruppen erarbeitet. Sie wird als Grundlage für die weiteren Arbeiten dienen. Das ist aus unserer Sicht der richtige Weg.
Wenn wir die Gesundheitsversorgung für besonders vulnerable Menschen verbessern wollen, müssen wir wissen, wo die Versorgungslücken liegen und welche Massnahmen tatsächlich einen Unterschied machen können. Die erneute Fristverlängerung ist gleichzeitig für uns auch nicht ganz befriedigend. Der Handlungsbedarf ist gross. Die steigenden Lebenshaltungskosten setzen viele Menschen unter Druck. Immer mehr Personen verzichten aus finanziellen Gründen auf notwendige Behandlungen oder sie schieben sie auf. Dazu kommen Herausforderungen im Bereich der psychischen Gesundheit und allgemein ein zunehmender Druck auf bestehende Unterstützungs- und Versorgungsangebote.
Wie sich diese Entwicklung auf Menschen auswirkt, die ohnehin einen erschwerten Zugang zum Gesundheitssystem haben, ist eine wichtige Frage. Gerade deshalb erwarten wir auch die Ergebnisse der Analyse mit grossem Interesse. Wir nehmen hier zur Kenntnis, dass die Analyse also abgeschlossen ist und nun die nächsten Schritte vorbereitet werden. Wir hätten den Bericht natürlich gerne früher gesehen. Gleichzeitig bringt es jetzt wenig, auf eine kürzere Frist zu pochen, wenn die Grundlagen eben noch in Arbeit sind. Entscheidend ist aus unserer Sicht, dass die zusätzliche Zeit nun genutzt wird, eine Lösung auf den Tisch zu bringen.
Für die SP-JUSO-Fraktion bleibt das Ziel klar: Auch Menschen in prekären Lebenssituationen müssen Zugang zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung haben. Die vorliegende Analyse darf also nicht plötzlich im Schublädchen verschwinden, sondern soll zur konkreten Verbesserung für die betroffenen Menschen führen. Den Antrag der FDP erachte ich als anmassend – hier diesen Punkt abschreiben zu wollen und das Problem nicht anzuerkennen. In diesem Sinne stimmen wir also der Fristverlängerung zu.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Andreas Egli von der Mitte-Fraktion.

Andreas Egli (Mitte) für die Fraktion: Nur ganz kurz: Wir von der Mitte finden die Idee des mobilen Gesundheitszentrums interessant. Über die Details werden wir später noch

debattieren oder diskutieren. Und ja: Es ist die zweite Fristverlängerung. Und ja: Es pressiert. Aber es wäre schade, jetzt das Projekt auf der Zielgeraden abzubrechen. Wir werden deshalb der Fristverlängerung zustimmen und den Antrag der FDP ablehnen.

Präsidentin: Danke. Als nächstes Oliver Berger, FDP-Fraktion.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Es ist immer wieder interessant, dass abweichende Meinungen hier als zynisch oder abschätzig oder was auch immer beurteilt werden. Liebe Leute, es gehört zur Demokratie, dass man auch andere Meinungen anhört und wertschätzt.
Die Fraktion FDP beantragt die Abschreibung des Postulats. Wenn die Stadt in fünf Jahren keine schlaue Antwort zustande bringt, dann kann es mit dem hier stipulierten Problem, glaube ich, auch gar nicht so akut sein oder das Problem kann auch gar nicht so gross sein.
Aus unserer Sicht ist die Gesundheitsversorgung in der Stadt Bern auf einem sehr hohen Niveau. Die in der Antwort des Gemeinderates erwähnte Versorgungslücke sehen wir so nicht. Es gibt auf dem Platz Bern genug Spitäler, genug Gesundheitszentren, Allgemein- und Spitalärzte. Es gibt Apotheken, die auch niederschwellige Eintrittsporten sind.
Daher gibt es bereits heute ein breites Angebot. Der Bedarf ist darum aus unserer Sicht so nicht gegeben und die Kosten eines zusätzlichen Angebots stehen in keinem Verhältnis zum kleinen Nutzen. Es braucht kein zusätzliches Angebot. Darum bitten wir euch, das Postulat abzuschreiben. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Vielen Dank. Gibt es noch Einzelvoten? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann übergebe ich an Gemeinderätin Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Wir haben es gehört, im Rahmen der Erfüllung dieses Postulats und weiterer politischer Vorstösse hat die BSS 2025 diese nun schon mehrmals erwähnte Situations- und Bedarfsanalyse zur Gesundheitsversorgung vulnerabler Menschen in der Stadt Bern erstellen lassen. Wir waren mit sehr vielen Fachorganisationen, Fachpersonen innerhalb und vor allem auch ausserhalb der Stadtverwaltung in Workshops. Und diese setzen sich im Rahmen dieser Analyse vor allem mit der Frage auseinander, wo welche Lücken identifiziert werden beim Zugang zur Gesundheitsversorgung. Diese Lücken existieren. Das werden wir dann eben darstellen, und auch, wie diese geschlossen werden könnten. Es wurden dort in diesem Rahmen verschiedene Massnahmen diskutiert, darunter auch die von diesem Postulat vorgeschlagene Lösung mittels eines mobilen Gesundheitszentrums. Aber auch viele andere Ansätze wurden dort diskutiert. Und der Gemeinderat wird dann gestützt auf die Ergebnisse der Analyse und die Einbettung dieser Analyse auch über das weitere Vorgehen entscheiden.
Die Fertigstellung dieser Grundlagen für den Gemeinderat haben sich aufgrund knapper personeller Ressourcen leider nun verzögert, weshalb der Gemeinderat eine neuerliche Frist bis Ende März 2027 für die Vorlagen des Prüfungsberichts benötigt. Und deshalb bleibt mir nichts anderes übrig, als euch nochmals um Geduld zu bitten. Und ich bedanke mich bei euch für die Unterstützung der Fristverlängerung.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Wir kommen bereits zur Abstimmung. Auch hier liegt eine Tischvorlage vor, die ihr gerne zur Hand nehmen könnt. Falls ihr der Abschreibung des Postulats zustimmen möchtet, könnt ihr jetzt mit Grün Ja stimmen.

Antrag 1 Tischauflage
FDP
Die Antwort des Postulates gelte als **Begründungsbericht** und das Geschäft sei **abzuschreiben**.

Abstimmung Nr. 009

2024.SR.0104: Antrag 1 Tischauflage	
Ablehnung	
Ja	10
Nein	52
Enthalten	3

Präsidentin: Gut, ihr habt der Abschreibung nicht zugestimmt. Darum stimmen wir jetzt über die Fristverlängerung ab. Wollt ihr der Fristverlängerung für den Prüfungsbericht bis Ende März 2027 zustimmen, dann könnt ihr jetzt mit Grün Ja sagen.

Abstimmung Nr. 010

2024.SR.0104	
Annahme Fristverlängerung für den Prüfungsbericht bis Ende März 2027	
Ja	59
Nein	6
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt der Fristverlängerung zugestimmt.

2025.SR.0063

6 Postulat: Fraktion GB/JA!: Sicherstellung der mädchen*spezifischen und geschlechterreflektierenden offenen Jugendarbeit beim toj; Annahme

Präsidentin: Wir kommen zum Traktandum 6, "Sicherstellung der mädchenspezifischen und geschlechterreflektierten offenen Jugendarbeit beim Toj". Ist das Postulat bestritten? – Das Postulat ist bestritten. Ich erteile somit den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden, Franziska Geiser.

Franziska Geiser (GB) für die Einreichenden: Guten Abend, während fast 30 Jahren war der Modi-Treffpunkt 12 ein Safe Space und ein Ort des Empowerments für Mädchen, junge Frauen, queere Jugendliche. Die Mitarbeiter*innen des Modi-Treffpunkt 12 haben zudem den Fachbereich Mädchenarbeit beim Toj (Trägerverein für die offene Jugendarbeit der Stadt Bern) massgeblich aufgebaut und dazu beigetragen, feministische und genderspezifische Jugendarbeit weiterzuentwickeln. Ende 2025 nun hat der Modi-Treff seine Türen geschlossen. Dass der Modi-Treffpunkt 12 geschlossen worden ist, hat bei einigen, auch bei uns, Ängste und Fragen ausgelöst. Es geht uns dabei nicht darum, den Entscheid zur Schliessung, den der Vorstand von Toj gefällt hat, anzuzwei-

feln. Offenbar wurde der Standort in der Lorraine nicht mehr gut genutzt, dies im Gegensatz zu anderen geschlechterspezifischen Angeboten wie zum Beispiel dem Modi*hus Bienzgut. Es ist für uns nachvollziehbar, dass ein Treff geschlossen wird, wenn die Nachfrage nicht mehr besteht.
In unserem Postulat geht es deshalb auch nicht darum, diesen Schliessungsentscheid anzuzweifeln. Es geht vielmehr darum, sicherzustellen, dass genderspezifische offene Jugendarbeit weiterhin Gewicht hat. Aus diesem Grund bitten wir mit dem vorliegenden Postulat den Gemeinderat zu prüfen, wie mädchenspezifische und geschlechterreflektierende offene Jugendarbeit trotz der Schliessung des Mädchentreffpunkts 12 im Angebot des Toj verankert bleibt – in der ganzen Stadt, aber auch spezifisch im Stadtteil 5, auch im Hinblick auf die Entwicklung im Wankdorf. Wir bitten den Gemeinderat zu prüfen, welcher Weg der vielversprechendere ist: Mädchentreffs und ein Fachbereich, innerhalb dessen Personen arbeiten, die auf genderspezifische Jugendarbeit spezialisiert sind oder genderspezifische Schwerpunkte in der Jugendarbeit generell, also Angebote in allen Jugendtreffs. Dass es weiterhin feministische und genderspezifische Arbeit braucht, müssen wir hier gar nicht diskutieren. Das versteht sich von selbst. Es geht einfach darum, abzuklären, wie am besten garantiert werden kann, dass diese Arbeit weiterhin stattfindet. Wir bedanken uns beim Gemeinderat, dass er das Postulat entgegennehmen will. Und wir sind gespannt auf die Ergebnisse der Prüfung.

Präsidentin: Vielen Dank. Die Redner*innenliste wäre offen nun für die Fraktionsvoten. Als nächstes gerne Andreas Egli für die Mitte-Fraktion.

Andreas Egli (Mitte) für die Fraktion: Das Postulat nimmt ein wichtiges Thema auf. Wir haben es gehört: Die genderspezifische Jugendarbeit. Und trotzdem: Die Mitte wird das Postulat ablehnen. Warum? Die Jugendlichen sind eine dynamische Gruppe, deren Bedürfnisse sich mit der Zeit und dem Wandel der Gesellschaft, in der sie sich bewegen, anpassen oder anders gesagt eine Gruppe, die ihre verschiedenen individuellen Rollen immer wieder neu suchen muss, und zwar unabhängig des Geschlechts.
Es ist deshalb nur zu begrüssen, dass die mädchenspezifische Jugendarbeit ebenso dynamisch ist. Es ist ja nicht so, dass das Punkt 12 geschlossen wurde, weil man sich dieses Themas entledigen wollte, sondern die Bedürfnisse der Mädchen* haben sich anscheinend geändert, sprich die Nachfrage nach dem Angebot hat nachgelassen. Man muss auf der Webseite des Toj nicht lange suchen, um auf das Thema Mädchenarbeit zu stossen, zum Beispiel auf das Dokument "Angebote des Toj exklusiv für Mädchen, junge Frauen und genderqueere Personen", welches die Geschichte, man könnte fast schon sagen, die Tradition der Mädchenarbeit beim Toj, sowie die aktuellen Angebote zusammenfasst respektive auflistet und kurz beschreibt. Zudem stehen unter anderem die Themen Gleichberechtigung und Inklusion als Zweck in den Statuten des Toj.
Wir sind deshalb der Meinung, dass das Postulat offene Türen einrennt und daher nicht notwendig ist. Wenn man etwas böswillig sein will, könnte man sogar argumentieren, dass das Postulat die genderspezifische Jugendarbeit einschränkt. Es gibt ja nicht nur Mädchen*, sondern auch Jungen*. Und für Letztere gibt es kein Angebot, obwohl auch diese die Suche nach einer passenden eigenen Rolle und Position in der Gesellschaft nicht einfacher geworden ist. Ich bin deshalb froh zu wissen, dass der Toj auch hier seine Fühler ausgestreckt hat und bereit ist, bei Bedarf entsprechende Angebote zu evaluieren und zu etablieren.

Nochmals, wir wollen unsere Ablehnung des Postulats auf keinen Fall als generelle Ablehnung der mädchenspezifischen Jugendarbeit verstanden haben. Die Mitte-Fraktion hat Vertrauen in die Arbeit des Toj. Das Postulat, man könnte auch von einem Misstrauensvotum gegenüber seiner Arbeit sprechen, ist daher nicht notwendig.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Salome Mathys für die GLP-EVP-Fraktion.

Salome Mathys (GLP) für die Fraktion: Ich habe selbst während mehrerer Jahre eine Fachstelle Jugendarbeit in einer grösseren Agglomerationsgemeinde geleitet und erlaube mir deshalb zu sagen, dass es uns, der Fraktion GLP/EVP/JGLP, wichtig ist zu betonen, dass wir der Einschätzung der Fachpersonen in diesem Bereich vertrauen sollten. Die Mitarbeitenden und Verantwortlichen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sind nahe an den Jugendlichen. Sie kennen die Bedürfnisse vor Ort und können fachlich viel besser beurteilen als wir, wo zusätzlicher Handlungsbedarf besteht und wo bestehende Angebote bereits ausreichend sind. Und: Ja, klar ist Mädchenarbeit wichtig. Aber wie mein Vorredner bereits gesagt hat, ist die Anpassung in den Statuten, bezogen auf alle Geschlechter, viel wichtiger. Wenn die zuständigen Fachstellen zum Schluss kommen, dass aktuell keine zusätzlichen Massnahmen notwendig sind, gibt es aus unserer Sicht keinen Grund, diese Einschätzung politisch zu übersteuern. Zudem ist das Handlungsfeld Mädchenarbeit bereits heute Bestandteil der bestehenden Leistungsvereinbarung und wird es sicher auch künftig sein. Das Thema wird also bereits aufgenommen und bearbeitet. Entsprechend sehen wir keinen zusätzlichen politischen Handlungsbedarf und lehnen den Vorstoss ab.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Barbara Keller für die SP-JUSO-Fraktion.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Das Wichtigste zuerst: Wir unterstützen die Überweisung dieses Postulats. Die mädchenspezifische Jugendarbeit oder breiter gesagt die geschlechterreflektierende Jugendarbeit ist auch heute noch von zentraler Bedeutung. Sie ist kein Nice-to-have, sondern ein wichtiger Bestandteil einer offenen, gleichberechtigten und inklusiven Jugendarbeit. Junge Menschen brauchen Räume, in denen sie sich ohne Druck entfalten können, in denen sie ernst genommen werden und in denen spezifische Erfahrungen von Mädchen oder jungen Frauen oder auch genderdiversen Jugendlichen sichtbar werden, und wo sie Themen ansprechen können und die Räume dafür haben. Der Mädchentreffpunkt 12 hat über viele Jahre genau so einen Raum geschaffen als sicherer Ort, als Treffpunkt, als Ort für Austausch, Unterstützung und Empowerment.
Diese Arbeit hat seine Wirkung über Generationen hinweg entfaltet. Und sie hat auch innerhalb des Toj fachliche Standards gesetzt und mitgeprägt. Vor diesem Hintergrund ist es richtig, dass wir genau hinschauen, wie diese Kompetenzen und dieses Angebot auch künftig gesichert werden können. Denn unabhängig davon, wie sich einzelne Standorte oder Strukturen entwickeln, das fachliche Wissen der mädchenspezifischen Jugendarbeit darf nicht verloren gehen. Es ist wichtig, dass diese Perspektive weiterhin fest in der offenen Jugendarbeit verankert bleibt; und nicht nur punktuell, sondern als Querschnittsaufgabe. Gleichzeitig möchte ich auch festhalten, und da stimme ich meinen Vorredner*innen zu: Der Toj leistet diese mädchenspezifische und geschlechtsreflektierende Jugendarbeit bereits heute in verschiedenen Formen und an verschiedenen Orten. Dieses Engagement ist nicht selbstverständlich, sondern basiert auf viel Fachwissen, Erfahrung und kontinuierlicher Arbeit. Ein grosser Dank geht deshalb an alle Mitarbeitenden, die sich täglich mit grossem Engagement dafür einsetzen, dass

junge Menschen, insbesondere Mädchen, junge Frauen oder genderdiverse Jugendliche passende Räume und Unterstützung erhalten. Diese Arbeit ist wertvoll und verdient Anerkennung. In diesem Sinne unterstützen wir die Überweisung des Postulats.

Präsidentin: Danke. Als nächstes Oliver Berger, FDP-Fraktion.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Die Fraktion FDP findet die Jugendarbeit gut, sei es die verbandliche Jugendarbeit wie in Pfadi, im CEVI (Christlicher Verein Junger Männer und Frauen) oder in Jubla (Jungwacht Blauring) oder auch die offene Jugendarbeit des Toj. Jugendarbeit ist aber etwas Dynamisches, das sich flexibel den Bedürfnissen der Jugendlichen und der jungen Erwachsenen anpassen soll. Es braucht deshalb keine verkopften Vorgaben von Schreibtischtäterinnen oder Schreibtischtätern, die die Jugendarbeit unnötig verbeamten wollen. Das aktuelle Angebot und die Strukturen sind gut und offen genug, damit auch neue Bedürfnisse aufgenommen werden und sich mit dem Zeitgeist wandeln können.
Wir lehnen das Postulat als unnötig ab. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Als nächstes gerne Ueli Jaisli für die SVP-Fraktion. Falls es keine weiteren Fraktionsvoten gibt, könnt ihr euch jetzt für die Einzelvoten anmelden.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Ich kann es kurz machen. Wir lehnen das Postulat auch ab, weil es keinen Wert hat, etwas künstlich am Leben zu erhalten, weil wir das wichtig finden. Aber die Realität sieht anders aus Und man muss auch einmal akzeptieren, dass man nicht nur ideologisch über etwas entscheiden kann, sondern sich auch an Fakten halten muss. Und die Nachfrage ist, wie ich erfahren habe, recht zurückgegangen. Die bestehenden Angebote, die man heute hat, ich denke da zum Beispiel an das Modi*haus im Bienzgut in Bümpliz, das viele Sachen abdeckt, vielleicht nicht ganz 100% alles, was bis jetzt geleistet wurde, aber sicher 95%, und die einfach viel konzentrierter betrieben werden können – auch um, ich will ehrlich sein, Kosten zu sparen. Es hat keinen Wert, wieder Doppelspurigkeiten zu fahren, die nichts bringen. Vielmehr sollten wir uns auf das Wichtige konzentrieren. Das scheint da vordergründig zu sein. Und darum lehnen wir das Postulat ab. Danke.

Präsidentin: Als nächstes Salome Mathys für die GLP-EVP-Fraktion.

Salome Mathys (GLP), Einzelvotum: Sorry, ich habe noch etwas vergessen. Ich möchte einfach noch kurz ergänzen: Wenn ich den Vorstand des Toj anschaue, die Gemeinderätin, die zuständig ist, dann frage ich mich, ob es den Aufwand lohnt, dieses Postulat zu überweisen, diesen Bericht zu schreiben, und ob man nicht besser diese Zeit investieren würde für die Jugendlichen, statt die Verwaltung damit zu beschäftigen. Denn ich bin sicher, diese Themen werden auch in der nächsten Leistungsvertrag 2027 und 2028 Gehör finden und abgedeckt sein angesichts dieses Vorstands und dieser Direktorin, und da es alle grundsätzlich unterstützen.

Präsidentin: Gibt es weitere Einzelvoten? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann übergebe ich der Gemeinderätin Ursina Anderegg das Wort.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Danke auch für diese lebendige Debatte. Über den Leistungsvertrag mit dem Toj werden die Angebote der offenen Jugendarbeit mit Fokus auf die Stadtteile 2 bis 6 finanziert. Der mädchenspezifischen und genderreflektierten

Arbeit kommt in der offenen Jugendarbeit ein hoher Stellenwert zu. Ihr habt alle auch heute Abend bestätigt, dass dies so ist. In der Stadt Bern wurde in diesem Bereich auch über die Stadtgrenze hinaus viel Aufbauarbeit geleistet. Gerade der Modi-Treffpunkt 12 spielte während Jahrzehnten eine sehr zentrale Rolle in der gesamten Entwicklung der offenen Jugendarbeit. Und die Pionier*innen-Arbeit wurde über die Stadt Bern hinaus auch anerkannt und galt als Orientierungspunkt in der offenen Arbeit. Dieser Treff wurde Ende 2025 aber geschlossen.
Die mädchenspezifische und genderreflektierte Arbeit geht heute in den dezentralen Strukturen des Toi weiter. Dadurch können mehr junge Flinta (Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Personen) Personen in ihren Sozialräumen erreicht werden, dort, wo sie sich eben bewegen. In allen Stadtteilen, in denen der Toj tätig ist, finden unterdessen spezifische Modi-Angebote statt. Im Stadtteil 6, in dem der Bedarf aktuell besonders gross ist, gibt es zudem das Modi*hus Bienzgut. Und auch in der mobilen Jugendarbeit finden Projekte statt, die sich spezifisch an Mädchen richten. Dies sind alles Erfolge und Konsequenzen dank der erwähnten Aufbauarbeit durch den Modi-Treffpunkt 12, die vor 30 Jahren begonnen hat. Trotzdem gibt es noch viel zu tun.
Nach wie vor nutzen zum Beispiel weiblich gelesene Jugendliche die Angebote des Toj etwas weniger häufig. Das wird erhoben. Und sie sind zudem im öffentlichen Raum weniger präsent. Der öffentliche Raum ist nicht für alle genau gleich sicher und das hat einen sehr grossen genderspezifischen Aspekt. Das wissen wir auch von den Erwachsenen. Dem Gemeinderat ist es deshalb wichtig, die mädchenspezifische und genderreflektierte Jugendarbeit nachhaltig zu verankern und fachlich weiterzuentwickeln. Und er unterstützt daher die Forderung der Postulant*innen zu prüfen, wie diese Art der offenen Jugendarbeit in Zukunft sichergestellt wird. Wir empfehlen euch deshalb die Annahme des Postulats. Ich gehe nicht davon aus, dass der Toj dies als Misstrauensvotum anschauen wird.
Wir arbeiten im Zusammenhang mit FQSB (Familie & Quartier Stadt Bern) und unseren Leistungsvertragspartner*innen zusammen. Es ist durchaus auch legitim, finde ich, dass wir seitens Stadt auch Schwerpunkte setzen gegenüber unseren Leistungsvertragspartner*innen. Und gerade in der Gleichstellungsarbeit wissen wir auch: Es braucht periodisch immer wieder Momente, in denen wir gemeinsam hinschauen und uns auch gegenseitig kritisch spiegeln, um die weiteren Schritte vollziehen zu können. Und ich gehe auch nicht davon aus, Salome, dass wir hier eine grosse Masterarbeit abliefern müssen, denn vieles ist schon auf dem Tisch. Das können wir gerne in diesen Bericht einfliessen lassen und mit dem Toj im Dialog bleiben, und das auch die Zusammenarbeit stärken. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und noch einen schönen Abend.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Wir kommen bereits zur Abstimmung. Falls ihr das Postulat erheblich erklären wollt, könnt ihr das jetzt mit Grün.

Abstimmung Nr. 011

2025.SR.0063

Annahme

Ja	39
Nein	25
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt das Postulat als erheblich erklärt.

2025.SR.0131

7 Motion: Referendum Zumiete Velostation Welle 7: Vertragsverlängerung. Der Gemeinderat muss mit der rechtsgültigen Unterzeichnung des Vertrags zuwarten bis der Stimmbürger über das Referendum entschieden hat! Oder der Gemeinderat muss zumindest einen entsprechenden Vorbehalt anbringen; Annahme als Richtlinie / Begründungsbericht

Präsidentin: Wir kommen zum Traktandum 7 und ich gebe den einreichenden Motionär*innen das Wort. Alex, du müsstest dich noch anmelden.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich habe es den meisten von euch schon gesagt: Wir ziehen die Motion selbstverständlich zurück. Das ist bestenfalls Rechtsgeschichte, die Abstimmung ist vorbei. Wir haben damals, als wir eine Kleine Anfrage eingereicht haben, in dieser schon gesagt, wir reichten noch eine Motion ein. Und wenn diese dahingehend beantwortet würde, dass man mit dem Vertrag und der Zeichnung nicht zuwarte, dann zögen wir die Motion zurück. Ich glaube, das ist in einem der Texte so geschrieben.
Die SVP hält Wort. Wir ziehen die Sache zurück. Ich hoffe, niemand unter euch hat grossen Aufwand für die Vorbereitung des Geschäfts getroffen, das wir zurückziehen. Danke.

Die Motion wird zurückgezogen.

2025.SR.0215

8 Postulat: Öffentliche Toilette in der Nähe der Felsenaubrücke / Aareschlaufe bei Bremgarten; Ablehnung

Präsidentin: Vielen Dank, Alexander Feuz von der SVP, für den Rückzug. Das heisst, wir sind bereits beim Traktandum 8, das Postulat für die öffentliche Toilette in der Nähe der Felsenaubrücke, Aareschlaufe bei Bremgarten. Das Postulat ist bestritten. Ich erteile den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden Tanja Miljanović – nehme ich an. Sie müsste sich noch kurz anmelden.

Tanja Miljanović (GFL) für die Einreichenden: Wir danken für die Antwort des Gemeinderates, auch wenn wir ganz stark den Eindruck hatten, dass der Gemeinderat eigentlich überhaupt keine Lust hatte, auf dieses Postulat einzugehen und das Problem richtig zu adressieren. Ganz am Anfang in der Einführung der Gemeinderatsantwort steht: "Qualität statt Quantität". Ich würde extrem gerne den Gemeinderat sehen, wie er bei der Aareschlaufe steht, im Grünen, im Wasser, im Schleim und Schlamm und den Kinderlein erklärt, dass die Qualität vor der Quantität geht und sie doch bitte in der Innenstadt auf eine öffentliche Toilette gehen sollen. Ich meine: Die Innenstadt ist ja gut und recht. Aber die Stadt ist doch ein bisschen grösser. Und wir haben vorhin über Chancengerechtigkeit gesprochen. Vielleicht wäre das ja auch bei den Toilettengängen ein Thema.

Der Punkt 1 benennt die Kosten einer Universaltoilette. Es hat uns extrem überrascht, dass das hunderttausende von Franken kosten soll. Aber gut, das können wir nicht überprüfen, das nehmen wir so an. Bei einer Kompotoi wird die Vandalismusgefahr ins Feld geführt. Da haben wir uns gefragt: Warum ist an diesem Standort die Gefahr so viel höher als zum Beispiel beim Krebsenbächli, wo es ja auch Kompotois gibt, die wunderbar funktionieren?
Dann wird vor einer weiteren Gefahr gewarnt, und zwar vor der Nichtbenutzung, weil man vielleicht die Toilette nicht sieht. Es gibt ein ganz einfaches Instrument. Das nennt sich Wegweiser, könnte man benutzen. Bei Punkt 4 heisst es: Man habe nicht überprüft, ob die Gemeinde Bremgarten mithelfen könnte. Und es sei auch egal, denn diese betreffe es irgendwie nicht. Dieses Postulat ist ja eigentlich aus einem anderen Geschäft entstanden, und zwar aus der Sanierung der Felsenaubrücke. Und genau da wollten wir damals in Form eines Prüfungsauftrags, dass der Gemeinderat schaut, ob man nicht im Rahmen dieser Sanierung auch schauen könnte, dass die Toilette, die es jetzt eigentlich gibt, eine Universaltoilette, eine fest installierte Toilette auf der Seite der Gemeinde Bremgarten, ob man die nicht einfach kostenanteilig zusammen sanieren könnte, so dass es eben wieder eine Toilette gibt; also *wieder* eine gibt. Es ist keine völlig neue Idee. Und dann hiess es damals: Das ist spannend, das ist interessant, das müsste man prüfen, aber nicht im Rahmen dieses Geschäfts. Bitte macht doch ein eigenes Postulat dazu. Jetzt haben wir das gemacht. Und jetzt sieht der Gemeinderat überall nur noch Rotlichter.
Bei Punkt 5 heisst es, es gebe ein Konzept von 2010. Das ist jetzt auch 16 Jahre her. Vielleicht sind wir ja heute ein bisschen weiter. Dass Toiletten dringend benötigt werden, haben wir ja sogar auch bei der Velostation diskutiert. Und ich glaube auch der Rat ... Also, wenn er bereit ist, Millionen zu investieren und 50 bis 100 Veloparkplätze draufgehen zu lassen für ein Toilettchen, dann könnte man doch auch an der Aare diese zwei, drei Quadratmeter zur Verfügung stellen und so ein hübsches Kompotoi hinstellen. Denn ich weiss nicht, wann der Gemeinderat das letzte Mal dort in diesem Gebiet war. Aber die, die regelmässig hingehen und gerade auch mit Kindern – also es ist wirklich ein bisschen grüselig mit Toilettenpapier und Fäkalien am Rand der Aare. Und das widert doch einfach an. Wir werden am Postulat festhalten.

Präsidentin: Danke. Die Redner*innenliste wäre offen für die Fraktionserklärungen. Als erstes Lukas Schnyder von der SP-JUSO-Fraktion.

Lukas Schnyder (SP) für die Fraktion: Eins vorneweg: In der SP-JUSO-Fraktion wird es Stimmfreigabe geben. Ich freue mich sehr, über Toiletten zu debattieren. Es ist etwas, was eigentlich alle bewegt. Es gab einen Teil der Fraktion, die dem etwas abgewinnen können. Ich gehöre selbst dazu. Wer schon einmal an einem Sommertag bei der Felsenaubrücke war, weiss, wovon ich rede. Da hat es richtig viele Leute. Es gibt eigentlich auch nichts Schöneres, als auf dem Stand-up-Paddle oder böötelnd vom Lorraine-Bad bis hinunter zur Felsenaubrücke zu fahren. Auch jemand, der schon mal den Aareschlaufe-Schwumm gemacht hat, weiss, wie viele Leute es da gibt und wie viel es da zu machen gibt. Eine Toilette – warum macht sie Sinn? Die macht Sinn, weil sonst das Geschäft, wie schon erwähnt wurde, in der Natur verrichtet wird. Und ein Grossteil oder ein Teil der SP sieht es auch als pragmatische, geeignete Lösung, mal im Sommer ein Pilotprojekt zu machen. Die meisten denken wahrscheinlich, ohne Absprache mit Bremgarten, denn das kann man ja auf Berner Boden machen und dann mal schauen, wie es klappt. Aber es gibt auch einen kritischen Teil bei der SP-JUSO-Fraktion, die sagen: Wenn man die Toilette dort errichtet, wird man auch an anderen

Orten an der Aare unter Zugzwang kommen. Die finden auch die rechtliche und finanzielle Seite sehr fragwürdig, so wie es auch vom Gemeinderat dargestellt wurde. Und auch den Vandalismus sieht man als grosses Problem, weil das zu hohen Kosten kommen kann. Deshalb sieht ein Teil der SP-JUSO-Fraktion hier keinen Handlungsbedarf und lehnt das Postulat ab. Ich bin jetzt gespannt, was dabei herauskommt, und vielen Dank.

Präsidentin: Als nächstes Thomas Glauser von der SVP-Fraktion.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Wenn man den Standort anschaut, wo die Toiletten sein sollen, ist das ziemlich in der Natur. Vor allem die Frauen sind immer froh, wenn sie Toiletten haben. Bei uns Männern geht es manchmal ein bisschen einfacher.
Wir denken: Es braucht dort eine, vor allem für die Familien, auch für die Kinder. Wenn man sich umschaut, stellt man fest: Die Dichte der Toiletten in der Stadt Bern ist eher ein bisschen gering. Und ich denke, gerade dort in der Natur ist es sehr wichtig, dass man Toiletten hat. Vor allem rede ich jetzt für die Frauen, damit sie in aller Ruhe ihr Geschäft verrichten können. Natürlich, wir Männer können das auch, und sind natürlich auch gehalten, die Toiletten zu benutzen. Darum sind wir dafür. Besten Dank.

Präsidentin: Als nächstes Salome Mathys für die GLP-EVP-Fraktion.

Salome Mathys (GLP) für die Fraktion: Das sollte heute, glaube ich, mein letztes Votum sein. Die GLP-EVP-Fraktion hat sich mit der Interpellation vertieft auseinandergesetzt. Zunächst zu den Kosten: Eine fixe Toilettenanlage in der vorgeschlagenen Form erscheint uns schlicht zu teuer. Investitionskosten in dieser Höhe sowie der laufende Betrieb stehen aus unserer Sicht in keinem angemessenen Verhältnis zum Nutzen. In diesem Punkt teilen wir die Haltung des Gemeinderats. Gleichzeitig überzeugt uns die Argumentation auch nicht in allen Teilen. So wird etwa die Option mobiler Lösungen relativ rasch verworfen. Der Hinweis auf mögliche Vandalismusprobleme bei Kompotoi-Anlagen erscheint uns etwas weit hergeholt, denn ich persönlich hätte in der Elfenau beim Krebsenbächli noch nie Vandalismus gesehen. Aber ich bin auch nicht jeden Tag dort. Aber ich glaube, dort hätte ich noch nie solche Probleme festgestellt. Solche Systeme sind heute vielerorts etabliert und funktionieren zuverlässig. Und sie waren im Übrigen 2010, als das zugrundeliegende Konzept entstand, noch kaum verbreitet. Es stellt sich daher schon die Frage, ob die damalige Strategie heute noch zeitgemäss ist. Das führt uns zu einem grundsätzlichen Punkt.
Das Prinzip "Mehr Qualität statt Quantität" mag damals sinnvoll gewesen sein. Heute könnte jedoch ein pragmatischer Ansatz zielführender sein, nämlich, lieber einfachere, dafür mehr oder flexiblere Angebote. Und wenn ich persönlich etwas ergänzen darf: Ich persönlich bevorzuge eindeutig die Kompotois gegenüber den fix installierten WCs. Bei den fix installierten WCs muss ich jeweils tief einatmen, bevor ich hineingehe, was ich bei den Kompotois nie muss. Die Aareschlaufe ist vielleicht kein Hotspot wie beim Krebsenbächli mit hohen Besucherzahlen, obwohl es vorhin hiess, es sei anders, ich halte mich dort weniger oft auf. Aber trotzdem ist offensichtlich das Bedürfnis vorhanden, denn wie erwähnt, wie beim Krebsenbächli, regelmässig genutzt wird es von Spaziergängerinnen, Spaziergängern, Joggenden und Familien. Wer sich dort aufhält, weiss: Ein gewisses Bedürfnis nach sanitären Anlagen ist vorhanden. Gerade in den Wintermonaten fehlt dies dann jeweils. Zumindest wer schon mal schwanger war oder sonst vielleicht eine Blasenschwäche hat, hat sicher Verständnis.

Vielleicht sollte man auch darüber nachdenken, die fixen WCs in der Innenstadt abzubauen oder zu reduzieren, weil es eben die "Netten WCs" gibt - oder wie jenes bei der Marzilibrücke. Es gibt gleich nebenan das Marzili. Wenn das WC offen wäre, könnte man auch dorthin gehen, 100 Meter weiter. Zudem sollten wir die unterschiedlichen Bedürfnisse der Bevölkerung ernst nehmen. Wie ich vorhin schon erwähnt habe: Für ältere Menschen, für Schwangere oder auch allgemein ist der Verweis auf die Natur keine gleichwertige Alternative, insbesondere nicht in einem Gebiet, in dem man selten wirklich unbeobachtet ist.
Vor diesem Hintergrund erachten wir es als sinnvoll, die offenen Fragen weiter zu prüfen. Die GLP/EVP-Fraktion würde bei einer punktweisen Abstimmung, was wir sehr begrüssen würden, insbesondere die Punkte 3, 4 und 5 unterstützen. Wir sind überzeugt, es gäbe pragmatische Lösungen, die mit deutlich geringeren Kosten realisiert werden können als eine fixe Anlage. Die GLP-Fraktion wird das Geschäft entsprechend differenziert beurteilen – kritisch gegenüber teuren Fixbauten, aber offen für einfache, bedarfsgerechte und zeitgemässe Alternativen.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Gibt es noch Einzelvoten oder möchte man das Geschäft noch vor der Stadtratspause ...? – Als nächstes gerne Tanja Miljanović.

Tanja Miljanović (GFL) für die Fraktion: Kein Votum. Aber wir würden punktweise abstimmen.

Präsidentin: Wir haben also eine punktweise Abstimmung. Wenn es keine weiteren Einzelvoten gibt, übergebe ich jetzt das Wort der Gemeinderätin Melanie Mettler.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Vielen Dank, Frau Präsidentin, geschätzte Ratsmitglieder, danke auch für diese Debatte. Hier wurde vor meiner Zeit offenbar angeregt, Vorstösse einzureichen. Ich hätte das wahrscheinlich nicht gemacht. Aber jetzt ist dieser Vorstoss eingereicht. Das Naherholungsgebiet ist wunderschön. Das haben wir gehört. Es ist aktuell kein Park. Und deshalb auch nicht in diesem Sinn mit Infrastruktur ausgestattet, sondern halt ein Naturnaherholungsgebiet. Deshalb lehnt der Gemeinderat dieses Postulat auch ab, weil es nicht der Erwartung entsprechen kann, dass die Stadt Bern die Natur überall mit Infrastruktur bestückt. Aber falls Sie trotzdem zum Schluss kommen, dass wir diesen Postulatsbericht schreiben sollen, kann der Rat dann darauf basierend debattieren, ob das seiner Meinung nach Aufgabe der öffentlichen Hand ist.
Was nicht geht, ist der Vorschlag von Lukas von der SP-Fraktion, dass man mal über den Sommer einen Versuch macht. Denn, wenn die Stadt jetzt selbst so eine Infrastruktur macht, dann muss das tragfähig sein, dann muss es auch barrierefrei sein. Das heisst: Man muss auch die Versumpfungsgefahr rundherum beseitigen. Es muss eine integrierte Lösung sein, damit es wirklich in die Kanalisation geleitet werden kann. Also das geht sicher nicht.
Was man prüfen kann, sind mobile Lösungen. Aber auch dort müsste man natürlich Abstriche machen, gerade auch bezüglich der Barrierefreiheit. Und falls Sie das Postulat überweisen, werden auch entsprechend Offerten eingeholt. Auch vielleicht noch eine letzte Bemerkung zu dem Vorschlag bezüglich der Zusammenarbeit mit Bremgarten: Das kann man natürlich versuchen, es wäre auch sinnvoll. Aber ich sage jetzt aus persönlicher Beurteilung: Es wird wahrscheinlich chancenlos sein, weil das Bremgartner Parlament wahrscheinlich eben gerade nicht zum Schluss kommt, dass das Aufgabe der öffentlichen Hand wäre.

Präsidentin: Vielen herzlichen Dank. Ihr habt es gehört: Wir werden punktweise abstimmen. Wer also den Punkt 1 erheblich erklären möchte, drückt für Ja Grün.

Abstimmung Nr. 012

2025.SR.0215: Punkt 1	
Annahme	
Ja	45
Nein	22
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Punkt 1 für erheblich erklärt.

Abstimmung Nr. 013

2025.SR.0215: Punkt 2	
Annahme	
Ja	44
Nein	20
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Punkt 2 für erheblich erklärt. Wir kommen nun zum Punkt 3.

Abstimmung Nr. 014

2025.SR.0215: Punkt 3	
Annahme	
Ja	58
Nein	9
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Punkt 3 für erheblich erklärt.

Abstimmung Nr. 015

2025.SR.0215: Punkt 4	
Annahme	
Ja	57
Nein	9
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Punkt 4 für erheblich erklärt. Und wir kommen zum Schluss.

Abstimmung Nr. 016

2025.SR.0215: Punkt 5	
Annahme	
Ja	44

Nein	20
Enthalten	2

Präsidentin: Der Punkt 5 wurde ebenfalls erheblich erklärt. Vielen herzlichen Dank für die Diskussion. En Guete und wir sehen uns in eineinhalb Stunden wieder.

Schluss der Sitzung: 19.02 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

04.09.2026

X

Signiert von: JELENA FILIPOVIC

Jelena Filipovic

für das Protokoll

02.09.2026

X

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Anita Flessenkämper

Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:30 Uhr

Stadtrat anwesend

Jelena Filipovic, Präsidentin

Nadine Aebischer
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Emanuel Amrein
Oliver Berger
Natalie Bertsch
Gourab Bhowal
Lea Bill
David Böhner
Laura Brechbühler
Jacqueline Brügger
Michael Burkard
Carola Christen
Andreas Egli
Nik Eugster
Alexander Feuz
Seraina Flury
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Helin Genis
Thomas Glauser
Evelyne Grieb
Simon Gyger
Bernadette Häfliger
Georg Häsler
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Anna Jegher
Nora Joos
Raphaël Karlen
Barbara Keller
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Christoph Leuppi
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Nicolas Lutz
Denise Mäder
Salome Mathys
Esther Meier
Matteo Micieli
Szabolcs Mihàlyi
Tanja Miljanović
Cemal Özçelik
Mehmet Özdemir
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Mirjam Roder
Michael Ruefer
Fabian Rüfenacht
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Lea Schweri
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Raphaela Tschümperlin
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann
Karel Ziehli
Vera Zotter

Stadtrat entschuldigt

Laura Curau
Dominik Fitze
Stephan Ischi
Raffael Joggi
Ingrid Kissling-Näf
Fuat Köçer
Nora Krummen
Dominic Nellen
Roger Nyffenegger
Simone Richner

Gemeinderat anwesend

Marieke Kruit PRD
Ursina Anderegg BSS
Melanie Mettler FPI

Stadtkanzlei anwesend

Nora Lischetti, Vizestadtschreiberin

Parlamentsdienste anwesend

Nadja Bischoff, Leitung Parlamentsdienste
Mago Flück, Weibeldienste
Cornelia Stücker, Weibeldienste

2025.SR.0268

9 Interpellation: Wie viele Kommunikations- und Marketing-Mitarbeitende arbeiten in der Verwaltung der Stadt Bern?

Präsidentin: Wir sind mit ein wenig Verspätung nun beschlussfähig. Stehengeblieben sind wir bei Traktandum 9, "Wie viele Kommunikations- und Marketingmitarbeitende arbeiten in der Verwaltung der Stadt Bern?" Für diese Interpellation wurde die Traktandierung beantragt. Darum gehe ich davon aus, dass die Einreichenden die Diskussion wünschen. Ist das korrekt? Ja, das scheint der Fall zu sein. Die Diskussion ist erwünscht. Damit die Diskussion aber gewährt wird, brauchen wir eine Eindrittelsmehrheit im Stadtrat. Darum werden wir jetzt über die Diskussion befinden. Wer also die Diskussion gewähren möchte, stimmt jetzt Ja.

Abstimmung Nr. 017

2025.SR.0268: Diskussion	
1/3-Quorum erreicht	
Ja	24
Nein	16
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt die Diskussion gewährt. Wir haben ein Drittel erreicht. Ich erteile nun den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden, Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Einreichenden: Liebe Stadtratspräsidentin, liebe Anwesende, vielen Dank an die Verwaltung für die Beantwortung dieser Interpellation. Ich kann es vorwegnehmen, ich bin mit der Beantwortung zufrieden. Diese ist korrekt erfolgt. Allerdings sind wir nicht ganz einverstanden mit den daraus gezogenen Schlüssen.
Wir sind uns einig, dass es in der Stadt Bern Kommunikations- und Marketing-Mitarbeitende braucht, auch weil, wie in der Antwort richtig erwähnt, eine gesetzliche Informationspflicht besteht. Nun stellt sich aber die Frage, wie viele Kommunikations- und Marketing-Mitarbeitende es dafür braucht, und da haben wir ganz klar eine andere Meinung als der Gemeinderat. 27 Vollzeitäquivalente sind sehr viel. Das bedeutet, dass die Stadt Bern pro Jahr 25 Franken pro Einwohner*in für Kommunikations- und Marketing-Aufgaben ausgibt.
25 Franken pro Erwachsene und Jahr, das ist unglaublich viel und viel Geld. Laut offizieller Angabe publiziert die Stadt Bern ca. 400 Medienmitteilungen jährlich. Das sind sieben bis acht pro Woche oder etwas mehr als eine pro Tag. Dazu kommen noch jährlich ca. 90 Medienkonferenzen und natürlich die Kommunikation gegen innen. Braucht es dafür wirklich 27 Vollzeitäquivalente? Das ist doch unverhältnismässig viel, zumal die positiven Ereignisse und Good News nicht übermässig ins Schaufenster gestellt werden müssen. Sonst steht man als Bluffer oder Prahler da. *Die Präsidentin bittet um Ruhe.* Braucht die Stadt Bern so viele Kommunikations- und Marketingmitarbeitende, um schlechte Nachrichten zu verpacken? Da kommen einem gerade ein paar Sachen in den Sinn, wie zum Beispiel das IT-Debakel Base4Kids, der Beschaffungsskandal in der Stadtverwaltung, die unerklärlich hohen Abwesenheiten der Mitarbeitenden, die ungelöste Finanz- und Schuldenkrise, der ungelöste Wohnungsmangel und

das Fehlen von günstigem Wohnraum, das Verlottern der Infrastruktur, weil zu wenig Geld vorhanden ist, die unerklärlich langen Entwicklungszeiten für Bauprojekte von zum Teil mehr als 20 Jahren, das noch nicht Erreichen der Klimaziele, die vielen Nachkredite, die Ertragskrise beim Wohnbaufonds etc. Bei all diesen Problemen entsteht der Eindruck, die Stadt Bern brauche eine Armada an Kommunikations- und Marketing-Mitarbeitenden, um diese schönzureden.
So jedenfalls interpretieren wir die Schlussfolgerungen des Gemeinderates zu dieser Interpellation, da dieser keine weiteren Massnahmen als nötig betrachtet. Das stört uns wirklich sehr fest. Dieses selbstgefällige Handeln ist sehr schade. Die Schlussfolgerungen eines führungsstarken und lösungsorientierten Gemeinderates wären gewesen: Wir prüfen, ob die Stadt Bern tatsächlich so viele Kommunikations- und Marketing-Mitarbeitende braucht.
Das wurde übrigens bei der Bundesverwaltung in den letzten Tagen geprüft, und Folgendes festgestellt: Der Kommunikationsquotient, also wie viele Kommunikationsmitarbeitende pro 100 Beschäftigte angestellt sind, war bis 23-mal höher als zum Beispiel bei der SBB. Bei der Stadt Bern ist der Kommunikationsquotient nur 12-mal höher als bei der SBB. Weiter wurden beim Bund im Bereich Kommunikation Doppelspurigkeit, fehlende strategische Steuerung, unklare Zuständigkeiten, keine einheitlichen Prozesse, und eine Vielzahl an Webseiten und Kanälen bemängelt. Auch wurde auf das ungenügende Dienstleistungsverständnis und die fehlende gemeinsame Strategie hingewiesen. Ein mutiger und führungsstarker Gemeinderat hätte bei einer Überprüfung der Kommunikations- und Marketingabteilungen beweisen können, dass die Stadt Bern besser dasteht als der Bund. Der Gemeinderat hat es aber nicht gemacht. Jede und jeder kann daraus seine eigenen Schlüsse ziehen. Merci und "Hopp Schwiiz".

Präsidentin: Vielen Dank. Die Liste wäre offen für die Fraktionsvoten. Als nächstes für die Fraktion FDP, Georg Häsler.

Georg Häsler (FDP) für die Fraktion: Geschätzte Frau Stadtratspräsidentin, liebe Gemeinderätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, die Behörden in einem demokratischen Staat haben eine Informationspflicht. So weit sind wir mit der Antwort des Gemeinderates einverstanden. Dafür braucht die Stadt Bern aber, wir haben es gehört, fast 27 Vollzeitstellen, wenn ich das richtig verstehe. Da staune ich schon etwas, denn Kommunikation ist eine Führungsaufgabe. Je mehr Kommunikationsfilter eingebaut sind, desto weniger Kanten und Kraft hat die Aussage. Da spreche ich aus eigener Erfahrung nach nun 28 Jahren im Journalismus, ohne je der Versuchung erlegen zu sein, die Seite zu wechseln. Der direkte Kontakt zu Verantwortlichen ist zentral, um tatsächlich zu verstehen, worum es geht, insbesondere auch für die Bevölkerung, um sich eine eigene Meinung zu bilden. Sie erinnern sich an die Covid-Krise, als der Bundesrat jeweils quasi ein Lagerfeuer veranstaltete und man als Journalist und Journalistin die Gelegenheit hatte, direkt mit den Leuten zu sprechen. Ich glaube, das war vertrauensbildend.
Nun, Sprachregelungen: stehen Sie selbst hin. Das ist eigentlich meine Aufforderung an die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte und auch die Chefbeamtinnen und Chefbeamten. Ohne Auffangnetz; das ist Führung, das ist Politik. Sprachregelungen, Narrative, Storys in den sozialen Medien, das ist Opium für das Volk und schädlich für die Demokratie und der Versuch, Kritik abzuwehren. In Bundesbern kommen auf einen Journalisten, eine Journalistin, je nach Rechnung drei bis fünf Kommunikationsspezialisten - einmal die Verwaltung und dann gibt es noch die ganzen Kommunikationsfirmen ringsherum. Ich glaube, das ist ein Problem, das wir haben auf Bundesebene und des-

halb bin ich auch diesen 27 Kommunikationsstellen gegenüber aus beruflicher Erfahrung, als jemand, der immer noch dabei ist, skeptisch. Dass der Bundesrat jetzt ein bisschen abbaut, ist sehr zu begrüssen. Übrigens ja, insbesondere auch beim VBS. Die Exekutive eines demokratischen Staates hat nicht die Aufgabe, seine Bürgerinnen und Bürger zu belehren oder zu unterhalten, auch wenn ich bei den Nostalgiebildern in den sozialen Medien regelmässig selber hängenbleibe. Wir danken dem Gemeinderat für die Liste, nehmen die Antwort zur Kenntnis, allerdings ohne jede Begeisterung.

Präsidentin: Als nächstes Nicolas Lutz für die Mitte-Fraktion.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Fraktion: Liebe Stadtratspräsidentin, liebe Stadtpräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Danke der FDP für die Anfrage und danke dem Gemeinderat für die Antwort. Wir haben es gesehen, Kommunikation ist wichtig, aber ob es dort so viele Leute braucht, das stellen wir ganz klar in Frage. Man hat jetzt die Zahlen vom UVEK (Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation) gesehen und auch jene vom VBS – das hat nichts mit Parteipolitik zu tun, sondern vielmehr mit Effizienz. Ein zweiter wichtiger Punkt, den man sieht: Es arbeiten immer mehr Leute in der Verwaltung und ich wäre dafür, dass man Leute, die in die Verwaltung wollen, nur anstellen darf, wenn sie vorher einmal fünf Jahre in der Privatwirtschaft gearbeitet haben. So erhalten sie einen Einblick, wie man wirklich Geld verdient.
Wenn selbst eine SBB, die ja auch viel kommunizieren und auch noch Werbung und Marketing machen muss – mit dem Ziel, dass möglichst viele den Zug nehmen -, wenn selbst sie es mit 26-mal weniger Personal schafft, dann kann das doch nicht sein. Teilweise wird dort lediglich kommuniziert, dass man zum Beispiel Leute suche, die einen Monat lang auf das Auto verzichten, oder es wird informiert, dass jetzt der Geranienmarkt stattfinde, etc. Ich habe es schon einmal gesagt: Zu wirklich wichtigen Sachen, wenn einmal etwas in die Hose geht – wir sprechen über Demonstrationen –, dann schweigt die Stadt, dann schafft man es nicht einmal, eine Pressenmitteilung zu verfassen. Ich frage mich dann, in einem demokratischen... Man kann das auch anders sehen als wir, aber, wenn man dann nicht kommuniziert, wozu braucht es dann eine Kommunikationsabteilung? Um zu sagen, dass der "Sternenmärit" wieder offen ist oder dass ein Blumenmarkt stattfindet? Das ist erstens sehr einfach, dafür braucht es wahrscheinlich keinen Kommunikationsfachmann. Und zweitens sollte man sollte dann wirklich über die wichtigen Sachen kommunizieren.
Deshalb würde ich dort nochmals überprüfen wollen, ob die Mitarbeiter überhaupt ihre Leistung bringen und was sie tatsächlich machen, denn genau das ist jetzt in dem Bericht, den der Bundesrat zur Kenntnis nehmen musste. Es wurde diesen Stellen gesagt... man überprüft deren Leistung gar nicht, was der Auftrag ist, sondern man stellt einfach Leute ein und sagt: wir brauchen die. Wir haben das jüngst gesehen, man hat extra etwa fünf Leute eingestellt - wenn ich mich richtig erinnere – ohne gross zu begründen, was denn die genau machen sollen, sondern weil es einfach "nice to have" ist.
Wenn wir sparen wollen, ist es doch wichtig, dass wir das Geld besser in Kultur oder in Billettvergünstigungen für Kinder investieren, anstatt in Kommunikationsfachleute - oder vielleicht bei Stadtgrün ein bisschen höhere Löhne zu zahlen, anstatt dass wir, und da gebe ich Thomas Hofstetter nochmals Recht, der heute gesagt hat, die Leute zu stärken, die wirklich täglich draussen arbeiten und nicht jene, die im Büro sitzen und irgendetwas zusammenwürfeln. Danke.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Johannes Wartenweiler für die SP-JUSO-Fraktion.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Geschätzte Anwesende, mein Vorredner hat da gerade versucht, am Lohnsystem der Stadt Bern herumzuschrauben. So einfach wird das nicht sein. Vielleicht ist es sympathisch, wenn man die Gärtner ein bisschen besser bezahlt, aber das ganze System basiert auf komplexen Basen und ist nicht einfach "par volonté" hier zu ändern.
Das gesagt, finde ich, Kommunikation hat verschiedene Seiten. Wenn sie etwas verhindern will, was halt auch immer passiert, bin ich der erste, der sagt, bitte stellt das ab. Wir wollen offene Fakten, wir wollen keine verblendeten Texte, wir wollen keine Textwolken. Das kennen wir. Wir wollen möglichst genau erfahren, was Sache ist und dafür sind oftmals nicht die Kommunikationsfachleute die Richtigen, sondern die Betroffenen, die Direktbetroffenen. Ich verstehe natürlich aber auch, dass man sich nicht jedes Mal gerne in den Wind stellt, wenn es wirklich schlimm wird und wenn es mühsam ist. Es gehört aber auch zur Gesellschaft heute, dass die Anforderungen von aussen an die Informationspflicht und die Anforderungen an die Verwaltung, die Öffentlichkeit zu bewerkstelligen haben, immer steigen, dass es hier einen wahnsinnigen Druck auf alle gibt, die in der Verantwortung stehen - sei das der Gemeinderat, seien das die Führungspersonen bei den verschiedenen Ämtern und dass sie durchaus auch mal ein Interesse haben, die Info-Arbeit auszulagern, an Fachleute abzugeben, die das im Alltag machen.
Es gibt dann auch noch, und das kommt dazu, das demokratische Bedürfnis der Öffentlichkeit nach Information. Wenn ich lese, dass die Stadt Bern pro Jahr um die 400 Medienmitteilungen macht, dazu vielfältig im Internet auch präsent ist und so der Stadt auch ein mediales Gesicht gibt, dann sehe ich durchaus auch, dass ein paar hundert Stellenprozent notwendig sind, um dieses Bedürfnis abzudecken. Man kann immer das eine oder das andere ein bisschen anpassen und verändern, aber hier grundsätzlich einen Skandal zu machen wegen der Kommunikationsfachleute der Stadt, finde ich, ist völlig der falsche Ort.

Präsidentin: Als nächstes Michael Rufer von der GFL-Fraktion. Falls es keine weiteren Fraktionsvoten gibt, könnt ihr euch gerne jetzt für die Einzelvoten anmelden.

Michael Ruefer (GFL): Geschätzte Anwesende. Die GFL war letztes Jahr bei der Budgetdebatte auch skeptisch gegenüber diesen Ausbauten, aber was man schon noch bedenken muss, und auch damals hat bedenken müssen, ist, dass es eben auch ein gewisses Ungleichgewicht gab innerhalb der Direktionen - Direktionen, die schon bestehende Kommunikationsressourcen hatten und andere etwas weniger. Deshalb war es auch irgendwie sachlogisch und begründet, dass man da etwas aufgestockt hat.
Dann vielleicht noch etwas zur Diskussion, ob man jetzt den Gärtnern bei Stadtgrün mehr Lohn gibt und irgendwie die Kommunikationsstellenausgaben damit kompensiert: Ich meine, die Stadt verfügt noch immer über ein Produktgruppenbudget und das ist auch nach Direktionen nochmals stark aufgeteilt und nach Ämtern und das ist einfach eine... also ich weiss nicht, ob ihr schon mal bei einer Budgetdebatte dabei wart, aber das funktioniert halt so und da kann man dann nicht quasi den "Kommunikatiönler" statt den Gärtner zum Bock machen.
Ich arbeite auch teilweise in der Unternehmenskommunikation und es ist halt schon so, dass es dann nicht nur Output-Kommunikation gibt, externe Kommunikation; die Leis-

tung von Kommunikationsangestellten bemisst sich sicher nicht nur an Medienkontakten und Medienmitteilungen, das ist einfach so eine total technizistische, simplifizierende Sicht auf Arbeit von "Kommunikatiönlern". Man kann Kommunikationsangestellte auch in internen Projekten, in Strategieprojekten etc. einsetzen. Das wird ja auch in der Interpellationsantwort so aufgeführt.
Was mir auch noch so durch den Kopf gegangen ist beim Zuhören der Debatte, ist, dass es halt letztlich auch die Kompetenz des Gemeinderates ist und der Stadtverwaltung, wie sie ihre Ressourcen einsetzt, und ihre finanziellen Ressourcen und das ist... ich finde es jetzt da einfach was rauszupicken, was einem irgendwie nicht so gefällt und zu sagen, die machen nichts, die sind so faul und die machen nur fünf Medienmitteilungen pro Jahr. Ich meine, da können wir noch ganz viele andere dann nächstes Mal... ich weiss auch nicht, sind wir dann wahrscheinlich bei den persönlichen Mitarbeitenden und dann bei der Sekretärin oder ich weiss auch nicht, wohin das führt, aber... und beim Putzpersonal könnte man dann auch noch irgendwie schauen, ob es die dann wirklich alle braucht, aber das ist eben Führung... und strategische Führung durch den Gemeinderat heisst eben auch Ressourcen allozieren innerhalb der Direktion und ich finde, die Ressourcen, die jetzt für die Kommunikation aufgeführt werden, sind in dieser Hinsicht durchaus vertretbar - und natürlich kann man da immer ein Auge darauf halten bei der Budgetdebatte. Vielen Dank.

Präsidentin: Als nächstes gerne Nik Eugster von der FDP.

Nik Eugster (FDP), Einzelvotum: Liebe Stadtratspräsidentin, liebe Kolleg*innen, liebe Marieke, liebe Melanie, ich hätte mir gewünscht, dass Matthias hier auch anwesend ist und bitte euch, meine folgenden Worte ihm zu überbringen. Vor ein paar Wochen habe ich nicht schlecht gestaunt. In meinem Instagram wurde ich von einem neuen Account gefolgt. Die Direktion TVS hat jetzt auch einen Instagram-Kanal, darauf zeigt vor allem Matthias sich selbst, wie er durch die Direktion geht, die verschiedenen Sachen anschaut. Ja, auch der "Blumenmärit" ist dort dabei. Sind wir jetzt wirklich so weit, dass jetzt alle Direktionen auch noch ihre Instagram-Kanäle machen, damit man sich als Direktion dann gut darstellen kann? Das kennen wir irgendwie vom Bund, das ist so wie ein Akkordeon - da wird etwas aufgebaut, da werden neue Sachen gebaut, da macht man vielleicht noch ein eigenes Logo, ein eigenes CI/CD (Continuous Integration/Continuous Delivery) plötzlich... Man muss ja irgendwie sich auch rechtfertigen als Kommunikationsabteilung und irgendwann kommt dann der Moment, an dem es zu viel wird, das hat der Bund gemacht, er hat ja dann alle Logos vereinheitlicht und so weiter und ist jetzt eben auch an Kommunikationsstellen abbauen. Und wir wünschten uns, dass diese Einsicht bei der Stadt auch kommt.
Es ist eben nicht nur so, dass man Sachen kann... da bin ich überhaupt nicht einig, dass man das einfach [den Direktionen] überlassen soll, die sollen das selber steuern, es ist ihre Aufgabe. Nein, es ist unsere Aufgabe im Rahmen des Budgets. Es ist unsere Aufgabe als Stadtrat, hier darauf zu schauen, dass es eben nicht plötzlich 18 verschiedene Instagram-Kanäle gibt – jeder und jede macht noch einen, denn das braucht jedes Mal wieder eine Redaktion, da werden jedes Mal wieder Filme gedreht und so weiter, es werden auch [Aufträge] extern vergeben, also das ist einfach etwas, das ufert aus. Und dann noch ein wichtiger Aspekt, ich lege offen, ich bin seit einigen Jahren der Präsident der Berner PR-Gesellschaft, also eines der grössten Berufsverbände der Kommunikation der Region, und eigentlich setzen wir uns ja natürlich ein für unsere Mitglieder, die eben auf solchen Stühlen sitzen, auch in der Stadt. Und wir setzen uns auch ein für eine ethisch und moralisch gute PR und Kommunikation.

Wenn Direktionen beginnen, ihre eigene öffentliche Kommunikation auf- und auszubauen, dann besteht aber stark die Gefahr, dass PR missbraucht wird: nicht um des Public Relations-Willen, also die Beziehungspflege durch Kommunikation zu erreichen, sondern PR eher als "Spindoctoring", was mit Beeinflussung in Verbindung gebracht wird. Das wollen wir als PR-Fachleute nicht.
Jetzt ziehe ich diesen Hut wieder ab und ziehe den FDP-Hut an: Aus diesen genannten Gründen sind wir sehr kritisch, auch als FDP, wenn sich Kommunikationsabteilungen, insbesondere im öffentlichen Sektor, immer ausbauen. Im Ausland sieht man, wozu das führen kann. Es gibt dort wirklich Staaten, da wird ja auch miss-kommuniziert, ganz klar. So weit sind wir zum Glück nicht, aber einfach... wir müssen die aktuellen Zahlen der Stadt Bern in der Interpellationsantwort genau anschauen. Wenn dort gesagt wird, ja, die seien so wegen der Informationspflicht, dann ist das ein bisschen unkritisch, finde ich, und wenn dann plötzlich solche Instagram-Kanäle auftauchen, dann finde ich, müsste man schon genauer hinschauen, dann müssten die Alarmglocken läuten.

Präsidentin: Danke, als nächstes Alexander Feuz, SVP.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen und Kolleginnen, ich möchte zuerst dem Interpellanten danken für den guten Vorstoss. Ich danke euch, dass wir diskutieren können. Ich bin die Unterlagen durchgegangen und habe jetzt festgestellt, dass beispielsweise die SUE 570 Stellenprozente für Medien hat. Und dann geht der Direktor der SUE nach der Demo nach vorne und sagt, es sind ein paar Demonstranten ausgetickt.
Dann kann man 200 Leute anstellen bei SUE für "Medienzeugs" und es kommt nicht besser heraus. Ich sage: Information ist Chefsache. Entweder kann man das oder man kann es nicht. Ich will jetzt nicht, dass ich wieder vom Ratspräsidium ermahnt werden, deshalb halte ich mich aristokratisch vornehm zurück. Aber ihr seht genau, worauf ich anspiele. Wir haben dermassen einen Wildwuchs, ihr kennt es aus dem VBS, eine maximale Anzahl von Medienbeauftragten..., da muss ich einfach sagen: Wenn man manchmal einen schwachen Chef hat, ist es natürlich dann manchmal "gäbig", wenn man Medienbeauftragte hat, die nachher nach vorne gehen, wenn man dann mit dem Entscheid nicht einverstanden ist, ist es dann der Medienbeauftragte, der einen Fehler gemacht hat. Je mehr man von ihnen hat, desto komplizierter ist es. Dann kann man für ein Problem zu zehnt zusammensitzen... ob man jetzt ein "Obschon" ein "Obgleich" oder ein "Trotzdem" einfügen will oder nicht, denn es bringt gar nichts.
Darum sage ich, dass es sich hier um einen Wasserkopf handelt, hier kann man sparen. Ich danke dem Interpellanten. Ich habe jetzt einfach am Beispiel der SUE euch aufzeigen wollen, was es nützt. Es hätte einen Mann gebraucht, der wahrscheinlich dem SUE-Direktor hätte sagen sollen, dass das ist ungeschickte Kommunikation ist. Aber wenn gewisse Leute nicht lernfähig sind, dann sind sie nicht lernfähig, und darum hoffe ich, dass man hier die entsprechenden Konsequenzen zieht - für die Budgetdebatte, wir werden entsprechende Sparanträge stellen. Danke.

Präsidentin: Vielen Dank, wenn es keine weiteren Fraktionsvoten gibt, würde ich... oder Einzelvoten gibt, würde ich der Gemeinderätin Melanie Mettler das Wort übergeben.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Vielen Dank, Frau Präsidentin, geschätzte Anwesende und danke für diese lebendige Diskussion. Ich möchte zuerst etwas sagen zu den Zahlen. Hier liegt eine Antwort auf eine Interpellation vor. Das heisst, man hat natürlich nicht sauber jetzt eine Studie gemacht und diese Aufgaben auseinandergenommen.
Die Zahlen, die Sie hier sehen, das sind Stellenprozente, die Leute gemeldet haben von Personen, die auch Kommunikation betreiben. Erstens ist die Zahl somit für Kommunikationsaufgaben masslos überschätzt und zweitens ist auch nicht getrennt, ob das jetzt Kommunikationsfachpersonen sind oder ob das Personen sind, die im Rahmen ihrer Tätigkeit, zum Beispiel wenn sie einen Vortrag aufbereiten oder ein Geschäft für eine Volksabstimmung vorbereiten, hier ihren fachlichen Input dazu geben. Das heisst, wenn Sie das wirklich ganz genau wissen möchten, müsste man das in einem ausführlicheren Auftrag machen, der dann natürlich auch Ressourcen verlangt. Aber das jetzt einmal zu den Zahlen.
Man muss das auch, glaube ich, nicht unbedingt, finde ich, auf der Grundlage der Zahlen so stark diskutieren, sondern man kann sich jetzt einfach darüber unterhalten, ob man findet, dass die öffentliche Hand zu viel Zeit für Kommunikation verwendet. Da habe ich eine klare Meinung: Es ist eben genau nicht einfach Medienarbeit und Marketing, das ist nicht der Hauptteil dieser Arbeit. Sondern es ist eben die Kommunikation als Kernaufgabe jeder Behörde, als Säule der Demokratie, als Exekutive. Übrigens, Sie auch von uns hier jetzt, wird jedes Wort aufgezeichnet, dokumentiert, aufbereitet für die Ewigkeit, damit alle in der Öffentlichkeit auch künftig nachvollziehen können, was hier debattiert wurde. Auch da arbeitet jemand und bezieht jemand einen Lohn dafür. Das ist wichtig, das gehört zum Erhalt der Demokratie.
Die Kommunikation muss rasch erfolgen, sie muss sachlich erfolgen, professionell, diskriminierungsfrei. Und auch die Stadtregierung, nicht nur die Verwaltung, muss ihre Beschlüsse nachvollziehbar vermitteln können, Herausforderungen darlegen, die Tätigkeit der Verwaltung begründen und eben genau so eine öffentliche Debatte ermöglichen. Sie stellen alle fest, der Übersetzungsbedarf, der nimmt nicht ab, er nimmt eher zu. Weil es schwieriger, komplexer wird, sich eine Meinung zu bilden und zu sehen, wo man Einfluss nehmen kann, um zu steuern, damit alle verschiedenen politischen Haltungen einfliessen können, wenn es darum geht, wie wir uns in einer demokratischen, liberalen Gesellschaft zusammen organisieren wollen. Die Kommunikation soll auch die politische Partizipation fördern, das staatliche Handeln legitimieren, also auch Rechenschaft ablegen können über das Handeln, und so auch das Vertrauen in die Staatstätigkeit stiften. Ohne dies gibt es keine Demokratie.
Die Kommunikation der Stadt umfasst dann eben insbesondere diese gesetzlich vorgeschriebene Information der Bevölkerung, die ganze Abstimmungs- und Wahlkommunikation, die ganzen Projekt- und Infrastrukturkommunikationen. Die Verwaltung hat auch die Pflicht, das alles barrierefrei zur Verfügung zu stellen, und dann gibt es natürlich auch die ganzen Archivierungs- und Dokumentationspflichten, die Unternehmen nicht haben. Früher gab es auch noch vielleicht eine breitere Medienlandschaft, da konnte man einen behördlichen Informationsdienst einfach eine Medienmitteilung schreiben lassen und dann wurde das aufgenommen. Hier ein kleiner "Shoutout" zu SDA und Hauptstadt, die heute im Rat sitzen. Vielen Dank, dass Sie da sind und diese Debatte mitverfolgen. Aber man muss sagen, heute erreichen die Behörden ihre Bevölkerung über eine Medienmitteilung kaum mehr direkt. Das hat sich einfach verändert und es ist ein staatspolitischer Auftrag der Behörde, die Bevölkerung zu erreichen. Natürlich kann man jetzt darüber diskutieren, ob das über einen Instagram-Kanal oder wie auch immer geschieht - aber einer Sache müssen wir uns bewusst sein: Der Auftrag bleibt,

die Behörde muss, diese Säule der Demokratie muss die Bevölkerung und die Stimmbevölkerung erreichen können. Das ist demokratiepolitisch elementar.

Präsidentin: Ich gebe nochmals zu Protokoll, die Interpellantinnen sind mit dem Bericht soweit zufrieden.

2025.SR.0293

10 Interpellation: Trotz den historisch besten Arbeitsbedingungen ist die Abwesenheitsrate der städtischen Angestellten auf einem historischen Höchststand. An was könnte das liegen?

Präsidentin: Wir kommen jetzt zum Traktandum 10, ebenfalls eine Interpellation, für die die Traktandierung beantragt wurde: "Trotz den historisch besseren Arbeitsbedingungen ist die Aufmerksamkeitsrate der städtischen Angestellten auf einem historischen Höchststand. An was könnte das liegen?" Wir werden darüber abstimmen, ob die Diskussion erwünscht ist. Wenn ihr die Diskussion gewähren möchtet, könnt ihr jetzt mit Grün "Ja" stimmen.

Abstimmung Nr. 018

2025.SR.0293: Diskussion	
1/3-Quorum erreicht	
Ja	45
Nein	9
Enthalten	3

Präsidentin: Wir haben wir das Eindrittelsmehr locker erreicht. Die Diskussion ist gewährt. Ich erteile somit den Einreichenden das Wort, und für die Einreichenden ebenfalls Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Einreichenden: Liebe Stadtratspräsidentin, liebe Anwesende, die Fraktion FDP ist mit der Beantwortung der Fragen der Interpellation zufrieden. Die Verwaltung hat sich sehr grosse Mühe gegeben, um die Fragen seriös und professionell zu beantworten. Aber dadurch hat sich unser Eindruck über die Gesundheitsproblematik der Mitarbeitenden leider nicht verbessert. Zuerst möchten wir uns bei den rund 70% der Mitarbeitenden bedanken, welche nie oder nur selten krank sind und deshalb einen enorm grossen Beitrag für unsere Stadt leisten, unter anderem auch, weil sie die Arbeiten der Abwesenden übernehmen. Natürlich senden wir auch allen Mitarbeitenden, welchen es nicht gut geht, unsere besten Genesungswünsche.
Die Antworten dieser Interpellation zeigen deutlich auf, dass die Mitarbeitenden der Stadt Bern signifikant mehr krankheitsbedingte Abwesenheiten aufweisen als die Mitarbeitenden des Bundes, des Kantons und natürlich auch der Privatwirtschaft. Weiter sieht man, dass diese enorm hohen Abwesenheiten sich schön über alle Direktionen verteilen. Es gibt keine Ausreisser - und dies schon seit Jahren. Sind die Mitarbeitenden der Stadt Bern kränker und weniger resilient als der Rest der Schweiz?

Nein, das glauben wir nicht. Deshalb muss es am System liegen und das System ist in diesem Fall die Arbeitsbedingungen und die Führung. Beides wird von der Politik bestimmt, und weil wir in der Stadt Bern seit mehr als 30 Jahren eine rot-grüne Regierung haben, steht folgende These im Vordergrund: rot-grüne Politik macht Mitarbeitende der Stadt Bern krank.
Diese These möchte ich prüfen und dabei beginne ich bei den Arbeitsbedingungen, also beim Reglement. Wir haben hier den Beweis, dass ein zu gutes Reglement nicht die gewünschten, sondern gegenteilige Effekte haben kann. Drei Beispiele; es würde noch weitere dafür geben: Erstens, Mitarbeitende der Stadt Bern können während 730 Tagen bei praktisch vollem Lohn der Arbeit krankheitsbedingt fernbleiben. Und zwar praktisch egal, wie lange sie schon bei der Stadt angestellt sind. Somit fehlt der Anreiz, möglichst bald gesund zu werden und die Arbeitskollegen und -kolleginnen zu entlasten, welche ihre Arbeit übernehmen mussten.
Dieses lange Fernbleiben hat natürlich auch negative Folgen. Die gesunden Mitarbeitenden werden durch die langen Doppelbelastungen auch krank. Die Spirale dreht sich immer weiter nach unten. Weiter besteht auch bei der IV kein Druck auf das rasche Abarbeiten von Dossiers von Mitarbeitenden der Stadt Bern. Damit dieser Fehlanreiz in der Privatwirtschaft nicht passiert, haben die Berner Gerichte bereits vor Jahren die sogenannte Berner Skala entwickelt, welche die krankheitsbedingten Abwesenheiten fair regelt. Das städtische Reglement ist meilenweit von dieser praxisnahen Lösung entfernt.
2. Mitarbeitende in Führungspositionen können, wenn sie ein gewisses Alter erreicht und ein entsprechendes Jahreszeitmodell ausgewählt haben, bis zu drei Monate Ferien beziehen. Es ist unmöglich, bei einer so hohen Abwesenheit ein Team zu führen und einen gesunden Teamgeist zu entwickeln. Führungsdefizite sind ungesund und ein ungesundes Arbeitsklima macht krank.
3. Alle Kadermitarbeitenden der Stadt Bern können jährlich 50 Stunden Überzeit ins neue Geschäftsjahr mitnehmen. Damit sind die Führungskräfte noch mehr abwesend. State of the Art ist, dass Kadermitarbeitende keine Überstunden aufschreiben können. Warum das in der Stadt Bern anders ist, ist wirklich stossend. Bei einem Jahresgehalt von 150'000 Franken und mehr Überstunden aufzuschreiben, das ist ein krankmachender Ponyhof.
Kommen wir zum zweiten Systemfehler, nämlich zur Führung und die beginnt zuoberst, nämlich beim Gemeinderat. Der Gemeinderat als oberstes Führungsgremium ist für die Kultur und das Klima der ganzen Stadtverwaltung verantwortlich – und zwar durch sein Handeln. Offenbar gelingt es dem Gemeinderat seit Jahren nicht, eine gesunde Kultur und ein wertschätzendes Klima zu etablieren. Vielleicht würde dem Gemeinderat eine Weiterbildung zu diesem Thema mehr als nur guttun.
Obwohl dem Gemeinderat seit langem bekannt ist, dass die Krankheitsabsenzen ein grosses Problem sind, hat er in den vergangenen Jahren nichts unternommen, um dies zu korrigieren. Erst aufgrund dieser Interpellation hat er mit der Analyse begonnen und will mittels Mitarbeiterbefragungen, Treiberanalysen, Gesprächen mit Führungskräften, Mitarbeitenden und Fachpersonen sowie Arbeitsbeobachtung und Besichtigungen die Ursachen herausfinden. Dieses gemeinderätliche Unterlassen kostet die Steuerzahler jährlich 13 Mio. Franken und zeugt von eklatanten Führungsdefiziten. Proaktives Handeln sieht anders aus.
So auch bei der Frage, ob Konflikte am Arbeitsplatz durch Krankschreiben gelöst werden. Hier will sich der Gemeinderat dem Thema soziale Konflikte vermehrt widmen und ein Konfliktmanagement-System aufbauen. Auch hier verhält sich der Gemeinderat defensiv und passiv. Von aussen, also von Dritten, habe ich schon oft gehört, dass es

zum Teil sehr schwierig sei, mit der Verwaltung zusammenzuarbeiten, weil niemand entscheiden kann oder will. Offenbar haben die Mitarbeitenden Angst vor den Konsequenzen falscher Entscheidungen. Es fehlt die Symmetrie zwischen Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung. Diese Orientierungslosigkeit und diese Führungsdefizite sind Gift für eine lebendige Kultur und ein ausgewogenes Klima. Der Gemeinderat hatte in diesem Fall sogar recht, als er vor ein paar Jahren die Klimakrise ausgerufen hatte.
Und jetzt zum Schluss noch zu uns, zum mehrheitlich rot-grünen Parlament und den Kommissionen. Wir tragen auch eine Mitschuld an den unglaublich hohen krankheitsbedingten Abwesenheiten der städtischen Mitarbeitenden – zum Beispiel durch Anträge und Vorstösse, welche nur für die Tribüne sind, welche nicht in dieses Parlament gehören und völlig chancenlos sind, oder auch, wenn die rot-grüne Ratsmehrheit auf Opposition macht und ihren Gemeinderat mit Vorstössen abstrafen will. Aber auch das sinnlose Ablehnen von Begründungsberichten strapaziert die Mitarbeitenden unnötig.
Mein Schlussfazit: Ja, die These, dass die rot-grüne Politik die Mitarbeitenden der Stadt Bern krank macht, stimmt. Aufgrund der soeben aufgeführten Fakten und auch des Umstands, dass die Mitarbeitenden des mehrheitlich bürgerlich regierten Kantons und Bundes signifikant weniger krank sind. Mehr Beweise braucht es nicht. Weil für die FDP die Gesundheit, das Wohl und die Wertschätzung der Mitarbeitenden der Stadt Bern sehr wichtig ist, bleiben wir bei diesem Thema dran. Merci.

Präsidentin: Als nächstes die Fraktionsvoten. Als erstes Denise Mäder für die GLP-EVP-Fraktion.

Denise Mäder (GLP) für die Fraktion: Werte Anwesende, wir danken den Einreichenden sehr für die Interpellation. Die Frage zur Gesundheit und zur Leistungsfähigkeit der Mitarbeitenden ist berechtigt und ich glaube, sie bleibt auch relevant nach den Antworten des Gemeinderates und gibt uns Hinweise auf Fragen, die auch unserer Fraktion umtreiben.
Eine starke Stadt braucht gesunde und leistungsfähige Mitarbeitende. Die enormen Projekte, Vorhaben und Veränderungen können nur gestemmt werden, wenn die Mitarbeitenden auch gesund sind, in der Verwaltung, in den Büros, draussen auf der Strasse, in den Gärten, wo auch immer.
Uns sind drei Sachen besonders aufgefallen: Ja, die hohen Absenzen sind angesprochen worden, sie belasten Personen selber, sie belasten Teams rundherum, aber sie verursachen eben auch erhebliche Kosten, die daraus folgen. Es wird in der Interpellation genannt, dass die Abwesenheitsraten in der ganzen Schweiz steigen. Das ist bekannt, aber auffällig in der Stadt Bern ist besonders, dass sich die Zahlen über Jahre auf sehr hohem Niveau bewegen. Über Langzeitabwesenheiten zu diskutieren, ist legitim, auch über die daraus resultierenden Kosten. Allerdings muss der zentrale Hebel, um eine Verbesserung zu erreichen, bereits ansetzen, bevor die Absenzen überhaupt zustande kommen. Und das ist die Früherkennung, dass die Belastungen eben früh erkannt werden, angesprochen werden. Dafür braucht es Führung, Führungspersonen, die ansprechen, die ein Umfeld schaffen für ihre Mitarbeitenden, in dem dies auch Platz haben sollte – Stichwort psychologische Sicherheit – dass man eben ansprechen darf, wenn es einem weniger gut geht und dann nach Lösungen sucht. So würden wir wahrscheinlich sehr, sehr viel von diesen hohen Absenzen, Langzeitabsenzen auch vermeiden.
Der Gemeinderat verweist hier auf bestehende Angebote in der Rekrutierung, in der Weiterbildung für Führungspersonen. Das ist alles richtig in unseren Augen. Es ist eben auch klar, Angebote allein genügen nicht. Entscheidend ist, dass das in der Praxis im

Führungsalltag wirksam wird, dass die Führungspersonen und alle Führungspersonen beginnend mit der obersten Führungsebene mit gutem Vorbild vorangehen.
Ein weiterer Punkt sind die hohen Zeitsaldi. Der Gemeinderat hält selber fest, dass deren Thematisierung wieder ein Punkt sei für die Vorgesetzten. Er hat auch hier ein bisschen zu kurz gegriffen. Man hat das Gefühl, die hohen Zeitsaldi seien auch ein bisschen ein Zeichen dafür, dass Planung, Priorisierung, und die Ressourceneinteilung nicht ganz sauber zusammenspielen. Wer die Überzeiten nämlich abbauen will, muss hier realistisch planen und nicht erst im Nachhinein Lösungen zu suchen - das ist Teil der Planung und Steuerung.
Was wir aber auch anerkennen, ist, dass es Fortschritte gibt. Die Stadt bewegt sich bezüglich Rahmenbedingungen, in Bezug auf die Gesundheit, das betriebliche Gesundheitsmanagement, das hier wirklich Strukturen schafft oder geschaffen hat. Die Mitarbeitendenbefragung ist wichtig, um über eine Grundlage zu verfügen. Aber die Grundlage ist lediglich eine Grundlage: nachher braucht es das Handeln. Beim Handeln, die Themen anzugehen und zu priorisieren – da bleiben wir dran und haben weiterhin ein Auge darauf.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Bernadette Häfliger von der SP-JUSO-Fraktion.

Bernadette Häfliger (SP) für die Fraktion: Die Thematik, mit der sich die Interpellation der FDP beschäftigt, treibt die Berner Stadtpolitik nun schon seit mehreren Jahren um und ist für das gute Funktionieren der Stadtverwaltung sehr wichtig. Ich danke insbesondere meiner Vorrednerin für die Ausführungen, was zur Gesundheit beiträgt, und ich finde es äusserst gefährlich, wenn hier an diesem Pult so getan wird, als ob man Krankheit herbeiwünschen könnte. Weil der Fraktion SP-JUSO die betriebliche Gesundheit sehr wichtig ist, hat sie im Rahmen der Personalreglementsrevision diesbezüglich Verbesserungen angeschoben.
Neu ist die Stadt Bern verpflichtet, Mitarbeitenden mit einer gesundheitlichen Einschränkung aktiv einen angepassten Arbeitsplatz in der Stadtverwaltung anzubieten. Durch die Verstärkung des Case-Managements wird nach einer Erkrankung damit die Rückkehr in die Arbeitswelt forciert und gerade bei psychischen und arbeitsplatzspezifischen Erkrankungen zur Verhinderung einer Langzeitabwesenheit ganz entscheidend beigetragen. Mit der Einführung des vorgeburtlichen Urlaubs von drei Wochen wird die Anzahl Krankheitstage ganz bestimmt positiv verändert werden können, weil nur sehr wenige Frauen wirklich bis zum letzten Tag vor der Geburt arbeiten können. Eine verbesserte Vereinbarkeit reduziert den Stress für Eltern und dient damit indirekt ebenfalls der betrieblichen Gesundheit.
Neu haben alle Mitarbeitenden bei der Arbeitsverhinderung wegen Unfall und Krankheit Anspruch auf 730 Tage Lohnfortzahlung. Das entspricht einer Regelung, die in allen Personalreglementen des Bundes, des Kantons, anderer Kantone und anderer Gemeinden üblich ist, auch in sämtlichen Gesamtarbeitsverträgen so verankert ist. Die Berner Skala gilt nur für Menschen, die keinem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt sind und die dient sicher nicht zur Besserung der betrieblichen Gesundheit. Diese Lohnfortzahlung gibt Sicherheit und erhöht die Bereitschaft zur Integration.
Bei Langzeitkrankheiten ermöglicht dies zudem eine Integration durch die Invalidenversicherung und damit einen geordneten Übergang in eine dem Gesundheitszustand angepasste Tätigkeit. Integration von kranken Menschen braucht Zeit, und ich kann dir versichern, Thomas, die IV wartet nicht, weil jemand Lohnvorzahlung hat oder nicht.

Die durchschnittliche Absenzenzahl beträgt aktuell in der Schweiz 8,5 Tage. Es fällt auf, dass in der Stadt Bern trotz formal guter Arbeitsbedingungen und einer grossen Jobsicherheit die Absenzenquote schon seit Jahren in allen Direktionenteilen teils deutlich über diesem schweizerischen Durchschnitt liegt.
Die Forschung zur betrieblichen Gesundheit zeigt recht deutlich, dass ein Hauptfaktor für Erkrankungen eine schlechte Balance zwischen den Anforderungen, beziehungsweise den Belastungen, und der Erholung liegt. Insofern ist auch erklärbar, dass Frauen im Durchschnitt 1,2 Tage mehr krank sind als ihre männlichen Kollegen, da Frauen eben nach wie vor deutlich mehr Care-Arbeit leisten. Bezogen auf die Stadt Bern kann sicher festgestellt werden, dass die mit der Personalreglementsrevision eingeführten Verbesserungen zur Vereinbarkeit... dies ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Frauengesundheit ist. Diese Verbesserungen sind jedoch erst seit dem 1. Oktober 2024 in Kraft und es gilt vorerst einmal zu beobachten, wie sie sich auswirken.
In diesem Zusammenhang ist bei der Entwicklung der Krankheitstage zu berücksichtigen, dass die Stadtverwaltung seit 2018 verschiedene Sparprogramme – Stichwort Fit 1 und Fit 2 – durchlaufen und dieses Parlament gleichzeitig den Aufgabenfächer laufend erweitert hat. Mit der digitalen Transformation kommt ein zusätzlicher Belastungsfaktor hinzu, da sie einerseits zu einer Verdichtung und Beschleunigung der Arbeit führt, und andererseits mit einer erhöhten Unsicherheit gerade bei älteren Mitarbeitenden einhergeht. Wenn wir also über betriebliche Gesundheit in der Stadtverwaltung reden wollen, sollten wir unsere eigene Verantwortung als Parlament an dieser Situation nicht ganz aus den Augen verlieren.
Angesichts der überdurchschnittlich hohen Absenzenzahl der städtischen Angestellten müssen aber auch weitere Faktoren mitberücksichtigt werden. Die FDP-Interpellation spricht dabei die Führungskultur an. In einem Bericht der Ombudsstelle der letzten Jahre wird ebenfalls eine problematische Führungskultur in gewissen Organisationseinheiten der Stadt Bern festgestellt. Die Forschung zeigt diesbezüglich ganz klar, dass psychosoziale Faktoren, die mit der Führung zusammenhängen, einen grösseren Einfluss auf die Gesundheit haben als rein physische Belastungen. Eine wertschätzende, fordernde, fördernde Führungskultur, ein gutes Teamklima, in dem weder Mobbing noch sexuelle Belästigung geduldet werden, sind erwiesenermassen die wichtigsten Schutzfaktoren für eine gute betriebliche Gesundheit. Ebenso zeigt sich, dass Mitarbeitende, die in ihrem Aufgabenbereich selbstständig entscheiden und damit ihre Arbeit auch direkt beeinflussen können, sowie einen Sinn in ihrer Arbeit sehen, deutlich weniger krank werden als andere.
Partizipation und Mitwirkungsrechte der Mitarbeitenden beeinflussen also die betriebliche Gesundheit nachweislich positiv, etwas, was die Fraktion SP-JUSO seit Jahren immer wieder einfordert. Der Personalkörper in der Stadt Bern ist sehr unterschiedlich. In der Stadt arbeiten neben Verwaltungsangestellten ungefähr ein Viertel der Mitarbeitenden im Handwerk, sind also Lader, Strassenreiniger, Kanalarbeiter, Hauswart*innen, und insgesamt verfügen rund 50% der Mitarbeitenden über keinen fixen Computerarbeitsplatz – dazu gehören beispielsweise auch Betreuerinnen in Kitas. Bei diesen Berufskategorien dürfte die physische Belastung deutlich höher sein als bei den Verwaltungsangestellten und trotzdem unterscheiden sich die Absenztage beispielsweise zwischen TVS und der Präsidialdirektion nur marginal. Das legt nahe, dass tatsächlich die Führungskultur in der Stadt Bern eine wichtige Rolle spielen dürfte. Diese lässt sich nicht nur über Weiterbildungen, sondern vor allem mit einer klaren Haltung verändern. Jede arbeitsplatzbezogene Erkrankung bedeutet für die Mitarbeitenden einen tiefen Einschnitt in ihrem Leben.

Niemand will krank werden. Die Antwort des Gemeinderats zeigt auch, dass kranke Mitarbeitende die Stadt sehr viel Geld kosten. Dieser Umstand lässt sich durch die Reduktion der arbeitsbedingten Erkrankungen verändern, nicht, indem man die Kranken bekämpft. Hingegen spielt für mich die Frage nach dem Abschluss einer Krankentaggeldversicherung dabei eine eher untergeordnete Rolle.
Für die SP-JUSO steht also im Vordergrund, die betriebliche Gesundheit in der Stadtverwaltung rasch, nachhaltig und tiefgreifend zu verbessern. Voraussetzung ist das detaillierte Erfassen wichtiger HR-Kennzahlen auf Amtsebene, das rasche und konsequente Reagieren, wenn sich negative Entwicklungen abzeichnen, das Etablieren einer wertschätzenden, fördernden und sozial kompetenten Führung auf allen Ebenen, eine gute Balance zwischen Anforderungen und Belastungen, was einerseits eine klare Aufgabenpriorisierung, und andererseits ein umfassendes Befähigungsprogramm auch für Mitarbeitende bedingt, welche von der digitalen Transformation betroffen oder auch überfordert sind. Die Mitwirkungsrechte der Mitarbeitenden und ihrer Vertretungen sind zu stärken, damit das Gefühl der Selbstbestimmung und der Sinnhaftigkeit wiedergefunden, beziehungsweise gefunden werden kann. Betriebe, die aktiv in die Prävention investieren, erkennen auch negative Entwicklungen frühzeitig. Prävention bedeutet heute nicht mehr nur Apfeltage, Frühturnen und Bike to Work, sondern hauptsächlich die Stärkung psychischer Resilienz. Zusammen mit einem verstärkten Engagement zur Wiedereingliederung und den guten Arbeitsbedingungen sind wir von der SP-JUSO davon überzeugt, dass die Abwesenheitstage aufgrund von Unfall und Krankheit in der Stadt Bern in den nächsten Jahren unter den schweizerischen Durchschnitt gedrückt werden können. Das hilft den Mitarbeitenden, aber auch den städtischen Finanzen.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Als nächstes Franziska Geiser, GB/JA-Fraktion.

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion: Trotz den historisch besten Arbeitsbedingungen ist die Abwesenheitsrate der städtischen Angestellten auf einem historischen Höchststand. Dieser Titel lässt schon ungutes Vermuten, jetzt sind die städtischen Mitarbeitenden doch mit den besten Arbeitsbedingungen, die es je gab, gesegnet. Und trotzdem bleiben sie zu Hause, anstatt arbeiten zu gehen, diese Schneeflocken. So ungefähr muss man, glaube ich, diesen Titel verstehen, als Zynismus und als Misstrauen.
Auch aus Votum bin ich nicht richtig schlau geworden, sind jetzt die Mitarbeitenden krank, weil Rot-Grün sie krank macht, oder spielen sie krank, weil. Die Arbeit ein Ponyhof ist – ich komme nicht ganz daraus. Der Inhalt der Interpellation ist dann zum Glück etwas weniger plakativ als der Titel. Es geht, wenn ich die Stossrichtung der sehr zahlreichen und ziemlich disparaten Fragen richtig verstanden habe, vor allem um die Abwesenheiten aufgrund von psychischen Belastungen und die Interpellation fragt danach, wie die psychische Belastung der Mitarbeitenden gesenkt werden könnte.
Neben dieser, wie ich hoffe, ernsthaften Sorge um das psychische Wohlbefinden der städtischen Mitarbeitenden wird aber immer wieder auch ein grundsätzliches Misstrauen spürbar. Etwa wenn gefragt wird, ob die Mitarbeitenden eventuelle Konflikte am Arbeitsplatz durch Krankschreibung lösen würden, das heisst, die Frage zielt in die Richtung, dass sie schwänzen, wenn es mal ungemütlich wird am Arbeitsplatz. Tatsächlich nehmen psychisch bedingte Arbeitsunfähigkeiten schon seit langem nicht nur in Bern, sondern in allen Industriestaaten zu, und eine Studie, auf die sich der Interpellant bezieht, hat vor ein paar Jahren berechnet, dass ca. 57% aller Arbeitsunfähigkeiten, die psychische Ursachen haben, durch Konflikte am Arbeitsplatz ausgelöst werden.

Wie viele der krankheitsbedingten Absenzen der städtischen Mitarbeitenden mit psychischen Erkrankungen zusammenhängen und wie viele davon durch Konflikte am Arbeitsplatz ausgelöst werden, das wissen wir nicht. Aber es ist sicher auch unabhängig von der Statistik wichtig, dass sich die Stadt genügend engagiert für ein Arbeitsumfeld, in dem möglichst viele Menschen psychisch gesund bleiben.
Stresssignale wahrnehmen, die Arbeitsbelastung steuern, bei Mobbing reagieren, Unterstützung bieten bei Konflikten, Arbeit wertschätzen, Überstunden im Blick behalten und nicht auflaufen lassen: Die Interpellation zählt diese Massnahmen auf, die eine Arbeitgeberin treffen kann, um die psychische Gesundheit der Mitarbeitenden zu unterstützen. Gemäss den Antworten ist die Stadt um die psychische Gesundheit der Mitarbeitenden tatsächlich und aktiv bemüht. Sie prüft ein Konfliktmanagementsystem, führt Super- und Intervisionen im Case-Management durch, bietet Führungscoachings an und so weiter.
Und trotz dieser Massnahmen werden Menschen generell vermehrt psychisch krank. Das betrifft ja nicht nur die Stadt Bern. Warum das so ist, dazu gibt es unterschiedliche Thesen. Was sicher nicht stimmt und wo sich die Interpellation wahrscheinlich irrt, ist, dass die Arbeitsbedingungen historisch gesehen so gut sind wie nie zuvor. Belastungen am Arbeitsplatz hängen auch von Faktoren ab, die in der Interpellation nicht erwähnt werden. Fachpersonenmangel und unbesetzte Stellen führen zu Überlastung. Digitalisierungsschritte sind anspruchsvoll und lösen Stress aus. Das Arbeitstempo und die Leistungserwartung sind in den letzten Jahrzehnten messbar gestiegen. KI sorgt für Verunsicherungen.
Dass viele Menschen bei der Arbeit unter grossem Druck stehen, ist wohl allen klar, die einer Lohnarbeit nachgehen. Es ist richtig, dass die Stadt sich aktiv darum bemüht, ein gutes, gesundes Arbeitsklima zu ermöglichen, und es ist richtig, dass wir für gute Arbeitsbedingungen kämpfen. Das Problem, dass wir offenbar eine Gesellschaft sind, in der viele Menschen psychisch erkranken, wird sich mit diesen Massnahmen wahrscheinlich nicht einfach auflösen. Was sich sicher nicht positiv auf die psychische Gesundheit von Arbeitnehmer*innen auswirkt, egal, was sie angestellt sind, sind Zynismus und Misstrauen. Wir müssen auch nicht uns bei den Gesunden bedanken. Es ist keine Leistung, gesund zu sein, und es ist keine Fehlleistung, krank zu sein.

Präsidentin: Merci. Als nächstes Michael Ruefer für die GFL-Fraktion.

Michael Ruefer (GFL) für die Fraktion: Geschätzte Anwesende, ich bin Franziska dankbar für ihr Votum. Sie hat auch einiges bereits vorweggenommen, das ich mir aufgeschrieben hatte. Mir ging es nämlich ähnlich, als ich den sehr langen Fragekatalog mit dem zynischen, ironischen Unterton von Fragen gesehen habe, habe ich auch zunächst gedacht – oder mich hat so der Drang überkommen, sofort auf meine Couch zu flüchten und mich krankzustellen.
Ja, trotzdem ein paar Bemerkungen zur Interpellation. Die Interpellation hier, die fragt nicht, wie es eigentlich einer Interpellation gut anstünde, sondern sie listet einfach mal lauter wild kombinierte Mutmassungen auf. Sie liest sich wie ein erstes Thesenpapier für eine wissenschaftliche Arbeit, spult mögliche Ursachen wie einen Kriterienkatalog ab. Aber wer eben ein Phänomen wissenschaftlich untersuchen will, der geht doch dann besser an die Uni und gibt eine Studie zur Erforschung dieses Phänomens in Auftrag.
Aber was man hier hätte fragen können, zum Beispiel, ist Wie unterscheiden sich die Krankheitstage nach somatischen Erkrankungen und psychischen Erkrankungen? Aus welchem Grund fehlen die Leute? Aus welchem Grund kommt es zu Langzeiterkrankungen? Ist es je nach Direktion, je nach Dienststelle eher Absentismus oder sind es

Beschwerden? Das ist fundamental für eine Diskussion, wie wir sie hier jetzt führen. Und dann kann man sich auch noch methodische Fragen stellen. Ist ein Mittelwert hier wirklich so aussagekräftig, weil wir alle auf diesen Krankheitstagen so rumreiten, oder geht es nicht eher um die Verteilung und den Median, zum Beispiel der Krankheitstage? Und schliesslich auch noch: Warum stellt die Interpellation die Frage nach den Ursachen und Motiven für die offenbar hohen Krankheitstage, ich sage bewusst offenbar, weil ich eben auch etwas an der Statistik zweifle (an der Aussagekraft) – warum stellt sie diese Frage nicht einfach offen? Es gibt ein Personalamt, es gibt HR-Fachleute, es gibt ein betriebliches Gesundheitsmanagement bei der Stadt, die sich sehr regelmässig mit diesen Fragen beschäftigen. Welche Gründe sind eben eher beruflicher Natur, wo sind es auch explizit private Gründe? – Denn nicht immer macht nur die Arbeit Menschen krank.

Und jetzt noch etwas ganz was Kleines zum Inhalt: Diese Verteilung der Krankheitstage, sie wurde jetzt schon vielfach diskutiert und erwähnt, mit gewissen Ausreissern nach oben und unten, sind sie eben um diese zehn Tage pro Angestellten und Jahr, vielleicht mal elf. Das ist in der Tat, das muss man wirklich so konzedieren, mehr als bei Kanton und Bund, aber es ist auch in einer gewissen Streugrösse, wenn man zum Beispiel auf die SBB blickt oder Die Mobiliar, die im Raum Bern sehr gross sind. Und dennoch ist es halt so, dass bei Angestellten, die regelmässig mehr als fünf Tage pro Jahr fehlen, dass man da hinschauen muss. Und das wurde auch schon erwähnt, lange Krankschreibungen sind meist bereits ein Alarmsignal und nicht erst ein Frühwarnsignal. Sie treten eigentlich auf, wenn es schon zu spät ist. Zu spät eben für ein Gespräch über die richtige Arbeitslast, über das passende Mass an Verantwortung, aber auch an Spielraum und erlebter und wahrgenommener Sinnhaftigkeit der eigenen Aufgaben.

Und hier kommt ein weiterer Aspekt ins Spiel, den ich wichtig finde. Häufig sind eben externe Faktoren, wie Lohnbedingungen, Entschädigungen, Lohnfortzahlungen, Überstundenregelungen etc. gerade nicht hinreichend für eine sinnstiftende Arbeit und für nachhaltige Motivation. Und auch noch etwas zu dieser Diskussion über die Langzeitkrankschreibungen. Das ist übrigens auch ein sehr typisches Muster, das man hier sieht in der einen Antwort, diese rund 10% der Angestellten, die etwas länger oder die deutlich länger fehlen und die dann aber mit bis zu 70% über die ganzen Krankheitsstunden ins Gewicht fallen. Das ist sehr typisch bei Krankheitsständen, und dann müsste man eben auch noch den Median ausweisen, damit man das ganz genau versteht. Und für lange Absenzen gibt es auch typischerweise eine sehr beschränkte Anzahl von Gründen, schwere Unfälle auch, Operationen, Krebserkrankungen, Burnout oder andere psychische Diagnosen.

Es wurde auch schon gesagt, wir kämpfen in ganz vielen Industrieländern mit einer erhöhten Anzahl von psychischen Erkrankungen. Bei der Stadt kommt zum Beispiel auch noch hinzu, dass das Durchschnittsalter in der Tendenz höher ist als so in einer Normalverteilung. Und dass wir eben auch eine Vielzahl von physischen, aber auch sozialen Berufen haben, wo eben auch erhöhte Abwesenheiten vorkommen können.

Jetzt vielleicht abschliessend ist es mir doch auch noch ein Anliegen zu sagen, weil ich auch die Debatte sehr defizitorientiert wahrnehme. Also, dass man immer sagt, das ist so ein Riesenproblem... und die ganzen kranken Angestellten und dann die Führungskräfte, die ihren Job nicht richtig machen und nicht richtig ausgewählt und nicht richtig weitergebildet werden, nicht richtig gecoacht werden. Ich finde, manchmal muss man auch eine Lanze brechen für die Arbeit und die Sinnstiftung von Arbeit, denn ich bin auch überzeugt, dass Arbeit sehr viel Selbstwirksamkeit, sehr viel Zugehörigkeit und sehr viel Sinnhaftigkeit in einem Leben stiften kann. Und ich glaube, wir müssen uns auch im Stadtrat, wenn wir Aufträge erteilen gegenüber der Verwaltung, auch diesen

Elementen einfach manchmal etwas mehr bewusst sein, und uns etwas am Riemen reissen, damit es eben auch Spass macht, bei der Verwaltung zu arbeiten. Ich bin überzeugt, dass ganz viele – sogar die Mehrheit – der städtischen Angestellten ihren Job sehr gerne macht und sehr motiviert ist. Deshalb ist das auch etwas eine statistische Debatte, dessen muss man sich auch immer etwas bewusst sein. Vielen Dank.

Präsidentin: Als nächstes Thomas Glauser, SVP-Fraktion.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Werte Stadtratspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wir von der SVP-Fraktion haben angemerkt, dass die Absenzen ernst genommen werden müssen. Die sind eigentlich auf Rekordhöhe, jenseits von Gut und Böse. Die Stadt Bern hat sehr gute Anstellungsbedingungen und darum fragen wir uns, was eigentlich die Ursache ist, dass wir hier in der Stadt Bern so einen "Ausreisser" haben. Aber auch der Steuerzahler hat das Recht zu wissen, wieso es immer mehr Ausfälle gibt. Hohe Krankheitsabsenzen belasten aber auch das Personal, das arbeitet, das eben trotzdem arbeiten muss.
Mehr Absenzen bedeuten sehr hohe Kosten. Es wurde von Thomas Hofstettler gesagt, 13 Millionen kosten, da ist der Gemeinderat ganz klar aufgefordert, eine ehrliche, gute Analyse zu machen, weshalb wir da sind, wo wir heute stehen. Eine gut funktionierende Verwaltung braucht motivierte und gesunde Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, was wir zum Teil nicht haben.
Die Interpellation spricht das Problem an, das viele Leute beschäftigt. In der Privatwirtschaft macht man das schon seit langem, die Krankheitsabsenz... eine Liste führen, systematische Beurteilung – das soll die Stadt auch machen. Man hat auch bei vielen KMU ein Care-Management. Wenn jemand langzeitig krank ist, wird er begleitet und wieder an den Beruf herangeführt.
Da fragen wir uns auch, ob dort ein Mangel in der Stadt Bern vorliegt. Wenn immer mehr Leute ausfallen und krank sind, da leidet ganz klar auch der Service Public. Es geht hier nicht darum, dass wir Mitarbeiter angreifen wollen, sondern darum, das Problem früh zu erkennen. Die Stadt muss ganz klar herausfinden, wo die Problematik liegt – führungsmässig wahrscheinlich, vielleicht auch organisatorisch. So, dass man vor allem frühe Erkenntnisse wahrnimmt und die Angelegenheiten entsprechend managen kann. Prävention ist besser als später noch mehr Kosten zu erzeugen, und wir sind an einem Punkt angekommen, an dem wir den Gemeinderat auffordern, dass er jetzt klar handelt. Besten Dank für die Interpellation an Thomas Hofstetter.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Georg Häsler von der FDP-Fraktion.

Georg Häsler (FDP) für die Fraktion: Sehr geehrte Frau Stadtratspräsidentin, Frau Stadtpräsidentin, Frau Gemeinderätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiss, es ist dünnes Eis, wenn wir hier drin über Krankheit sprechen, insbesondere gerade aus meiner Position, wenn man das Privileg hat, gesund zu sein und noch immer mit Leidenschaft dabei ist, auch wenn meine Branche, der Journalismus, in einer Dauerkrise ist. Deshalb habe ich etwas nachgedacht, etwas länger nachgedacht und landete bei einem Begriff, der hier drin bei diesen Mehrheitsverhältnissen eigentlich geläufig sein sollte: Entfremdung. Ja, die Entfremdung oder im direkten Zitat, und ja, da wird es etwas kompliziert, ich zitiere: "Dem Arbeiter – es ist nicht gegendert im Originalzitat – tritt sein Arbeitsprodukt als fremdes Wesen und unabhängige Macht gegenüber. Sein Arbeitsprodukt gehört nicht ihm, sondern einem anderen. 2. Die eigene Tätigkeit ist eine fremde, dem Arbeiter nicht angehörige Tätigkeit."

Ich habe nicht Thomas Hofstetter zitiert, sondern Marx – die ökonomisch-philosophischen Manuskripte von 1848. Da war der liebe Karl noch ganz in der Vormärzstimmung, lange vor dem "Kapital". Zurück ins 21. Jahrhundert nach Bern.
Etwas stimmt nicht in dieser Verwaltung. Das lässt sich nicht wegwedeln, auch mit langen Voten nicht. Woher kommt diese Entfremdung zwischen der Arbeit und dem Auftrag und quasi eben auch dem Auftraggeber, nämlich der Bevölkerung? Was stimmt da nicht? Diese Frage müssen wir uns tatsächlich stellen, und diese Frage beantwortet der Gemeinderat nicht.
Die Führung wurde mehrfach angesprochen. Diese muss Sinn stiften, etwas gegen diese Entfremdung tun, sich kümmern, Identifikation schaffen, vielleicht auch einmal zu jemandem nach Hause gehen, der oder die auffällig oft krank ist. Nicht als Kontrolle, sondern als Fürsorge. Gut, ich mag nicht polemisieren. Wir reden hier nicht vom eingebildeten Kranken, um zurück ins 19. Jahrhundert zu gehen, sondern von einem systemischen Problem. Aber vielleicht lohnt es sich wieder einmal, Marx zu lesen. Das tun manchmal sogar Liberale, und einfach als Lesehilfe, sie können dann Kapital ruhig mit Ideologie ersetzen, dann sind wir bei Sachen in der Stadt Bern schon ziemlich nahe. Danke.

Präsidentin: Vielen Dank. Nicolas Lutz, möchtest du ein Fraktionsvotum halten oder ein Einzelvotum? Fraktion oder Einzelvotum? Fraktion? Dann gerne als erstes die Fraktionsvoten, denn Ueli Jaisli möchte ein Einzelvotum halten. Ich habe das Wort Nicolas Lutz übergeben, weil er noch das Fraktionsvotum für die Mitte hält.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Fraktion: Liebe Stadtratspräsidentin, liebe Stadtpräsidentin, liebe Kolleginnen bis Kollegen, ich will jetzt da nicht noch einmal auf alles eingehen, aber es gibt vielleicht auch noch einen kleinen philosophischen Aspekt. Wir [leben] in der Schweiz in einem der reichsten Länder. Wir haben, glaube ich, gute Arbeitsplätze und vielleicht müssen wir auch lernen, nicht so perfekt zu sein. Manchmal kann es am Arbeitsplatz auch stressig sein, ob das jetzt in der Privatwirtschaft ist oder bei der Stadt. Das erstens, die Führungspersonen auch wirklich führen dürfen, dass man ihnen auch die Kompetenz gibt und nicht, dass man wieder 10 Meetings machen muss, und dann muss wieder alles geändert werden, sondern dass sie auch entscheiden können. Das ist entscheidend auch für die Mitarbeiter, so dass sie Vertrauen haben können, und man nicht alles so kompliziert macht, dass es nicht mehr weitergeht. Und dann würde der nicht absolute Perfektionismus wahrscheinlich auch helfen, dass die Leute motiviert sind. Und wir wissen das häufig 80%, ausreichen, es wird nicht so viel besser…
Und das Zweite, das es zu berücksichtigen gilt: Von allen politischen Parteien, die jetzt hier sind, wird den Leuten auch tagtäglich eingeredet – von links, die Welt geht unter, weil es zu warm wird, von rechts, weil es zu viele Einwanderer hat – und von überall sagt man den Leuten, obwohl wir eigentlich im reichsten Land oder einem der reichsten Länder der Welt leben, sagt man uns, es gehe alles unter, es gehe uns nicht gut. Und vielleicht wäre ein bisschen mehr positives Denken ab und zu auch gut. Das würde wahrscheinlich den Mitarbeitenden auch helfen, wenn man ein bisschen positiver denkt und das nachher auch umsetzt. Merci.

Präsidentin: Wenn es keine weiteren Fraktionsvoten gibt, übergebe ich jetzt Ueli Jaisli, SVP. Ihr könnt euch jetzt für die Einzelvoten anmelden.

Ueli Jaisli (SVP), Einzelvotum: Okay, also ich will es nur kurz machen. Wir haben... ich bin jetzt bereits länger im Stadtrat, wir haben das Problem schon 2009 endlos diskutiert: Was ist los mit der Verwaltung? Es gibt eine hohe Fluktuation, es gibt viele Krankheitstage, etc. Darauffolgend hat die SVP-Fraktion einen Vorstoss gemacht und der lautete: "Stinktage für die Verwaltung". Die Idee dieser Stinktagen war, dass man im Jahr, dass jeder Verwaltungsangestellte drei Tage zur Verfügung hatte, also einzelne Tage, ohne Angabe von Gründen, ohne Krankheit etc., vom Arbeitsplatz fernbleiben zu können. Ja, das ist leider nachher... dieser Vorstoss ist nicht angenommen worden, hat aber eine hohe Akzeptanz gefunden, und ist nachher nicht zum Tragen gekommen.
Es ist natürlich so, wenn wir jetzt anschauen... zum Beispiel Citysoftnet, die Leute, die dort alle weggegangen sind, weil sie überfordert waren, weil sie das Tagesgeschäft machen mussten, weil sie aber auch versuchen mussten, die neue Software auszuprobieren... sich zu adaptieren. Das sind alles Sachen, die innerhalb der Verwaltung, wenn die Führungsstruktur und ein Konzept fehlen, die dann zu einer Unter- und vor allem Überforderung führen, die nachher einfach das Ganze... den Leuten die Motivation nimmt, um daran noch weiterzuarbeiten. Ich glaube, das ist das Problem, bei dem wir dranbleiben müssen, auch in Zukunft. Das können wir heute sicher nicht lösen. Es gibt sicher gute Lösungsansätze, die ich hier gehört habe, aber so schnell können wir das nicht vom Tisch bringen und ich bin froh, dass man eben jetzt, wie heute Abend, darüber reden kann. Danke.

Präsidentin: Als nächstes gerne Thomas Hofstetter, FDP.

Thomas Hofstetter (FDP), Einzelvotum: Ich möchte noch schnell etwas persönlich sagen, und zwar möchte ich Franziska Geiser recht geben, der Titel ist schon ein bisschen, wie soll ich sagen, provokativ. Es ist auch klar, wir sind in der Opposition, dann darf man das auch. Aber ich verwehre mich dagegen, gegenüber den Mitarbeitenden zynisch zu sein, und dass ich Freude hätte, dass die Mitarbeitenden krank seien, das ist überhaupt nicht der Fall. Wir haben uns Sorgen gemacht und wir möchten, dass es den Mitarbeitenden gut geht, dass sie gesund sind. Deshalb wollten wir wissen, was die Stadt dagegen tut... oder gegen die krankheitsbedingte Abwesenheit... das war der Grund. Und wenn man mir jetzt hier Zynismus unterstellen will, dann ist das auch ein bisschen drittklassig. Merci.

Präsidentin: Vielen Dank. Wenn es keine weiteren Einzelvoten gibt, übergebe ich gerne das Wort der Gemeinderätin Melanie Mettler.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Vielen Dank, Frau Präsidentin, geschätzte Ratsmitglieder, liebe Anwesende. Ich möchte zuerst anfangen und auch der Verwaltung danken. Wir haben wirklich sehr engagierte Verwaltungsmitarbeitende mit hohem Berufsstolz, die gerne für die Bevölkerung das Beste erarbeiten.
Man muss auch sagen, wir haben es gerade im Traktandum vorhin gehört, sie arbeiten unter höchsten Anforderungen an die Qualität ihrer Arbeit, auch an die Transparenz, an die Rechenschaftspflicht und damit auch die Fehlerkultur. Sie machen das aber gerne und es ist sinnstiftend, das wurde mehrfach erwähnt. Das gehört auch dazu, wenn man für die Öffentlichkeit arbeiten darf. Ich möchte mich auch für die Debatte und die Diskussion hier bedanken. Ich denke, sie vereint sie die Sorge darum, dass wir das Beste tun, damit die Mitarbeitenden wirklich auch gesund weiterhin in der Stadtverwaltung für die Bevölkerung tätig sein können. Das eint uns alle, das ist ja schon mal eine

gute Grundvoraussetzung. Ich weiss auch, dass das Parlament schon lange mit Regierung und Verwaltung bei diesem Thema in einem Austausch ist und auch immer wieder dieses Thema vorwärtstreibt. Ich denke, das ist auch positiv und das braucht es auch. Auch der Gemeinderat hat sich für diese Legislatur den Wert genau dieser Tätigkeiten noch einmal in die Legislaturschwerpunkte geschrieben, und zwar im Legislaturziel "verantwortungsvolle Arbeitgeberin". Bei diesem Legislaturschwerpunkt soll es eben in erster Linie genau darum gehen, dass die Aufgaben und Ressourcen im Gleichgewicht sind. Und das haben wir jetzt mehrfach gehört, auch von Personen, die sich mit diesem Thema schon länger auseinandersetzen, das ist einer der Kernpunkte, dass die Aufgaben der Arbeit auf das Profil der und des Arbeitnehmenden passen.
Und eine andere Voraussetzung, ein anderer Schwerpunkt, den der Gemeinderat gesetzt hat, ist das Thema Führung. Hier wurden auch jetzt schon im ersten Jahr der Legislatur entsprechend die Führungsleitlinien überarbeitet. Wir haben das "Bottom-up" gemacht, damit dort eben auch diese Grundprinzipien eines gesunden Führungsstils noch stärker in den Fokus gerückt werden. Einen kleinen Hinweis kann ich vielleicht auch noch geben auf die Mitarbeitendenbefragung, die dieses Jahr mit dem Schwerpunkt "Gesundheit" durchgeführt wird. Dort ist es auch das Ziel, dass man die subjektive Empfindung abholen kann, von den Mitarbeitenden, und ein Bild davon bekommen kann, wie auch das Verhältnis zwischen der Belastung und der Situation am Arbeitsplatz und auch im Privaten, in welchem Verhältnis das zueinander steht, damit wir auch als Regierung unsere Verantwortung wahrnehmen können und am richtigen Ort die Massnahmen ansetzen. Eben dort, wo sie dann auch Wirkung erzielen können.
Zu den allgemeinen Ausführungen zum betrieblichen Gesundheitsmanagement (BGM): Ich glaube, es würde wahrscheinlich jetzt zu weit führen, wenn ich wirklich auf jede Frage noch einzeln eingehen würde. Aber ein paar Themen möchte ich kurz herauspicken. Das eine ist sicher, das wisst ihr alle, es gibt jetzt seit September 2024 das betriebliche Gesundheitsmanagement, für das auch eine neue Stelle geschaffen wurde. Und da ist eine gesamtstädtische Steuerung im Aufbau. Diese Person ist jetzt schon ziemlich weit gekommen. Wir haben ein gesamtstädtisches Absenzenmanagement, damit wir eben überhaupt wissen, dass das stattfindet und dann auch die Gründe herausfinden können. Das Case-Management ist ebenfalls immer wieder in Verbesserung und Konkretisierung. Es gib dieses gesamtstädtische Controlling mittels Kennzahlen, das eben dann auch eine Steuerung und die Wahrnehmung dieser Führungsverantwortung [ermöglichen] soll.
Und dann ein wichtiger Punkt, dass eben die Führungskräfte auch entsprechend geschult sind. Dazu gehören nicht nur diese Führungsgrundsätze. Vielleicht zwei Sachen, die ich dort auch herausnehmen kann aus diesem Prozess, den ich im letzten Jahr schon erlebt habe. Es ist tatsächlich so, als eines der Kriterien der Belastung wird angegeben, dass die Arbeitsorganisation kaum ressourcenorientiert geschehen kann. Da haben wir auf alle Fälle noch Verbesserungspotenzial. Und natürlich auch immer, das ist immer ein Kernthema, der Umgang mit Konflikten. Das ist nicht ganz leicht, da gilt es auch entsprechend die Leute zu stärken, damit sie auch unabhängig Unterstützung bekommen auf allen Ebenen.
Weiter wurde auch die Vereinbarkeit der Lebensbereiche angesprochen. Es braucht eben genau flexible Arbeitsmodelle, es braucht Angebote für Mitarbeitende, die auch noch andere Aufgaben haben in ihrem Leben. Dann sind diese flexiblen Arbeitsmodelle vielleicht auch ein bisschen komplexer zu organisieren. Das muss man auch lernen, und die Organisation ist aktuell daran, genau das zu tun.
Einen kleinen Hinweis möchte ich noch geben, spezifisch zum Thema psychische Gesundheit. Die psychische Gesundheit beschäftigt natürlich auch die Stadtverwaltung,

wie wahrscheinlich alle Arbeitgebenden in der Schweiz aktuell. Und auch hier hat die Stadt verschiedene Unterstützungsangebote aufgebaut – das geht von Kursangeboten über psychologische Kurzbegleitungen zu Anlaufstellen bis zu Workshops, Kaderanlässe, die sich diesem Thema widmen und entsprechenden Vorlagen und Hilfsmitteln. Auch hier wird der Gemeinderat sich weiterhin mit Verve diesem Legislaturschwerpunkt widmen.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Auch hier habe ich herausgehört, dass ihr zufrieden seid mit der Antwort. Vielen Dank.

2016.SR.000125

11 Interfraktionelle Motion SP, AL/GPD-DA/PdA+, GB/JA!, GLP (Martin Krebs, SP/Christa Ammann, AL/Seraina Patzen, JA!/Melanie Mettler, GLP/Matthias Stürmer, EVP) - übernommen durch Nora Krummen (SP): Standplätze für Fahrende – Keine Räumung im Buech!

Präsidentin: Wir kommen zum nächsten Traktandum, dem Traktandum 11, "Standplätze für Fahrende – Keine Räumung im Buech!" Die Abschreibung wurde in der Kommission bestritten. Aus diesem Grund ist sie bei uns. Ich übergebe der PVS das Wort und für die PVS als erstes Seraina Flury. – Noch etwas zu früh, Michael.

Seraina Flury (GLP) für die Kommission: Vielen Dank. Sehr geehrte Stadtratspräsidentin, geschätzte Stadtpräsidentin, liebe Gemeinderätinnen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die vorliegende Motion verlangte zwei Dinge. Erstens den Verzicht auf eine Räumung eines Mobile Homes auf dem Standplatz Buech, und zweitens die Planung einer Erweiterung des Standplatzes oder die Schaffung eines zusätzlichen Standplatzes für Fahrende.
Punkt 1 wurde erfüllt. Wir befassen uns heute mit der Abschreibung von Punkt 2. Warum soll Punkt 2 abgeschrieben werden? 2026 präsentiert sich die Situation anders als 2016. Der Gemeinderat zeigt in seinem Bericht auf, dass keine planerisch realistische Erweiterungsmöglichkeit auf der Parzelle Buech existiert. Gemäss Gemeinderat ist das Verdichtungspotenzial ausgeschöpft und die Bewirtschaftung bereits heute sehr ressourcenintensiv.
Gleichzeitig liegt die primäre Verantwortung für die Suche nach Plätzen beim Kanton, der seiner Verantwortung nachkommt. So hat sich die Situation gegenüber 2016 deutlich verbessert. Man denke an die drei kantonalen Durchgangsplätze in Erlach, Herzogenbuchsee und Wileroltigen, die seit 2022 in Betrieb genommen wurden. Im nationalen Vergleich gilt der Kanton Bern denn auch als einer der aktivsten Akteure beim Schaffen von Stand- und Durchgangsplätzen.
Vor diesem Hintergrund beantragt der Gemeinderat, Punkt 2 der Motion abzuschreiben. Die Kommission folgt dieser Einschätzung und diesem Antrag. Die in der Motion formulierten Anliegen sind im Lichte der kantonalen Entwicklungen und der fehlenden städtischen Erweiterungsmöglichkeiten faktisch erfüllt oder nicht mehr durch die Stadt beeinflussbar. Eine weitere Fristverlängerung würde keine neue Option eröffnen. Trotzdem wird die Abschreibung heute im Stadtrat traktandiert. Warum? Das liegt daran, dass es einer Minderheit der PVS-Kommission ein Anliegen ist, die Öffentlichkeit über den Stand und die Abschreibung proaktiv zu informieren. Vielen Dank.

Präsidentin: Gerne noch das Fraktionsvotum.

Seraina Flury (GLP) für die Fraktion: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die GLP-EVP-Fraktion nimmt die Abschreibung dieser Motion an. Wir würdigen die grossen Anstrengungen der Stadt, die in den letzten Jahren gemeinsam mit dem Kanton wesentlich zur Entspannung der Standplatzsituation beigetragen und mit zusätzlichen provisorischen Lösungen weitergeholfen hat. Der verbleibende Handlungsbedarf, der ist auf kantonaler Ebene zu adressieren. Gleichzeitig stellen wir uns doch die Frage, ob es sinnvoll ist, dass dieses Parlament im Jahr 2026 nochmals über die Abschreibung einer Motion aus dem Jahr 2016 diskutiert. Unsere Zeit ist begrenzt und wir sollten sie dort investieren, wo wir tatsächlich Handlungsspielraum haben. Wir stimmen der Abschreibung zu.

Präsidentin: Meldet euch doch gerne für die Fraktionsvoten an. Aber als erstes für die Einreichenden, Szabolcs Mihàlyi.

Szabolcs Mihàlyi (SP) für die Einreichenden: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats, liebe Stadtratskolleg*innen, ich sage nur kurz zwei Sätze für die Einreichenden. Die Motion ist nun zehn Jahre alt. Das Wichtigste zuerst: Es geht hier um die Schweizer Fahrenden, und das ist nicht ganz unwichtig. Die Situation der Fahrenden im Buech ist inzwischen eine andere, dazu komme ich gleich im Fraktionsvotum. Es wurde viel erreicht, aber hier muss eben gerade aus der Sicht der Einreichenden erwähnt werden, dass wir uns nicht ganz einig sind. Die SP-JUSO-Fraktion wird die Abstimmung annehmen, das Grüne Bündnis nicht.

Präsidentin: Du kannst gerne mit dem Fraktionsvotum weitermachen.

Szabolcs Mihàlyi (SP) für die Fraktion: Bei Minderheitenpolitik besteht immer die Gefahr, sich in gut gemeinten Massnahmen zu verlieren oder sogar damit Schaden anzurichten. Gerade deshalb müssen wir hier herausstreichen, dass es explizit um die Wünsche der betroffenen Community selbst geht. Der Standplatz für Schweizer Fahrende in Buech hat sich bewährt, die Fahrenden überwintern dort, die Kinder sind in Bümpliz eingeschult und ausser den Älteren der Community gehen sie alle im Sommer auf die Fahrt. Wir sind auch Bundesstadt, bekanntlich, somit ist Bern der einzig richtige Ort für diesen Standplatz, auch wenn man in Buech selbst – wer schon mal dort gewesen ist – nicht unbedingt sieht, dass wir in der Bundesstadt sind.
Die Forderung in Punkt 2 dieser Motion wurde soweit möglich in den letzten zehn Jahren umgesetzt, denn was in der Fläche auf dem Standplatz machbar ist, hat die Stadt inzwischen gemacht. Die Bedürfnisse der Fahrenden auf dem Gelände sind aber leider weiterhin nicht ganz umgesetzt. Man könnte durchaus noch mehr auf dem Gelände zugunsten der dort Lebenden herausholen, indem man die erlaubte Bauhöhe für einzelne Bauten, natürlich nicht die Fahrnisbauten, erhöht.
Wir als SP-JUSO-Fraktion schreiben deshalb Punkt 2 der Motion nicht ersatzlos ab. Wir haben, wie viele von euch wissen, vor Wochen eine Motion eingereicht, welche die Bauhöhe auf dem Gelände leicht erhöhen will. Wir haben die Motion mit dem Grünen Bündnis und den Unterschriften der Mehrheit von euch Ratsmitgliedern aus den meisten Fraktionen eingereicht. Vielen Dank nochmal an dieser Stelle für die grosse Unterstützung von euch allen. Die Motion soll den zur Abschreibung vorgesehenen Punkt 2 der alten Motion von 2016 ersetzen mit einer Lösung, die schnell umsetzbar ist und

dank der gewährten Dringlichkeit hoffentlich noch dieses Jahr beraten wird. Die Bauhöhe soll im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten leicht erhöht werden, um einzelne zweistöckige Bauten zu erlauben. Die SP-JUSO-Fraktion wird somit der Abschreibung von Punkt 2 der Motion zustimmen. Vielen Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Anna Leissing für die GB/JA!-Fraktion. Meldet doch gerne vollzählig für die Fraktionsvoten an.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Geschätzte Anwesende, wir haben es gehört, die vorliegende Motion wurde vor zehn Jahren für erheblich erklärt und Punkt 1 wurde 2019 im Begründungsbericht zur Kenntnis genommen. Die Abschreibung von Punkt 2 aber wurde abgelehnt, und 2023 haben wir dann eine Fristverlängerung bis Ende 2025 gewährt. Deshalb reden wir auch heute, zehn Jahre später, noch über diese Motion und den Punkt 2 der Motion. Heute beantragt der Gemeinderat erneut die Abschreibung und das, ohne dass aus dem Vortrag wirklich ersichtlich wird, was der Gemeinderat seit 2023 in Bezug auf den Standplatz Buech oder andere Halteplätze getan hat.
Das ist aber nicht der Grund, oder nicht der Hauptgrund, weshalb die GB-JA!-Fraktion die Abschreibung der vorliegenden Motion ablehnt. Wir lehnen die Abschreibung ab, weil es auf dem Standplatz Buch, wie wir auch gehört haben, nach wie vor hohen Entwicklungsbedarf gibt. Der Platz ist überbelegt und muss strategisch neu geplant werden. Daher ist der Standplatz Buch im kantonalen Richtplan unter Massnahme D_08 auch als Ausgangslage eingestuft. Das bedeutet, es sind raumplanerische und oder anderweitige Anpassungen nötig, damit der Standplatz als langfristig gesichert gilt. Im Richtplan ist auch festgehalten, ich zitiere: "der Kanton und seine Gemeinden tragen aktiv zur langfristigen Sicherung von bestehenden Halteplätzen bei".
Die Förderung von Rahmenbedingungen, die es den anerkannten nationalen Minderheiten der Sinti und Jenischen ermöglicht, ihre Kultur zu pflegen und weiterzuentwickeln, ist also nicht einfach die Aufgabe des Kantons, wie es ein wenig den Anschein macht, wenn man den Begründungsbericht des Gemeinderats liest. Die Stadt Bern ist zuständig für den Betrieb des Standplatzes Buech und hat damit die Aufgabe, sich dort für Verbesserungen der Lebensbedingungen der fahrend lebenden Bevölkerung einzusetzen. Dazu gehört, den Standplatz Buech als einen der wichtigsten Halteplätze in der Schweiz qualitativ weiterzuentwickeln und sich für die Schaffung weiterer Halteplätze einzusetzen. Dafür sieht die Kulturbotschaft 2025-2028 übrigens auch finanzielle Unterstützung vor, welche die Gemeinden und Kantone beantragen können.
Denn auch wenn im Kanton neue Halteplätze geschaffen wurden und weitere geplant werden, der Bedarf ist nach wie vor ungenügend gedeckt. Der Stand- und Durchgangsplatz Muri zum Beispiel, der auch im Vortrag erwähnt wird, ist kein vergleichbarer Ersatz oder Erweiterungsbau für Bern-Buech, denn dort werden keine Fahrnisbauten aufgestellt werden dürfen und der Platz ermöglicht zwar das Überwintern, aber nur den kurzen Aufenthalt im Sommer. Zudem gibt es massive zeitliche Verzögerungen, wie wir gerade kürzlich wieder in den Medien lesen konnten. Kurz und gut, der Bedarf ist nach wie vor hoch und die Stadt Bern hat durchaus Möglichkeiten, den Standplatz Buech qualitativ weiterzuentwickeln. Dazu haben wir, wie mein Vorredner bereits erwähnt hat, Anfang Mai eine breit abgestützte dringliche Motion eingereicht, um die Hürden für höhere Gebäude am Standplatz Buech abzubauen, und damit dort mehr Wohnraum und Verdichtung zu ermöglichen.
Im Gegensatz zu meinem Vorredner ist diese eingereichte Motion jedoch aus Sicht der GB/JA!-Fraktion kein Grund, Punkt 2 der vorliegenden Motion abzuschreiben, ganz im Gegenteil. Indem wir an Punkt 2 der vorliegenden Motion festhalten, bekräftigen wir

den Auftrag an den Gemeinderat, sich für die Menschen im Buech stark zu machen und den wichtigen Standplatz so zu entwickeln. Dass er langfristig gute Rahmenbedingungen und eine hohe Lebensqualität für die fahrend lebenden Sinti und Jenischen in der Region Bern bietet.
Die zulässige Gebäudehöhe am Standplatz Buech zu erhöhen, ist eine Möglichkeit für den Gemeinderat, diesem Auftrag nachzukommen. Es scheint uns daher widersprüchlich, diese Motion einzureichen und gleichzeitig Punkt 2 der vorliegenden Motion abzuschreiben, insbesondere auch, weil die vorhin erwähnte Motion noch gar nicht überwiesen ist. Die GB/JA!-Fraktion lehnt aus diesen Gründen die Abschreibung von Punkt 2 der vorliegenden Motion ab. Vielen Dank.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Bernhard Hess für die SVP-Fraktion.

Bernhard Hess (SVP) für die Fraktion: Frau Stadtratspräsidentin, Frau Stadtpräsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist eigentlich der helle Wahnsinn, dass wir nach 10 Jahren noch einmal über eine Abschreibung einer Motion verhandeln. Wir müssen uns bewusst sein, die Stadt Bern hat eigentlich wirklich alles, aber wirklich alles dafür getan, dass man in Buech für die Einheimischen, also für die Stadtberner Fahrenden, einen Standplatz zur Verfügung stellt. Der Standplatz, der ist in einem gewissen Sinn, man muss das schon feststellen, der ist mittlerweile ziemlich am Limit angelangt, aber er ist im Prinzip für die eigenen Leute... ist es immer noch so, dass man im Prinzip so weitermachen kann.
Das Problem wird sein, dass es sich ja um Fahrnisbauten handelt, und wenn man jetzt plötzlich eine Erhöhung erlaubt... also das ist eine sehr, sehr problematische Situation, das werden schlussendlich so eine Art so Hühner- oder Kaninchenställe, das würde ja dann immer höher und höher, wenn man das... Ich bin ihn extra nochmals anschauen gegangen, und ich muss feststellen, das ist wirklich... ich kann mir das fast nicht vorstellen... also wir müssen uns einfach bewusst sein, dass wir in Buech jetzt einfach ungefähr mit jenen Menschen, die dort leben, weitermachen müssen, dass eigentlich nicht mehr wahnsinnig viele zusätzlich kommen können. Es ist zudem eine kantonale Angelegenheit, also in Wileroltingen oder auch in Muri ist man ja dran, die Standplätze auszubauen sogar – zum Teil sogar ganz massiv auszubauen – und wir müssen uns wirklich bewusst sein, dass die Stadt Bern eigentlich hier nicht mehr sehr viel tun kann, und auch nicht tun sollte. Deswegen will die SVP auch den Punkt 2 dieser Motion abschreiben.

Präsidentin: Vielen Dank. Gibt es Einzelvoten? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann übergebe ich das Wort der Gemeinderätin Marieke Kruit. – Noch ganz kurz anmelden. Vielen Dank.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Sehr geehrte Frau Stadtratspräsidentin, geschätzte Stadträt*innen. Die interfraktionelle Motion "Standplätze für Fahrende, keine Räumung im Buech!" hatte ein wichtiges Ziel. Sie wollte sicherstellen, dass für Fahrende genügend Stand- und Halteplätze zur Verfügung stehen und dass die Situation am Standort Buech nicht durch überstürzte Räumung verschärft wird. Dieses Anliegen war und ist berechtigt.
Heute diskutieren wir jedoch nicht mehr über das grundsätzliche Anliegen der Motion, sondern über die Frage, ob Punkt 2 weiterhin notwendig ist. Der Gemeinderat beantragt, diesen Punkt abzuschreiben. Bereits 2018 hat der Gemeinderat eine Abschreibung beantragt. Der Stadtrat hat 2019 bewusst anders entschieden, damals waren auf

kantonaler Ebene die geplanten zusätzlichen Halteplätze noch nicht realisiert. Es war deshalb richtig, die Motion weiterzuführen und eine Fristverlängerung mit erneuter Berichterstattung zu beschliessen.
Die Ausgangslage hat sich seither jedoch deutlich verändert. Im kantonalen Richtplan waren vier zusätzliche Stand- und Durchgangsplätze vorgesehen. Drei davon sind inzwischen zum Glück realisiert worden – der Winterstandplatz in Erlach, der Durchgangsplatz in Herzogenbuchsee sowie der Transitplatz in Wileroltingen. Diese neuen Plätze schaffen zusammen eine erhebliche zusätzliche Kapazität. – Und auch am Standort Buech selbst wurden Verbesserungen umgesetzt. Dort konnten drei zusätzliche Parzellen geschaffen werden. Insgesamt hat sich die Situation also im Kanton Bern dadurch doch recht spürbar entspannt.
Gleichzeitig bleibt die Einschätzung des Gemeinderats zum Standort Buech unverändert: Das Verdichtungspotenzial ist ausgeschöpft. Der Betrieb ist bereits heute ressourcen- und kostenintensiv. Weitere Verdichtungs- oder Erweiterungsmassnahmen sind planerisch wirklich sehr schwierig bis kaum realistisch und würden keine nachhaltige Lösung bringen. Wichtig ist auch die Zuständigkeitsfrage: Selbstverständlich, die Planung und Sicherung neuer Stand- und Durchgangsplätze ist in erster Linie Aufgabe des Kantons, das wurde auch schon erwähnt. Der Kanton Bern übernimmt hier im nationalen Vergleich bereits eine wirklich sehr aktive Rolle und stellt eine bedeutende Infrastruktur zur Verfügung. Die Stadt Bern leistet ihren Beitrag durch Kooperation mit dem Kanton, durch Übergangslösungen und durch die bestehenden Plätze. Gemessen an ihrer Grösse trägt die Stadt bereits viel zur Lösung dieser Aufgaben bei.
Zusammengefasst lässt sich sagen, die Situation hat sich seit der letzten Behandlung der Motion wirklich wesentlich verbessert. Gleichzeitig bestehen auf städtischer Ebene wenig bis keine zusätzlichen Handlungsmöglichkeiten mehr beim Buech. Aus diesen Gründen beantragt der Gemeinderat, Punkt 2 der interfraktionellen Motion dann auch abzuschreiben. Danke.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wollt ihr dem Antrag des Gemeinderats auf Abschreibung von Punkt 2 der Motion zustimmen? Dann drückt ihr jetzt für "Ja Abschreibung" Grün.

Abstimmung Nr. 019

2016.SR.000125: Abschreibung von Punkt 2	
Annahme	
Ja	51
Nein	15
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt der Abschreibung zugestimmt. Somit wurde sie abgeschrieben.

2018.SR.000116

12 Motion Freie Fraktion AL/GaP/PdA (Luzius Theiler, GaP) - übernommen durch Valentina Achermann (SP): Öffnung der Gartenanlage des Erlacherhofes

Präsidentin: Wir kommen zum Traktandum 12. Hier geht es um die Öffnung der Gartenanlage des Erlacherhofs. Die Abschreibung wurde in der Kommission bestritten. Und ich erteile der Kommission das Wort. Für die RWSU, Mirjam Roder.

Mirjam Roder (GFL) für die Kommission: Geschätzte Stadtratspräsidentin, geschätzte Anwesende. Es geht um eine Abschreibung einer Motion, die verlangt, dass das Innere des Erlacherhofs und die dazugehörige Gartenanlage so gestaltet werden sollen, dass sie für die Allgemeinheit öffentlich zugänglich gemacht werden. Die Motion wurde bereits 2018 eingereicht, als gerade erhebliche Bau- und Neugestaltungsarbeiten beim Erlacherhof kurz bevorstanden und wurde dann erst 2023 erheblich erklärt. Obschon die Motion so nicht erfüllt ist, hat der Gemeinderat nun deren Abschreibung beantragt – aber nicht, weil sie einfach keine Lust hatten, das Anliegen umzusetzen, sondern weil es bei der Umsetzung mehrere erhebliche Schwierigkeiten gibt.
Diese haben sie uns bei zwei Kommissionssitzungen ausführlich dargelegt, die in diesem Detaillierungsgrad zurzeit der erheblichen Erklärung noch nicht vorlagen. Ich fasse nur einige davon kurz zusammen: So wie es jetzt ist, kommt man nur in den Garten, wenn man durch das Gebäude geht, sprich durch den Gemeinderatssaal. Warum das problematisch ist, muss ich, glaube ich, nicht weiter ausführen.
Das heisst, der Zugang wäre nur möglich, wenn man einen neuen Zugang von aussen her schafft, also vom Bubenbergrain her, was auch so in der Motion gefordert wurde. Dort gibt es aber auch einige erhebliche Schwierigkeiten. Zunächst einmal die Sicherheitsaspekte. Wegen der Absturzgefahr müssten die Mauern erhöht werden. Das geht aber aufgrund des UNESCO-Kulturperimeters nicht. Im Moment geht es nur, weil lediglich eine begrenzte Anzahl Personen Zugang hat oder Personen in Begleitung sind. Wäre er aber ständig offen, könnte man das so nicht betreiben. Weiter müssten für den Zugang vier Höhenmeter überwunden werden. Es bräuchte also eine Treppe. Das wiederum wäre aber nicht hindernisfrei, das heisst, es bräuchte wahrscheinlich einen Personenlift.
Da im Gemeinderatssaal Sitzungen stattfinden, müsste zudem die Treppe vom Garten her gesperrt werden, die Fenster müssten anders gebaut werden und es bräuchte mehr Sicherheitspersonal zum Schutz der Mitarbeitenden. Diese Bedenken hätten wohl auch eine Rolle gespielt, wäre die Motion vor der Umgestaltung des Gartens im 2018 erheblich erklärt worden. Wenn man das Ganze dann trotzdem machen möchte, wobei nicht ganz klar ist, ob es überhaupt bewilligungsfähig wäre, würde das Ganze gemäss Schätzungen 1,8 bis 2,5 Mio. Franken kosten. Hinzu kommen die jährlichen Betriebskosten.
An dieser Stelle gilt es nochmals zu sagen, dass der Garten auch schon heute an vielen Tagen und Anlässen für die breite Bevölkerung geöffnet wird. Man kann auch privat die Räumlichkeiten jederzeit unkompliziert mieten und so kann auch der Garten mitbenutzt werden. Es war auch der Wunsch der Kommission, dass breiter kommuniziert wird, dass der Garten auch jetzt schon teilweise besucht werden kann – und eben die Räumlichkeiten gemietet werden können.
Die Kommission anerkennt die Bemühungen des Gemeinderats zur Prüfung des Anliegens. Man kann also sagen, für ein Nein haben sie alles rausgeholt, was irgendwie möglich war. Die Kommission findet es immer noch ein sympathisches Anliegen, hat

aber aufgrund der Abwägungen entschieden, euch die Abschreibung grossmehrheitlich zur Annahme zu empfehlen.

Präsidentin: Danke für das Votum. Du darfst gerne noch das Fraktionsvotum anhängen.

Mirjam Roder (GFL) für die Fraktion: Wir von der GFL-Fraktion hatten diese Motion damals ebenfalls angenommen und finden es nach wie vor ein berechtigtes Anliegen, dass grundsätzlich städtische Gärten öffentlich zugänglich gemacht werden sollen. Wir finden es auch wichtig, dass das seriös geprüft wurde und vielleicht auch noch bei anderen Standorten geprüft werden kann. Mit den neuen Erkenntnissen, die zum Zeitpunkt der Erheblicherklärung aber, wie gesagt, noch nicht vorlagen, kommen wir nun zum Schluss, dass es in diesem konkreten Fall unverhältnismässig wäre, und deshalb werden wir dieser Abschreibung zustimmen. Wir finden, neue Erkenntnisse dürfen und sollen es möglich machen, seine Meinung zu ändern, oder wir als Pragmatiker*innen sagen auf Berndeutsch: "Der Gschider git nah". Dies auch vor dem Hintergrund, dass es bereits jetzt schon möglich ist, die Räumlichkeiten zu mieten. Das war mir ehrlich gesagt vorher nicht bewusst und es war mir auch nicht bewusst, dass das heisst, dass sogar auch wir von der GFL nach unserem Rauswurf aus dem Erlacherhof ihn doch noch mitbenutzen können. Merci.

Präsidentin: Was für eine spannende Geschichte das doch ist. Bevor wir zu den Fraktionsvoten kommen, würde ich gerne noch den Einreichenden das Wort übergeben. Als nächstes für die Einreichenden Jacqueline Brügger.

Jacqueline Brügger (SP) für die Einreichenden: Auch diese Motion ist ein bisschen älter, sie wurde am 31. Mai 2018 eingereicht, also vor ziemlich genau acht Jahren. Ich spreche heute für die Einreichende Valentina Achermann, die die Motion ebenfalls übernommen hat und die auch das Votum, das ich gleich vortragen werde, geschrieben hat.
Mit der Motion wird der Gemeinderat beauftragt, die Voraussetzungen für die Öffnung der Gartenanlage des Erlacherhofs zu schaffen und in der Innenstadt zusätzlichen Freiraum zu ermöglichen. Der Gemeinderat beantragt nun die Abschreibung, da ein dauerhafter Zugang baulich aufwendig und teuer wäre. Insbesondere ein neuer Zugang würde erhebliche Investitionen auslösen und wäre zudem nicht barrierefrei realisierbar. Angesichts der aktuellen finanzpolitischen Prioritäten unserer Stadt ist es nachvollziehbar, dass dafür derzeit keine Mittel eingesetzt werden sollen. Kritisch anmerken möchte ich die im Bericht aufgeführten betrieblichen Einschränkungen. Aus Sicherheitsgründen würden Fenster nicht mehr geöffnet werden können, es gäbe Einschränkungen bei repräsentativen Anlässen sowie das Risiko von Vandalismus, Verschmutzung und zusätzlichem Reinigungsaufwand.
Öffentliche Räume bringen Nutzen, Leben und ja, auch einen gewissen Unterhaltsaufwand mit sich. Das ist Teil einer lebendigen Stadt. Wer in einer Stadt Freiräume schafft, geht immer ein gewisses Risiko ein. Diese Argumente dürfen uns nicht davon abhalten, öffentliche Räume zugänglich zu machen, sondern müssen verhältnismässig gewichtet werden. Ich werde der Abschreibung dennoch aus finanzpolitischen Überlegungen zustimmen. Gleichzeitig bitte ich den Gemeinderat, im bestehenden Rahmen die Gärten so häufig wie möglich zu öffnen, und bei geeigneten Gelegenheiten weitere pragmatische Lösungen zu prüfen. Das Anliegen nach mehr zugänglichem Freiraum bleibt bestehen.

Präsidentin: Gerne noch das Fraktionsvotum für die SP-JUSO-Fraktion.

Jacqueline Brügger (SP): Ganz kurz das Fraktionsvotum: Aus den vorher genannten Gründen stimmt die SP-JUSO-Fraktion der Abschreibung zu. Merci.

Präsidentin: Vielen Dank. Nun könnt ihr euch gerne für die Fraktionsvoten anmelden. – Keine? – Doch, es gibt ein Fraktionsvotum, Seraphine Iseli, GB/JA!-Fraktion.

Seraphine Iseli (GB) für die Fraktion: Guten Abend miteinander. Wir haben es schon gehört, der Stadtrat hat die Motion vor knapp drei Jahren überwiesen und der Gemeinderat hat also den Auftrag bekommen, den wunderschönen Garten des Erlacherhofs zu öffnen für die breite Öffentlichkeit. Unsere Fraktion stört sich daran, dass dieser Auftrag jetzt nicht umgesetzt werden soll, sondern dass im Vortrag anhand einer Handskizze aufgezeigt wird, warum das jetzt alles viel komplizierter und teurer werden würde, als man das damals gedacht hat und deshalb das nicht umgesetzt werden kann. Für uns zählt das Argument nicht, dass der Erlacherhof einmal pro Jahr an der Museumsnacht einem grossen Publikum zugänglich gemacht wird. Für die grosse Öffentlichkeit ist dieser Raum nicht zugänglich.
Ich habe ehrlich gesagt jetzt auch das erste Mal in Mirjams Votum gehört, dass man das mieten kann und habe es gerade auch gesucht, aber nicht gefunden, wo man das denn machen würde. Also selbst wenn es möglich ist, niederschwellig ist es auf jeden Fall nicht.
Dass Bedarf da wäre für mehr öffentlichen Raum, ich glaube, da sind wir uns einig. Der Erlacherhof liegt genau neben der Münsterplattform. Wir alle wissen, wie gut die "Pläfe" an sonnigen Nachmittagen besucht ist und wie gross allgemein das Bedürfnis für öffentliche grüne Flächen in der Altstadt ist. Also das Bedürfnis für mehr öffentlichen Raum, gerade auch mit grossen Bäumen und Schattenplätzen, wie sie die Bäume des Erlacherhofs bieten würden, das wäre sicherlich vorhanden.
Wir finden auch das Argument, dass es die städtischen Angestellten stören würde bei ihrer Arbeit... können wir nicht wirklich was damit anfangen. Natürlich müssen die einen ruhigen Arbeitsplatz haben, aber ich glaube, das muss nicht unbedingt mit Sicht auf einen leeren Garten sein.
Bern braucht allgemein mehr öffentliche Räume statt abgezäunter Grünflächen. Wir hätten zum Beispiel auch noch den Vorschlag, den Garten der Polizeikaserne beim Waisenhausplatz zu öffnen und einfach allgemein mehr Grünflächen für die Bevölkerung zu schaffen. Wir werden deshalb grossmehrheitlich der Abschreibung nicht zustimmen.

Präsidentin: Vielen Dank. Als nächstes Ueli Jaisli für die SVP-Fraktion.

Ueli Jaisli (SVP): Werte Ratsmitglieder. Der Erlacherhof, ja, das ist ein sehr schönes Gebäude mit einem sehr schönen Garten. Es ist der Regierungssitz Berns und ja, dass das Bedürfnis da ist, dass man da eben jetzt zum Beispiel... es geht ja in dieser Motion hauptsächlich darum, dass man im Garten kann – dass man das ermöglichen würde, ist sicher da. Jetzt ist es allerdings so, dass der Platz dort sehr beschränkt ist, auch das Grundstück ... der Grundriss... das ist auf sehr engem Raum und ist bereits eigentlich verbaut, soweit das möglich ist. Und wenn wir jetzt das Anliegen realisieren wollten, das hier stipuliert wird in dieser Motion, dann würde das zu baulichen Veränderungen führen, die dem ganzen Erlacherhof abträglich wären. Deshalb, wie gesagt, wir haben

etwa 50 Angestellte, die dort arbeiten, und wenn die nachher durch das Gebäude gehen, etc. ... und vielleicht etwa noch ein bisschen das oder jenes auch noch anschauen und nicht direkt in den Garten gehen, ist das aus unserer Sicht einfach auch für die Angestellten nicht zumutbar, so etwas zu realisieren.
Wie gesagt, auch von den Kosten her, das gäbe immense Kosten, man könnte praktisch auch unterirdisch in den Garten, wenn man das wirklich realisieren will – und was das kostet, das können sich alle in etwa vorstellen. Nichtsdestotrotz, es ist ja so... man hat dem Bedürfnis... man trägt dem Rechnung, indem man Führungen ermöglicht mit Gruppen, für die man sich voranmelden kann, und dann nachher eine Führung durch Erlacherhof machen kann, respektive nachher auch in die Gartenanlage. Das ist möglich, und ich glaube, das begrenzt sich jetzt einfach darauf, weil es wirklich nicht realisierbar ist... die Forderung, die da gestellt wird, in dem Perimeter... Wir werden auf jeden Fall dieser Abschreibung zustimmen. Danke.

Präsidentin: Vielen Dank. Und noch das Fraktionsvotum von David Böhner AL-PdA-TIF-Fraktion. Wenn es keine weiteren Fraktionsvoten gibt, könnt ihr euch jetzt noch für die Einzelvoten anmelden.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Liebe Anwesende, unsere Fraktion hat diese Motion eingereicht vor vielen Jahren, bevor der Erlacherhof umgebaut oder renoviert wurde. Wir bedauern es, dass sie nicht vorher angeschaut wurde und dieser Umbau nicht dementsprechend vonstattengehen konnte. Jetzt denken wir, dass es zu spät ist, zumindest für diese baulichen Massnahmen. Darum werden wir der Abschreibung zustimmen. Trotzdem würden wir es sehr begrüssen, wenn eine Öffnung des Erlacherhofs stattfände. Der Gemeinderat kann da Volksnähe zeigen – wieso nicht einmal im Monat oder Regelmässig die Bevölkerung einladen, so dass sie ihre Anliegen direkt dem Gemeinderat kundtun kann und diesen schönen Platz da draussen... benutzbar machen für die Bevölkerung.

Präsidentin: Vielen Dank. Noch Judith Schenk für die SP als Einzelvotum.

Judith Schenk (SP), Einzelvotum: Ich möchte kurz der GB-Sprecherin widersprechen. Ich war eigentlich sehr für eine Öffnung des Erlacherhofes, aber wie die meisten von euch wissen, organisiere ich ab und zu mal Anlässe, beispielsweise auch hier in diesem Saal schon mehrfach, oder auf über 50 Metern Höhe im Gewölbesaal des Münsterturms und eben auch im Erlacherhof. Die Zugänglichkeit, die ist wirklich da – es war eigentlich am einfachsten, im Erlacherhof etwas zu buchen und zu reservieren und, wenn ich mich richtig erinnere, sogar kostenlos im Gegensatz zu anderen Räumlichkeiten. Das hat mich dann eigentlich überzeugt, so dass ich hier zustimme, dieser Abschreibung, auch mit Blick auf Sicherheitsaspekte für die städtischen Mitarbeitenden.

Präsidentin: Vielen Dank. Wenn es keine weiteren Einzelvoten gibt – gerne noch die Gemeinderätin Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Geschätzte Anwesende. Zunächst, das Anliegen ist nachvollziehbar. Der Historische Garten ist ein besonderer Ort und der Wunsch nach mehr öffentlichem Zugang ist dem Gemeinderat sympathisch. Gleichzeitig ist eben wichtig festzuhalten: Der Erlacherhof und sein Garten sind bereits heute regelmässig zugänglich – rund 28-mal pro Jahr, also durchschnittlich zwei Mal pro Monat, also nicht nur vier Mal im Jahr. Etwa im Rahmen der Museumsnacht oder von Open House, vier

bis fünf Mal jährlich ist der Garten jeweils an zwei Tagen rund um Abstimmungen und Wahlen geöffnet. Da kann man also abstimmen gehen und dann auch noch durch den Garten laufen. 2024 wurde er zudem im Rahmen von "Gratis ins Museum" an drei Wochenenden im August zugänglich gemacht, und, und, und. Dazu kommen Führungen, Kinderprogramme und zahlreiche Gruppenbesuche. Gerade heute Abend haben Sie auch wieder den Garten geniessen können, eine Gruppe von etwa 20, 25 Leuten.
Eine dauerhafte Öffnung hingegen ist aus mehreren Gründen schwer umsetzbar. Die meisten wurden schon erwähnt. Es ist erstens der Zugang: Alle heutigen Wege von der Junkergasse führen durch das Verwaltungsgebäude mit Sitz des Stadtpräsidiums und des Gemeinderates. Das ist aus Sicherheits- und Betriebsgründen wirklich nicht praktikabel. Eine Begleitung durch Aufsichtspersonal wäre unverhältnismässig teuer, also wenn man die Leute durch das Gebäude lotsen müsste.
Zweitens, ein neuer Zugang über den Bubenbergrain existiert nicht und müsste wirklich aufwendig neu erstellt werden. Die Bewilligungsfähigkeit wäre ungewiss, eine hindernisfreie Erschliessung wäre, wenn überhaupt, nur mit enormem baulichem Aufwand möglich. Mit mehreren Treppenläufen und zusätzlichen Liften. Und wenn wir den Garten öffnen für alle, möchten wir das natürlich wirklich für alle öffnen, also auch für Leute mit einer Beeinträchtigung.
Drittens, auch im Garten selbst werden erhebliche Anpassungen nötig, etwa bei der Absturzsicherung, der historischen Steinbrüstung oder eben auch beim Springbrunnen – und da gelten dann andere Regeln. Die geschätzten Investitionskosten liegen, also wenn wir das machen würden, aber das ist wirklich nur eine Schätzung, zwischen 1,8 und 2,5 Mio. Franken. Hinzu kämen jährlich natürlich dann noch 70'000 bis 100'000 Franken Betriebskosten bei eben sehr unklarer Bewilligungslage.
Angesichts dieser Fakten beantragt der Gemeinderat, die erheblich erklärte Motion abzuschreiben. Gleichzeitig bleibt der Gemeinderat offen für Wege, die Nutzung des Erlacherhofs und seiner Gartenanlage weiter zu fördern. Danke.

Präsidentin: Vielen Dank. Wir kommen also zur Abstimmung. Wollt ihr dem Antrag des Gemeinderats auf Abschreibung der Motion zustimmen, dann könnt ihr jetzt mit Grün "Ja" stimmen.

Abstimmung Nr. 020

2018.SR.000116: Antrag des Gemeinderats auf Abschreibung der Motion	
Annahme	
Ja	52
Nein	9
Enthalten	3

Präsidentin: Ihr habt der Abschreibung der Motion zugestimmt. Könnt ihr mir noch ganz kurz zwei Minuten Zeit geben? Das wäre mega lieb, danke. Und zwar habt ihr ja gestern, glaube ich, die Traktandenliste für die nächste Stadtratssitzung am 11. Juni erhalten.
Vielleicht haben die einen oder anderen schon reingeschaut, sie ist etwas feministischer ausgefallen, als sie sonst üblich wäre in der Traktandierung. Das ist natürlich kein Zufall, es liegt an der feministischen Streikwoche. Wir können nicht nur auf der Strasse laut sein, sondern müssen auch im Parlament genau diese Themen traktandieren. Entsprechend haben wir alle traktandierungsbereiten Vorstösse für diese Woche vorbereitet.

Es freut mich sehr, diese Debatte mit euch zu führen, und all diese tollen Voten dann zu hören. Ich werde tatsächlich etwas verspätet dazustossen, das heisst, meine Vizepräsidentin Beatrice Wertli wird euch in die Sitzung einleiten.
Und dann habe ich noch eine zweite frohe Botschaft, und zwar hat unser Ratskollege Janosch Weyermann einen sehr guten Tag heute. Er lädt euch nämlich sehr gerne ein in die Q-Bar, die ist Rathaus raus, gerade links, und offeriert eine Getränkerunde, weil er eben einen guten Tag hat, aber auch noch etwas Wirtschaftsförderung betreiben möchte. Vielleicht könnt ihr ja beim einen oder anderen Glas dann herausfinden, wieso die GFL aus dem Erlacherhof geschmissen wurde. Einen schönen Abend und bis zum nächsten Mal.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Folgende Geschäfte wurden nicht behandelt. Sie werden auf eine spätere Sitzung verschoben.
Traktandum 13: Motion Fraktion GB/JA! (Devrim Abbasoglu-Akturan, GB) - übernommen durch Katharina Gallizzi (GB): PEQ: die Energie-Strategie für die zukünftigen Areale in Bern
2019.SR.000041
Traktandum 14: Motion Reto Nause (CVP)/Christian Wasserfallen (JF)/Ueli Stückelberger (GFL): Zur Verwirklichung von E-Government und bürgernaher Verwaltung in Bern
2005.SR.000168
Traktandum 15: Motion Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP): Datenschutz in der digitalen Transformation
2019.SR.000257
Traktandum 16: Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP): Gesellschaftliche Auswirkungen der digitalen Transformation in der Stadt Bern
2019.SR.000258
Traktandum 17: Motion: Pilotprojekt hindernisfreies und inklusives Bauen; Annahme als Richtlinie
2025.SR.0213

Eingereichte Vorstösse

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende parlamentarischen Vorstösse, sowie Änderungsanträge Teilrevision GRSR eingereicht:
https://stadtrat.bern.ch/de/aktuelles/meldungen/4654080907.php
2026.SR.0176 | Postulat | Eingereicht
Postulat: Ab sofort keine Zensur, Ausgrenzungen und die Beschimpfung durch die Exponenten der Reithalle mehr!
Alexander Feuz, SVP | Thomas Glauser, SVP | Bernhard Hess, SVP
2026.SR.0177 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Verhältnismässigere Ausgestaltung des Vollzugskonzepts Geschäftsauslagen
Chantal Perriard, FDP | Ursula Stöckli, FDP
2026.SR.0172 | Motion | Eingereicht
Interfraktionelle Motion: Teilrevision Kundgebungsreglement – Meldepflicht statt Bewilligungspflicht und Verzicht auf Kostenüberwälzung
Lea Bill, GB | David Böhner, AL | Dominic Nellen, SP | Ronja Rennenkampff, JA | Matteo Micieli, PdA | Gourab Bhowal, JUSO
2026.SR.0169 | Kleine Anfrage | Eingereicht
Kleine Anfrage: Antidemokratisches Verhalten der Reitschule Bern
Michelle Steinemann, Mitte | Nicolas Lutz, Mitte
2026.SR.0170 | Kleine Anfrage | Eingereicht
Kleine Anfrage: Droht beim Tripity ein Abriss auf Vorrat – und welche Rolle übernimmt die Stadt Bern?
Barbara Keller, SP | Matteo Micieli, PdA | Helin Genis, SP
2026.SR.0171 | Kleine Anfrage | Eingereicht
Kleine Anfrage: Fragen im Zusammenhang mit der Ausbootung und Beschimpfung von Alexander Ott durch Exponenten der Reitschule?
Alexander Feuz, SVP | Thomas Glauser, SVP | Bernhard Hess, SVP
2026.SR.0175 | Kleine Anfrage | Eingereicht
Kleine Anfrage: Herangehensweise bei der Erhebung der Wohnungsnummer in der Gemeinde Bern
Roger Nyffenegger, GLP
2026.SR.0174 | Interpellation | Eingereicht
Interpellation: Werbeflächen der Stadt Bern: Mehreinnahmen durch zeitgemässe Gebühren und marktgerechte Konzessionen
Lukas Wegmüller, SP | Gourab Bhowal, JUSO
2026.SR.0173 | Interpellation | Eingereicht
Interpellation: Flamingos im Tierpark Bern: Wird die Haltung den Tieren angepasst oder die Tiere der Haltung?
Tobias Sennhauser, TIF

Schluss der Sitzung: 22.32 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

04.09.2026

X

Signiert von: JELENA FILIPOVIC

Jelena Filipovic

für das Protokoll

02.09.2026

X

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Andreas Stucki